

Karl-Heinz Ohlig

## Zur Integration muslimischer Flüchtlinge

Eine Auseinandersetzung mit dem Thema Religion ist unvermeidbar

Im vergangenen Jahr wurde eine sehr große Zahl von Flüchtlingen bei uns aufgenommen, und der Zustrom hält, mit geringeren Zahlen, weiter an. Beeindruckend war - und ist - die große Hilfsbereitschaft vieler, die sich ehrenamtlich engagieren, ebenso die oft effiziente Arbeit der Kommunen und anderer staatlicher Behörden. Doch allmählich verbreitet sich in der Bevölkerung die Überzeugung, dass es auf diese Weise nicht weitergehen kann. Die große Zahl von Flüchtlingen aus unterschiedlichen muslimischen Ländern wird zunehmend als Bedrohung empfunden. Die Hilfsbereitschaft ist immer noch groß, wird aber immer mehr von Ängsten überlagert. Auch Bundespräsident Joachim Gauck, der viele Plädoyers für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen gehalten hat, befürchtet, dass Deutschland bald an seine Grenzen stößt. Das Asylrecht sei zwar nicht nach Zahlen bemessen; aber "unsere Aufnahmekapazität ist begrenzt, auch wenn noch nicht ausgehandelt ist, wo diese Grenzen liegen." Im Land gehe die Sorge um: „Wird der Zuzug uns irgendwann überfordern?“ Er bringt das Problem auf einen einfachen Satz: „Wir wollen helfen. Unser Herz ist weit. Doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“

Die Lage in den Regionen östlich und südlich von Europa ist äußerst besorgniserregend, und sie lässt erwarten, dass weitere Millionen von Menschen nach Europa, vor allem nach Deutschland, andrängen werden: – Von Libyen aus können auf dem Weg über das Mittelmeer zahllose Flüchtlinge, vorwiegend aus schwarzafrikanischen gescheiterten Staaten, aber nicht nur von dort, nach Italien gelangen. – Wenn das Abkommen mit der Türkei aufgekündigt werden sollte, werden über die Ägäis wieder hunderttausende Flüchtlinge nach Griechenland kommen. – Die politischen

Zustände in der Türkei können neue Flüchtlingsströme, dieses Mal aus der Türkei selbst, hervorrufen: Kurden, Aleviten und kritische Türken aus dem Mittelstand. Die hiesige Bevölkerung erwartet von „der Politik“, dass sie diese Probleme anspricht und Lösungsvorschläge macht. Das ist bisher nicht zureichend geschehen. Ein scheinbar ohnmächtiges Abwarten kann für unsere Gesellschaft und Politik aber sehr negative Folgen haben, die sich ja schon abzeichnen.

Bevor eventuelle Verschärfungen der Fluchtbewegungen eintreten, soll jetzt eine möglichst effektive Arbeit an der Integration der schon vorhandenen Flüchtlinge, besonders – aber nicht nur – derjenigen, die eine Bleibeperspektive haben, verstärkt werden. Dies ist richtig und notwendig, aber es stellt sich immer mehr heraus, dass eine Integration keine leichte Aufgabe ist und in sehr vielen Fällen scheitern wird, möglicherweise auch bis in die nächsten Generationen hinein, wie terroristische Aktivitäten von in Europa geborenen und sozialisierten Nachkommen von Flüchtlingen zeigen können.

Die offiziellen Zielvorgaben für die Arbeit an einer Integration kreisen um Spracherwerb, Bekanntmachen des Grundgesetzes und hiesiger Lebensformen, die den von Flüchtlingen mitgebrachten kulturellen Vorstellungen und Praktiken fremd sind. Weithin ausgeklammert wird das Thema Religion bzw. Islam, wohl um Integrationsbemühungen nicht zu komplizieren oder von vornherein scheitern zu lassen. So erklärt z.B. Sawsan Chebli, stellvertretende Sprecherin des Auswärtigen Amtes, in einem FAZ-Interview: „Wir dürfen die Integrationsdebatte nicht mit der Diskussion über Muslime und Islam oder Religion insgesamt vermengen“, und sie erzählt von ihrem Vater: „Mein Vater ist ein frommer Muslim, spricht kaum Deutsch, kann weder lesen noch schreiben, ist aber integrierter als viele Funktionäre des AfD, die unsere Verfassung in Frage stellen (FAZ vom 03.08.16, S. 5).“

Sie vertritt anscheinend die offizielle Linie des Auswärtigen Amtes und wohl auch weiterer mit der Integration befasster Regierungsstellen. Diese Linie des Ausklammerns des Themas Religion widerspricht den Erfahrungen der Menschen, die sich für die Integration engagieren, und wi-

derspricht auch der Wahrnehmung in der Bevölkerung, dass der Islam durchaus etwas mit ungunstigen Entwicklungen - bei uns und in den muslimischen Staaten - zu tun hat. Mangelnde Geltung von Menschenrechten, die Stellung der Frau, die Scharia und immer wieder die Gewalt scheinen im Islam begründet zu sein und ein friedliches Zusammenleben zu erschweren.

Die Standardformel zur Abwägung heißt immer: die Gewalt, der Terror, habe nichts mit dem Islam zu tun. Der Islam sei eine friedfertige Religion, die Terroristen seien keine Muslime. Dieser Meinung sind auch die offiziellen Kirchenvertreter bis hin zum Papst. Tatsächlich sind ja die meisten Muslime friedliche Menschen, und die Religion Islam bietet den meisten ihrer Mitglieder eine Sinnperspektive. Insofern ist es sicherlich positiv, den Islam nicht einfach mit Gewalt und Terror gleichzusetzen, und auch die Kirchen sind dafür zu loben, dass sie - trotz ihrer weithin konservativen und missionarischen Gesinnung - nicht in ein Verdikt über den Islam einstimmen und sich für Dialog und Zusammenleben engagieren, obwohl viele Äußerungen auch naiv bzw. ohne wirkliche Kenntnisse sind.

Aber dabei sollte doch im Auge behalten werden, dass auch der Koran, die Gestalt Mohammeds, an der sich viele Muslime orientieren, und auch die islamische Geschichte starke Elemente von Gewalt, Unterdrückung Andersgläubiger oder der Frauen, bieten, die auch im „normalen“ Islam tradiert und die in muslimischen Kreisen leicht aufgegriffen und in radikaler Weise umgesetzt werden können - gewissermaßen eine latente Basis für Radikalisierungen; was der IS so treibt, lässt sich aus dem Koran rechtfertigen und ist in vielen Aspekten deckungsgleich mit dem wahren islamischen Islam in Saudi-Arabien und sogar mit der offiziellen Lehre an der Kairoer Azhar-Universität. Insofern ist die Anmerkung des türkischen Schriftstellers Zafer Senocak immer noch aktuell: „Auch wenn die meisten Muslime es nicht wahrhaben wollen, der Terror kommt aus dem Herzen des Islam, er kommt direkt aus dem Koran“ (Die Welt vom 28.12.07). Und auch die breite Bevölkerung lässt sich durch die These, das alles habe mit dem Islam nichts zu tun, nicht zufrieden stellen.

Mit anderen Worten: Es muss eine umfassende Auseinandersetzung mit der Religion

Islam beginnen, wenn die Integration so vieler Muslime gelingen soll.

Das heißt natürlich nicht, dass die Integrationshelfer mit den ihnen anvertrauten Flüchtlingen eine Diskussion über den Islam beginnen sollten. Das bringt nichts und würde dazu führen, dass sich ihre Gesprächspartner sperren, noch abgesehen von der Schwierigkeit, differenzierte deutschsprachige Erörterungen zu verstehen. Insofern sollte hierbei das Thema Islam in der Regel vermieden werden.

Aber etwas anderes ist es, dabei - wenn man so will: im Hinterkopf - die tatsächlich vorhandenen Probleme mit dem Islam zu verdrängen. Man sollte wissen, dass hier Diskussionen und Veränderungen nötig sind. Man sollte wissen, dass beinahe alle „kulturellen“ und ethnischen Traditionen, die eine Integration in pluralistische Gesellschaften erschweren, nach Ansicht der Muslime in Gottes Offenbarung begründet und somit sakrosankt sind.

Deswegen kommt man an einer Beschäftigung mit dem Thema Islam nicht herum, wenn eine Integration gelingen soll. Diese kann nur erfolgreich sein, wenn auch innerhalb wenigstens der in Europa lebenden muslimischen Gesellschaften eine Beschäftigung mit den eigenen Vorstellungen einsetzt, und zwar mit den Mitteln der historischen Methoden.

Diese Notwendigkeit wird auch von nicht wenigen Muslimen erkannt, und die Bemühungen müssen auch von ihnen selbst unternommen werden. Aktivitäten „von außen“ werden wohl vielfach als Angriffe von „Ungläubigen“ verstanden. Aber immerhin sollten diese islamischen, noch recht spärlichen Ansätze unterstützt werden. Das genaue Gegenteil geschieht: Das Mantra, alle eklatanten terroristischen Akte z.B. hätten mit dem Islam nichts zu tun, führt zum Verzicht auf kritische Bemühungen um die eigene Religion. Ebenso bedenklich sind die Thesen der traditionellen universitären Islamwissenschaft, die gänzlich unkritisch von den traditionellen islamischen Narrativen ausgeht, die Entstehung des Islam, seinen Propheten Mohammed und den Koran ohne jede kritische Reflexion im überlieferten Sinn zum Ausgangspunkt nimmt und diesen damit bestätigt - das Gegenteil von Wissenschaft.

Und auch die Medien spielen oft eine verhängnisvolle Rolle. So publizierte z.B. die Süddeutsche Zeitung am 28./29. Mai 2016 (S. 17) einen umfänglichen Artikel von Frank Griffel, Professor der Islamwissenschaft an der Yale-Universität und zur Zeit Gastprofessor in München mit der These, der Islam „kannte keine Reformation und keine Aufklärung“ und hatte „beides gar nicht nötig“. Die Schlussfolgerung: „Die oft gehörte Forderung, der Islam müsse sich reformieren und die Werte der Aufklärung übernehmen, ist aus Kenntnis vormoderne islamischer Gesellschaften heraus sinnlos“. Auch die FAZ leistet ihren Beitrag: Am 06.08.16 bot sie (S. 7) eine Darstellung der Lehrtätigkeit des an der Universität Frankfurt tätigen Professors Ömer Özsoy zur Auslegung des Koran, ohne jede Kritik an der wissenschaftlich lächerlichen Vorgehensweise.

Wie soll es dann wenigstens in kleinen Kreisen von kritischen Muslimen dazu kommen, die – auch für eine Integration – erforderlichen Korrekturen anzugehen? Viel wäre schon gewonnen, wenn der Koran, nicht anders als die Bibel, zwar als Offenbarung Allahs gesehen würde, aber doch als von Menschen nach ihren damaligen Vorstellungen verfasst, und somit auch mit den Mitteln der Vernunft untersucht und interpretiert werden kann. Ebenso wäre viel gewonnen, wenn realisiert würde, dass die Gestalt Mohammeds – zurückhaltend formuliert – in historischem Dunkel liegt, die Traditionen über ihn auch recht inhumane Aspekte beinhalten usw.

Vielleicht könnte auf diese Weise allmählich ein „Euro-Islam“ dieser Religion eine Prägung geben, die sie auch in pluralistischen Gesellschaften lebbar macht und vielleicht auch in die islamischen Staaten ausstrahlen kann. Das wäre kein anderer, neuer Islam, sondern derselbe Islam, in dem aber über seine eigenen Traditionen vernunftgemäß diskutiert werden kann.

Ohne diese Reformen, die an den Universitäten ansetzen oder in den Islamkonferenzen diskutiert werden könnten, wird es bei einer gesellschaftlichen Ghettoisierung der Muslime bleiben, was keiner wünschen kann.

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## Theologie in Polen – eine Bestandsaufnahme

Auf den ersten Blick bietet die Theologie in Polen ein eindrucksvolles Bild. Während in der kommunistischen Zeit, von der theologischen Ausbildung in Priesterseminaren abgesehen, die Möglichkeit, Theologie zu studieren, auf die Lubliner Katholische Universität sowie auf die Warschauer Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität beschränkt blieb, kam es nach der europäischen Wende der Jahre 1989/90 zu einem Ausbau theologischer Zentren und Fakultäten. Neben der in Krakau gegründeten, Johannes Paul II. gewidmeten Universität und den eigenständigen theologischen Abteilungen in Breslau und Warschau gelang es, an sechs staatlichen Universitäten theologische Fakultäten zu installieren, u. a. in Oppeln, wo, von Bischof Alfons Nossol initiiert und gefördert, seit Jahrzehnten eine enge Kooperation mit der theologischen Fakultät der Universität Münster besteht. Diese insgesamt elf theologischen Einrichtungen verfügen über rund 700 wissenschaftliche Mitarbeiter, unter ihnen immerhin 100 Frauen, allerdings bei einem deutlichen Übergewicht von 530 Klerikern.

### Theologie in Polen auf dem Prüfstand

Fragt man jedoch nach Qualität und Bedeutung der Theologie in Polen, dann ergibt sich ein wenig erfreuliches Bild. Artur Sporniak, Leiter der für Glaubensfragen zuständigen Abteilung des „Tygodnik Powszechny“, benennt in seinem Beitrag<sup>1</sup> ihre Defizite und Krisensymptome. So sei es bezeichnend, dass man im Ausland kaum etwas über die polnische Theologie wisse und es auch keinen namhaften polnischen The-

<sup>1</sup> A. Sporniak, Kościelny ból głowy (Kirchlicher Kopfschmerz), Tygodnik Powszechny v. 05. 06. 2016, S. 32-34. Der etwas seltsame Titel erklärt sich auf dem Hintergrund einer vorangegangenen Serie über charismatische und meditative innerkirchliche Gruppierungen, die mehr vom „Herz“, weniger vom „Kopf“ her bestimmt sind.

ologen gäbe, der international bekannt wäre. Unter Berufung auf eine von Professor Andrzej Napiórkowski erstellte Diagnose vermerkt Sporniak, die polnische Theologie sei in einem „beklagenswerten Zustand. Es mangelt ihr an Selbstständigkeit, an Mut; sie greift keine für die Menschen wichtigen Fragen auf, ist epigonal, redet dem Lehramt nach dem Mund. Sie verweigert sich dem Dialog mit der Kultur, steht mit der Spiritualität in einer nur schwachen Verbindung, beruft sich selten auf die Heilige Schrift und ist klerikalisiert.“<sup>2</sup>

Den polnischen Theologen fehlt es offenbar an der nötigen Risikobereitschaft. Statt dem Magisterium – um ein von Kant gebrauchtes Bild aufzugreifen – mit der Fackel voran zu leuchten, trägt man ihm lieber die Schleppe nach. So bemängelt der Dominikaner Bogusław Kochaniewicz die Vorliebe für eine unkritische Kommentierung päpstlicher Rundschreiben. Dieses Defizit an Originalität zeige sich auch in der Häufung von theologischen Arbeiten unter Bezugnahme auf Texte von Joseph Ratzinger alias Benedikt XVI., bei denen man vor einer möglichen Beanstandung sicher sein könne. Bei so viel Scheu vor Konflikten verwundert es nicht, dass es kaum einmal unter polnischen Theologen zu einer kontroversen Debatte kommt. Auf Anfrage des „Tygodnik Powszechny“ konnten die befragten Theologen lediglich eine einzige derartige Debatte benennen, und die liegt ein Vierteljahrhundert zurück. Sie betraf die nicht gerade für die moderne Theologie zentrale Frage nach der Hölle; und dies nicht einmal nach ihrer Existenz, sondern ob sie „leer“, also unbevölkert sein könne.

### Strukturelle Defizite

Ohne theologische Kontroversen keine lebendige Theologie. Der Dogmatiker Grzegorz Strzelczyk sieht in der bei Theologen beliebten Absicherung durch das kirchliche Lehramt geradezu die „Erbsünde polnischer Theologie“. Begründet sei sie durch strukturelle Defizite. So fehle es an einem theologischen Austausch zwischen den verschiedenen theologischen Einrichtungen. Diese theologische Selbstbezogenheit habe eine Horizontverengung sowie eine theologische Stagnation zur Folge. Zudem zeige

sich eine „strukturelle Schwäche“ darin, „dass die Theologie in Polen im großen Maße auf die Bedürfnisse von Pastoral und Katechese ausgerichtet ist.“ Auch wirke noch die Situation unter der kommunistischen Herrschaft nach, als die Theologie isoliert gewesen sei. „Es wuchsen einige Generationen von Theologen heran, die an einen interdisziplinären Dialog nicht gewöhnt sind.“<sup>3</sup> Professor Strzelczyk beklagt des Weiteren ein aus der kommunistischen Zeit resultierendes Manko: das Bemühen der Bischöfe, alles, auch die Theologie, unter ihrer Kontrolle zu halten. In den Jahrzehnten kommunistischer Unterdrückung, als Partei und Sicherheitsapparat auf verschiedene Weise versuchten, in der Kirche Zwietracht zu säen und sie dadurch zu schwächen, waren beim Episkopat Eigenständigkeit der Theologie und theologische Auseinandersetzungen höchst unerwünscht, weil er befürchtete, dies könne die Einheit und Geschlossenheit der Kirche gefährden und den Kommunisten in die Hände spielen. Primas Wyszyński hat damals, zumal während des Zweiten Vatikanums und in den Folgejahren, mehrfach derartige, von ihm als gefährlich eingeschätzte theologische Tendenzen unterbunden. Ein entsprechendes Verhalten, so Strzelczyk, wirke bei den Bischöfen bis heute nach. Daher würden sie auch keine sonderliche Neigung zu einem Dialog mit ihren Theologen zeigen. „Bis heute werden Probleme innerhalb der Kommissionen des Episkopats behandelt und dazu einzelne Experten eingeladen. Offene Diskussionen werden dagegen nicht geführt. Aber auch dazu müssten sich die Theologen als würdig erweisen, indem sie zeigen, dass sie nicht nur wiederholen, was das Lehramt sagt“ – was offenbar nicht oder nur selten geschieht.<sup>4</sup>

Wie wenig der polnische Episkopat bereit ist, Anstöße seiner Theologen aufzugreifen und zu vertreten, zeigte sich im Zusammenhang mit dem vorjährigen Kongress polnischer Dogmatiker. Er stand in Hinblick auf die zweite Phase der Römischen Bischofssynode im Zeichen der Familie. Auf ihm waren einige Theologen der Ansicht, dass sich – unter Berücksichtigung der jeweiligen konkreten Situation – in manchen

<sup>2</sup> Ebd., S. 33.

<sup>3</sup> Ebd., S. 34

<sup>4</sup> Ebd.

Fällen Gläubige nicht im Zustand der schweren Sünde befinden würden, wenn sie in einer nichtsakramentalen Ehe leben. Unter Vermeidung eines Ärgernisses könne ihnen daher durch einen Akt der Buße der Weg zum Empfang der Eucharistie eröffnet werden.

Auf diesem Kongress war der Posener Erzbischof und Vorsitzende der Bischofskonferenz Stanisław Gądecki anwesend, der wenig später die polnische Delegation auf der Bischofssynode anführte. Wer erwartet hatte, dass er den Anstoß seiner heimischen Dogmatiker in Rom zur Sprache bringen würde, sah sich enttäuscht. Wie bekannt, vertrat die polnische Delegation in Rom die harte Linie bisheriger Regelung, wonach, unbeschadet der näheren Umstände, jeder Katholik, der in einer nichtsakramentalen Beziehung lebt, vom Kommunionempfang ausgeschlossen ist.

### Die Bedeutung theologischer Diskussion außerhalb des universitären Bereichs

Wenngleich sich im engeren akademischen Raum kaum theologische Diskussionen ausmachen lassen, so bedeutet dies jedoch nicht, dass es diese überhaupt nicht geben würde. Sie finden in katholischen Zeitschriften sowie neuestens im Internet ihren Niederschlag, ein Bereich, der weitgehend bischöflicher Kontrolle entzogen ist. Auf diesem Feld sind die Fronten scharf getrennt: auf der einen Seite die Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“, die Krakauer Monatsschrift „Znak“ und der vierteljährlich erscheinende „Więź“, Organe mit einer theologischen Ausrichtung auf einen offenen, dialogischen Katholizismus; auf der anderen Seite die stark traditionalistisch und nationalkatholisch geprägten Blätter „Christianitas“ und „Teologia Polityczna“, die sich nicht scheuen, selbst Papst Franziskus ins Visier zu nehmen, dem sie vorwerfen, „mit seinen Aussagen, seinem Verhalten und seinen Entscheidungen“ Verwirrung zu stiften. Selbst der ‚polnische‘ Papst Johannes Paul II. erfährt in dieser Medienlandschaft Kritik. So vertrat unlängst die konservative Zeitschrift „Pressje“ die These, sein „Einverständnis mit der li-

beralen Demokratie“ sei ein Fehler gewesen.<sup>5</sup>

Auf einen Text soll in diesem Zusammenhang näher eingegangen werden. Er liegt ein knappes Vierteljahrhundert zurück, löste eine heftige, sich über einen längeren Zeitraum hinziehende Debatte aus und entstammt der Feder des seiner Zeit sehr einflussreichen Priesters und Philosophen Józef Tischner (1931 – 2000.) Erschienen ist er im Januarheft der Zeitschrift „Znak“ unter dem Titel „Das Ende des thomistischen Christentums“.<sup>6</sup>

Angesichts des damals in der Theologie vorherrschenden Thomismus stellte dieser Beitrag eine Provokation dar und wurde mit Luthers Thesenanschlag an der Wittenberger Schlosskirche verglichen. Er trug denn auch seinem Verfasser reichlich Widerspruch und Anfeindung ein. Einleitend registriert Tischner den alle Bereiche der modernen Wissenschaft umfassenden Konflikt mit dem thomistischen Weltverständnis. Daraus folgert er, „dass sich heute ein Katholizismus, der immer wieder seine Doktrin der ‚Glaubensrechtfertigung‘ mit aus dem Thomismus geschöpften Begriffen verbindet, im Stadium einer inneren Krise befindet.“<sup>7</sup> Tischner erkannte damit deutlich, dass der Thomismus im philosophischen Diskurs marginal geworden war. Während er in früherer Zeit sehr wohl eine Synthese zwischen Wissenschaft, Philosophie und Glaube zuwege gebracht hatte, war er nun der Konfrontation mit der modernen Wissenschaft und Philosophie nicht mehr gewachsen. Um nicht weiter auf verlorenem Posten zu stehen und mit den modernen Geistesströmungen in einen Dialog eintreten zu können, hielt Tischner eine fundamentale Überprüfung des in Polen herrschenden, vom Thomismus geprägten Modells des Christentums für geboten. Anders als die Neothomisten machte er die neuzeitliche Philosophie nicht für die geistige Krise der Zeit verantwortlich und warnte vor der Gefahr einer Nostalgie, bei der man den Verlust eines philosophischen Systems beklagt, das mit Hilfe einiger klarer Grundsätze vorgibt, die Geheimnisse des Glaubens und der menschlichen Exis-

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> Józef Tischner, Schyłek chrześcijaństwa tomistycznego, Znak Nr. 187 – 1/1970.

<sup>7</sup> Ebd., S. 2.

tenz erhellen zu können. Dem hielt er in der Schlussbemerkung seines Textes entgegen, dass es sich beim Ende des Thomismus um einen „normalen Vorgang“ handle, weil jede Philosophie, und damit auch der Thomismus, der Zeit und dem geschichtlichen Wandel unterliege. Dagegen würde sich ein System, das für sich Absolutheit beanspruche, über die Zeit erheben und gegen die Geschichtlichkeit jeder Philosophie und jeden Philosophierens verstoßen. Daher sollte „die Trennung des Thomismus vom Christentum keine Verwunderung erwecken“, denn die Offenbarung sei so gewaltig groß, „dass sie nicht mit menschlichen Begriffen, auch nicht mit philosophischen, auszuschöpfen ist.“<sup>8</sup>

Tischner beschließt seine Überlegungen mit Sätzen von bleibender Aktualität: „Wie in jeder Philosophie die Negativität ihrer selbst verborgen liegt, so verbirgt sich im Christentum eine heimliche Negation jeder Philosophie, die seinen Gehalt restlos ausschöpfen möchte. In bestimmten Epochen der Geschichte treten die verborgenen Negationen ans Licht. Dann entsteht der Anschein einer neuen, unerwarteten, beunruhigenden Disharmonie. Im Grunde handelt es sich aber lediglich um den Vor-schein von etwas Neuem.“<sup>9</sup>

## Das Erbe von Reformation und Aufklärung

Artur Sporniak beschränkt sich in seinem Beitrag auf eine Zustandsbeschreibung der Theologie in Polen. Er fragt nicht nach den geschichtlich vorgegebenen Bedingtheiten, die ihr heutiges Erscheinungsbild mit bestimmen und die für den deutlichen Unterschied zwischen der deutschen und der polnischen Theologie eine Erklärung bieten können. Als solche geschichtlichen Vorbestimmungen sind Reformation und Aufklärung zu verstehen.

Die Reformation blieb in Polen eine Episode. Getragen wurde sie vor allem vom Landadel, der so genannten Schlachta, die sich von ihr einen größeren politischen Einfluss versprach und nach Erreichen ihrer Ziele zum großen Teil wieder zum alten Glauben zurückkehrte. Natürlich gab es zu jener Zeit auch theologische Auseinander-

setzungen und eine starke gegenreformatorische Bewegung, aber sie besaßen längst nicht jenes Gewicht und jene Brisanz wie im Lande Luthers. Vor allem führten sie nicht zu blutigen Konflikten. Während im Westen der Dreißigjährige Krieg herrschte, bei dem sich Katholiken und Protestanten in zwei feindlichen Lagern gegenüber standen und der weite Teile Europas verwüstete, blieb Polen, vom Schwedeneinfall einmal abgesehen, von diesen Schrecknissen verschont. Und während es im Westen bis 1648 dauerte, ehe in Münster mit dem Westfälischen Frieden diese für beide Konfessionen leidvolle Zeit ein Ende fand, war in Polen bereits 1573 mit der Konföderation von Warschau die Gleichberechtigung aller religiösen Bekenntnisse beschlossen worden.

Von nicht geringer Bedeutung für diesen friedlichen Verlauf war das zu jener Zeit alles andere als selbstverständliche vorreformatorische Erbe religiöser Toleranz<sup>10</sup>, das es beispielsweise ermöglichte, dass jene, die – wie Juden und Böhmisches Brüder – in ihrer Heimat um ihres Glaubens willen verfolgt wurden, in Polen Zuflucht fanden. Mit diesen vorreformatorischen und reformatorischen Gegebenheiten war in Polen zugleich eine gegenüber dem westlichen Europa grundsätzlich andere Ausgangslage für die Aufklärung verbunden. Im Unterschied zur westlichen Aufklärung, die u. a. als Protest der Vernunft gegen eine durch den Dreißigjährigen Glaubenskrieg verschuldete leidvolle Geschichte war und als Konsequenz eine nicht mehr auf der „christianitas“, sondern auf den Prinzipien der Vernunft basierende, von Religionskritik begleitete gesellschaftliche Neuordnung einforderte, erwies sich die polnische Aufklärung als Versuch einer durchaus mit dem christlichen Glauben in Einklang stehenden politisch-moralischen Aufrüstung der Nation unmittelbar vor der langen Phase der Aufteilung des Landes durch fremde Mächte.

Die Folgen dieser hier kurz skizzierten Entwicklung für die Theologie in Polen liegen auf der Hand: Sie stand zu keiner Zeit in einer mit Deutschland vergleichbaren Situation der Herausforderung, sich gegenüber einem protestantischen Glaubensver-

<sup>8</sup> Ebd., S. 19.

<sup>9</sup> Ebd., S. 20.

<sup>10</sup> Theo Mechtenberg, Toleranz – ein Erbe der Reformation; in: Orientierung, Nr. 8 vom 30. 04. 1977.

ständnis und dem Rationalismus der Aufklärung und ihrer Religionskritik zu rechtfertigen und zu behaupten. Für sie gab es daher weder einen besonderen Zwang noch einen ausreichenden Anlass für ein selbstkritisches Überdenken eigener theologischer Ansichten. Dies ist einer der Gründe, warum es der Theologie in Polen an der nötigen Dynamik mangelt, was ihre relative Unbeweglichkeit sowie die Tendenz erklärt, auf traditionellen Positionen zu beharren, statt sich neuen geistigen Herausforderungen zu stellen.

### Die geschichtliche Relevanz der „Taufe Polens“

Polens Kirche sieht ihren Beginn und – damit verbunden – den der polnischen Nation und des polnischen Staates in der 1050 Jahre zurückliegenden Taufe des Piastenfürsten Mieszko I., und sie versteht diesen Akt zugleich als „Taufe Polens“. Entsprechend wurde dieses Gedenken in Anlehnung an das Millennium des Jahres 1966 feierlich begangen. Damals hatte sich Polens Kirche unter Leitung von Primas Stefan Wyszyński mit einer neunjährigen Novene auf diese Tausendjahrfeier vorbereitet. Eine Kopie des Gnadenbildes der Schwarzen Madonna pilgerte durch das Land, wurde in den Pfarreien festlich empfangen, wo die Gläubigen vor der Ikone das Gelöbnis ablegten, sich „in die Knechtschaft Mariens für die Freiheit der Kirche und des Vaterlandes“ zu geben. Auch während des diesjährigen kleinen Jubiläums zog eine Kopie des Gnadenbildes für kurze Zeit durch Polens Straßen, gab es eine neuntägige Vorbereitung auf ein Gelöbnis, durch das der polnische Episkopat sich selbst, die Kirche im Lande und die Polonia der Gottesmutter anvertraute. Auf diese Weise wurde die Einheit von Kirche und Nation erneut beschworen und die Intention des Millenniums auch für die heutige Zeit bekräftigt. Was dies konkret bedeuten kann, erläutert die Chefredakteurin von „Niedziela“ in ihrem Kommentar zum Jubiläum. Sie ruft zu „einem starken Glauben für ganz Europa“ auf, „besonders in der Situation, in der dem Alten Kontinent die ernste Gefahr einer Überflutung durch den Islam droht und über dem Kontinent das Gespenst des Untergangs lateinischer Zivilisation schwebt.“ Sie erinnert an die polni-

sche Republik vergangener Zeiten, welche „die Rolle einer Vormauer des Christentums erfüllt“ habe, und sieht Polens Aufgabe darin, „auch heute eben diese Mission zu erfüllen.“<sup>11</sup>

### Die Problematik einer „Theologie der Nation“

Hinter einem solchen Denken verbirgt sich eine „Theologie der Nation“, die ihre Ausprägung durch den polnischen Messianismus erfahren hat. Sein Hauptvertreter ist Adam Mickiewicz (1798 – 1855), Polens bedeutendste Dichtergestalt. Der „satani-schen Trinität“ der damaligen Teilungsmächte Russland, Preußen und Österreich begegnet er unmittelbar nach dem verlorenen Novemberaufstand (1830/31) mit einer sinnstiftenden theologischen Deutung des leidvollen Schicksals seines Volkes: „Die polnische Nation wurde gemartert und ins Grab gelegt, worauf die Könige riefen: ‚Getötet und bestattet haben wir die Freiheit.‘ Doch ihr Rufen war Dummheit. Mit ihrem letzten Verbrechen ward das Maß ihrer Untaten voll, und ihre Macht endete, da ihr Jubel am größten. Denn die polnische Nation starb nicht. Zwar liegt ihr Leib im Grab, doch ihre Seele erstand von der Erde, das heißt, sie entwich aus dem öffentlichen Leben, hin in den Abgrund, in das verborgene Leben der unter Unfreiheit leidenden Völker in der Heimat und außerhalb ihrer – um ihre Leiden zu schauen. Doch am dritten Tag kehrt die Seele in den Leib zurück und die Nation erhebt sich von den Toten und befreit alle Völker Europas aus der Knechtschaft.“<sup>12</sup>

Diese in der Zeit der Teilungen grundgelegte Denkweise verfestigte sich durch die im Zweiten Weltkrieg erfahrenen schrecklichen Leiden, diente als Deutungsmuster des gescheiterten Warschauer Aufstandes, stärkte Widerstandskraft und Hoffnung in den Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft. Auch heute ist diese „Theologie der Nation“ spürbar und gewinnt durch die nationalkonservative, von der Kaczyński-

<sup>11</sup> Lidia Dudkiewicz, *W kolebce naszego życia na wieki* (In der Wiege unseres Lebens für alle Zeit), *Niedziela* Nr. 17 v. 24. 04. 2016, S. 3.

<sup>12</sup> Adam Mickiewicz, *Księgi naordy polskiego i pielgrzymstwa polskiego* (Bücher der polnischen Nation und der polnischen Pilgerschaft), Werke Bd. VI, S. 17.

Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) total dominierten Regierung neuen Auftrieb. Dies zeigt sich beispielsweise an der von ihr betriebenen Sinnstiftung der Flugzeugkatastrophe von Smolensk, bei der an die hundert politisch und gesellschaftlich hochrangige Persönlichkeiten ums Leben kamen, unter ihnen Präsident Lech Kaczyński. Dieser tragische Unfall erfährt eine Deutung als ein durch fremde Mächte herbeigeführtes Attentat und nationales Martyrium sowie – im Sinne einer Auferstehung eines neuen Polen – als Gründungsmythos der von PiS angestrebten IV., sich gegen das Vierteljahrhundert „postkommunistischer Ära“ abhebenden Republik.

Wir haben es bei der „Theologie der Nation“ um ein Phänomen gänzlich außerhalb des akademischen Bereiches zu tun. Es handelt sich hier vielmehr um einen Traditionsstrom, dessen Quellgründe überwiegend in der polnischen Kultur, in literarischen und philosophischen Texten, zumal der polnischen Romantik, liegen. Angesichts dieser vorgegebenen Tradition sieht sich Polens Kirche einer nationalen Erwartung ausgesetzt, der sie denn auch durch ihre stark national getönte Verkündigung zu entsprechen sucht.

Zu fragen ist allerdings nach der Vertretbarkeit dieser aus dem polnischen Messianismus resultierenden „Theologie der Nation“ und ihrer Neigung zu einer heilsgeschichtlichen Interpretation nationaler Geschichte. Die Theologie in Polen steht hier eigentlich vor der Herausforderung, sich in Wahrung der unaufhebbaren Differenz von christlicher Heils- und säkularer Weltgeschichte kritisch gegen die mit einer „Theologie der Nation“ verbundenen Gefahr einer Sakralisierung der eigenen Nation und ihrer schicksalhaften Erfahrungen zu wenden, zumal diese Sakralisierung einen gegenwärtig virulenten, stark fremdenfeindlichen Nationalismus fördert. Diese kritische Funktion wird jedoch von polnischen Theologen nur vereinzelt wahrgenommen, und wenn, dann sehen sie sich häufig dem Vorwurf konfrontiert, an Polen Verrat zu üben.

\*\*\*

Hermann Häring

## Autoritärer Dualismus

Zum Schreiben der Glaubenskongregation über Charismen und charismatische Bewegungen

### 1. Charismatischer Aufschwung, die Hoffnung des Papstes

„Die Kirche der Zukunft ist wie Himbeereis zum Frühstück – erfrischend.“ Dieses lockere Motto tauchte Mitte Juni bei Jugendlichen im Bistum Rottenburg auf. In denselben Tagen erklärte die römische Glaubenskongregation, die Kirche werde jünger: *Iuvenescit Ecclesia*, so der programmatische Titel eines römischen Schreibens zu charismatischen Bewegungen in der Kirche. Es handelt von den erneuernden Gaben des Geistes, in den kirchlichen Traditionen *Charismen* genannt. Entsprechend dieser Thematik hat Kardinal G. Müller, Präfekt der Glaubenskongregation, sein Schreiben auf das Pfingstfest, den 15. Mai, zurückdatiert.

Der Text, so könnte man sagen, kommt gerade noch rechtzeitig, denn innerkatholisch, in der westlichen Ökumene und weltweit sind die charismatischen Bewegungen schon lange im Vormarsch. In Folge dieser Entwicklung ist der Anteil der Katholiken im katholischen Lateinamerika auf 65% zurückgegangen und feiern die Pfingstkirchen auch auf anderen Kontinenten spektakuläre Erfolge. Auch die „charismatischen Bewegungen“ Europas erfreuen sich eines *wachsenden Zuspruchs*. Insgesamt wird die Gesamtzahl dieser vom Geist Ergriffenen auf 600 Millionen Mitglieder geschätzt. Eine dritte Welle, die sogenannte Neocharismatische Bewegung, steht erst am Beginn. Allein schon einschlägige deutschsprachige Bibliotheken nennen seit 1965 mehr als 400 Titel, die sich ausdrücklich mit dieser Thematik beschäftigen.

Dabei denken katholische Gläubige vor allem an weithin bekannte Gemeinschaften wie den *neokatechumenalen* Weg, die *Cursillo*- oder *Fokolar*-Bewegung, an die

Schönstatt-Gemeinschaft, die *Katholische Integrierte Gemeinde* oder an viele kleinere christliche Gemeinschaften, Gesprächs-, Bibel- und Gebetskreise.<sup>1</sup> Mit vielleicht ambivalenten Gefühlen denkt man an *Comunione e liberazione*, das *Opus Dei* und an die *Legionäre Christi*? Man mag zu ihnen auch enthusiastische Jugendbewegungen zählen wie die *Generation Benedikt*, *Nightfever* oder die *Marianische Jugendbewegung*.<sup>2</sup> Andere fügen ihrer Liste die hoch geachtete Gemeinschaft *Sant' Egidio* aus Rom hinzu. Genaue Abgrenzungen sind nicht möglich. Kennzeichnend für die hochdynamische Szene kleinerer und größerer Gruppen war der Kongress, der Anfang Juli 2016 in München unter dem Motto *Miteinander für Europa – München 2016* stattfand. Die Veranstalter präsentierten sich als eine Initiative von europaweit mehr als 400 christlichen Gemeinschaften und Bewegungen verschiedener Kirchen, die sie mit Namen und Internetadressen dokumentieren.<sup>3</sup> Sie nannten sich nicht unbedingt charismatisch, sondern beriefen sich viel sachgemäßer darauf, dass in ihren Gemeinschaften „das je eigene Charisma zum Tragen kommt.“ Sie setzen sich gemeinsam für Frieden und Versöhnung in Europa ein.

Am 2. Juli hat *Papst Franziskus* dieses Anliegen durch eine Ansprache honoriert. Er sprach von einer „gegenseitigen, mit der Radikalität des Evangeliums gelebten Liebe“, von einer Kultur der Gegenseitigkeit und des Meinungs austauschs, von der Vielfalt, die eine jede Einheit braucht, von der Offenheit für Überraschungen und von der Hoffnung, die er auf diese Gruppen setzt: „Ihr habt mutig auf den Ruf Gottes geantwortet und seid berufen, seine Neuheit im Leben zu bekunden. ... Ihr werdet noch größere Früchte hervorbringen! Bewahrt die Frische eurer Charismen! ... Euer Zuhause, Eure Gemeinschaften und Städte sollen Laboratorien der Gemeinschaft, der Freundschaft und der Geschwisterlichkeit sein, fähig, zu integrieren und offen für die

ganze Welt.“ Das klingt in der Tat nach einem neuen und jugendlichen Schwung, der sich nicht in Selbstlob und in der Berufung auf besondere Kompetenzen erschöpft. Neue konkrete, politisch und sozial relevante Aktivitäten werden initiiert. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass erste Reaktionen auf das Schreiben der Glaubenskongregation von guten Erwartungen getragen sind. Der Kölner Weihbischof Ansgar Puff hofft auf die Entstehung neuer Gemeinschaften, „gerade in einer Zeit, in der wir in der Kirche nach neuen Wegen suchen“<sup>4</sup>.

Doch denkt die Kurie genauso oder werden dort Neuerungen nicht eher gefürchtet? In Rom ist zu hören, der Vatikan wünsche *keine Parallelgesellschaften* in der Kirche und wolle gegen sektiererische Tendenzen angehen.<sup>5</sup> Das klingt weniger nach Ermutigung. Zwar erklärt das Lehrschreiben der Glaubenskongregation, Erneuerung geschehe durch das Evangelium, durch den Geist und dessen Gaben. Wer wollte dem widersprechen? Doch schon im ersten Absatz wird von diesen Bewegungen eine „geordnete Teilnahme“ gefordert und später entpuppt sich diese Teilnahme als Unterordnung unter die Hierarchie. So werden die Charismen vom ersten Abschnitt an in die sachfremde Perspektive des einseitigen Gehorsams gepresst. Vom ersehnten Erdbeergeschmack der Jugendlichen bleibt da nicht viel übrig.

## 2. Autoritärer Dualismus – das Modell von Kardinal Müller

Das Schreiben, das die *Handschrift von Kardinal Müller*, dem Präfekten der Glaubenskongregation trägt, geht systematisch vor. Im ersten Viertel behandelt es die Charismen bei Paulus [I, 4-8]. Der Rest konzentriert sich, von Roms ordnungspolitischen Interesse geprägt, auf das „Verhältnis von hierarchischen und charismatischen Gaben“. Kirchenamtliche Verlautbarungen werden wiederholt [II, 9-10], klassische dogmatische Begründungen erneut präsentiert [III, 11-12]. Dann treten die „Sendung der Kirche“ [IV, 13-18] und schließlich die „kirchliche Praxis“ [V, 19-23] in den Mittelpunkt. Das Dokument schließt mit einem Blick auf Maria, die ihre

<sup>1</sup> *Andreas Geßmann*, Chance oder Störfaktor? Die Beziehungen zwischen neuen geistlichen Bewegungen und Pfarrei (Regensburg 2015).

<sup>2</sup> Die Szene der Bewegungen ist ständig in Bewegung. *Helmut Zenz* (<http://www.helmut-zenz.de/hzneuegg.html>) nennt allein für den deutschen Sprachraum 100 Bewegungen.

<sup>3</sup> <http://www.together4europe.org/de/partner/>

<sup>4</sup> KNA v. 14.06.16.

<sup>5</sup> domradio.de vom 14.06.16.

Gaben „ohne Widerrede und in leuchtendem Glauben“ angenommen habe [24]. Leider fehlen ökumenische Perspektiven, jede Würdigung des weltweiten pentekostalen Erfolgsmodells, ein Blick in die intensiven theologischen, nicht nur innerkatholischen Diskussionen.

Man kann zweifeln, ob sich Papst Franziskus mit dem Text vor dessen Bestätigung beschäftigt hat, da die Glaubenskongregation doch in dessen Auftrag arbeitet. Von der päpstlichen Hoffnung auf „Überraschungen“ und „Neuheit“ ist wenig zu spüren. Vielmehr lebt das Lehrschreiben von einem autoritär dualistischen Kirchenmodell, das vom klerikalen Ständedenken geprägt ist. Müller ermutigt und kommuniziert nicht, sondern ermahnt die Gläubigen und stellt Forderungen an sie. Er erstellt einen Katalog von acht Kriterien, die zur paulinischen Liebesforderung letztlich indifferent sind und in einer „kindlichen Abhängigkeit vom Papst“ [18d] kulminieren. So werden alle an sich interessanten Aussagen zur Würde der Charismen zu *einklagbaren Bedingungen* umformuliert. Die Charismen *müssen* zu Werkzeugen der Heiligkeit und Liebe werden [18a], sie *müssen* eine apostolische Zielsetzung zum Ausdruck bringen [b], *müssen* sich innerhalb des Bekenntnisses bewegen [c], zur Zusammenarbeit bereit sein [e], Widerstände demütig ertragen [f], geistliche Früchte hervorbringen [g], mit gesellschaftlichen Nöten solidarisch sein [h] und sich in das von oben geregelte pastorale Leben einfügen [20].

Dabei setzt Müller die sakramental legitimierte Leitungssämter kritik- und kriterienlos voraus. Schon sprachlich werden sie im unangreifbaren Indikativ behandelt, wie es dem althergebrachten pontificalen Kurienstil entspricht. Für das Handeln der Hierarchie formuliert er keinerlei Voraussetzungen, ganz zu schweigen von selbstkritischen Überlegungen, die sich mit der Charismenferne kurialen Handelns beschäftigen. Dabei impliziert schon der massive Aufschwung charismatischer Bewegungen Kritik an der Verhärtung und Verkrustung des offiziellen Regimes. Nirgendwo wird gezeigt, dass hierarchische Kompetenzen ebenso an der Liebe und am gegenseitigen Nutzen zu messen sind. „Hätte ich aber die Liebe nicht, wäre ich dröhnendes Erz oder eine lärmende Pauke“ (1 Kor 13,1). Lebenspraktisch entsteht so zwi-

schen Hierarchen und normalchristlichen Personen, so aktiv letztere auch sein mögen, ein *unüberbrückbarer Abgrund*.

Der entscheidende Grund für diese Diskrepanz liegt in den bekannten Gegensätzen zwischen der paulinischen Charismen-Interpretation und dem römisch-katholischen Kirchenmodell. Das Dokument spiegelt die Verzerrungen in seiner wiederholten pauschalen Unterscheidung zwischen Klerikern und Laien [2], Amtsträgern [22] und Gläubigen [2, 9-17, 21-24], *hierarchischen und charismatischen Gaben*<sup>6</sup>. Im Verlauf der Lektüre vergisst man sogar, wie unsinnig die Tautologie von den „charismatischen Gaben“ (= charismatischen Charismen) ist, die den „hierarchischen“, offensichtlich nicht-charismatischen Charismen entgegenstehen sollen. Nur wer vergessen hat, dass Paulus auch die Führungsfunktionen als Charismen in die Gemeinschaft einbettet, bringt diesen Unbegriff über die Zunge. Müllers Umgang mit den „hierarchischen Charismen“ deutet auf herrschaftliche Willkür, weil er sie faktisch zu Über-Charismen erklärt. Nach ihm hat die Hierarchie „die Fähigkeit, die echten[?] Charismen zu unterscheiden, sie mit Freude und Dankbarkeit anzunehmen, sie großzügig zu fördern und sie väterlich und wachsam zu begleiten“. Nur wer sich wie Müller unkritisch mit der innerkirchlichen Oberklasse identifiziert, kann ohne jede Selbstverpflichtung die Charismen der Unterklasse so degradieren. Solange dieses zwei-Klassen-Denken noch gilt, werden alle Kirchenreformen scheitern.

### 3. Theologische Zusammenhänge

Wie kann Müller diesen autoritären Dualismus rechtfertigen? Das Lehrschreiben bietet Passagen, die vor allem von *fachtheologischem Interesse* sind. Natürlich schöpft der Autor aus einer langen katholischen Tradition mit ihrem hochdifferenzierten Denksystem. So beruft er sich auf den hohen Stellenwert der *Sakramente*, die dieses Kirchenbild dominieren und die Leitungssämter unangreifbar machen. Die hierarchischen Charismen seien, so das Dokument, in der Bischofsweihe konzentriert [14], also in einer sakramentalen Kirchenordnung verankert, die sich aus der Menschwerdung Gottes herleitet [11]. Er beruft sich auf die

<sup>6</sup> Vgl. Konzilskonstitution *Lumen Gentium*, Nr. 4.

Trias vom „Wort Gottes, den Sakramenten und dem hierarchischen Weiheamt“ (Vatikanum II), der die normalen Charismen nichts entgegenzusetzen haben [9]. Müsstens die Charismen als Gaben des Geistes in der Kirchenordnung nicht endlich aufgewertet werden? Nein, denn nach *Dominus Iesus* (2000) „kann[!] der Heilige Geist keine andere Heilsordnung einführen, die von jener des menschengewordenen, gekreuzigten und auferstandenen göttlichen Logos verschieden wäre“ [11]. Wer anderer Meinung ist, wird so an den Rand der kirchlichen Rechtgläubigkeit gedrängt.

Eine andere Linie des Dokuments führt über die Enzyklika Pius' XII. *Mystici corporis* (1943; Über der Mystischen Leib) zu einschlägigen Stellen des 2. Vatikanum, vor allem zu einigen Dokumenten von Paul VI., Johannes Paul II. und Benedikt XVI. Einhellig unterstellen auch sie zwei unterschiedliche Arten von Charismen. Zugleich wird immunisierend erklärt, deren Einheit sei *in der Trinität* selbst, also in der tief innerlichen Einheit zwischen Sohn und dem Geist begründet [4, 11, 12]. So tiefsinnig diese metaphysischen Gedanken auch sein mögen, rational Interessierte können sie kaum nachvollziehen, doch ist ihre opiatierende Wirkung unbestritten.

Zudem werden die charismatischen Gaben nicht mit sakramentaler Objektivität, sondern nur „frei vom Heiligen Geist“, also ohne jede Berufungsmöglichkeit zugeteilt [11]. Schließlich gehen die Überlegungen zur Sakramentalität der Kirche über. Auch aus ihr leitet das Schreiben ein strenges, kirchlich orientiertes Friedens- und Einheitsgebot ab. Diese Einheit bleibt aber *asymmetrisch*, denn nach wie vor hat sich der Einheitspartner Kirchenvolk der Hierarchie bedingungslos unterzuordnen.

Warum aber kann sich dieses autoritär dualistische Denken noch 50 Jahre nach dem 2. Vatikanum halten? In ökumenischen Elan der 1960er Jahre wurde, gut ökumenisch, die dialektische Verschränkung von *Wort und Sakrament* thematisiert - und bald wieder vergessen. Gut vorkonziliar begriff man die Kirche (gemäß einer umstrittenen Theorie des 20. Jahrhunderts) wieder als „Grundsakrament“, als das Sakrament schlechthin. Ökumenisch unsensibel wurde die im Konzil eher überleitende und hinführende Metapher vom „Zeichen und Werkzeug für die innigste Vereinigung mit

Gott wie für die Einheit der ganzen Menschheit“ (LG 1) als Selbstdefinition fixiert, und den Ämtern wuchs so wieder eine nahezu *mythische Begründung* zu. Verloren ging durch das von der Reformation gehütete Wort der Schrift, das zu Differenzierung zwingt, zum innerkirchlichen Dialog herausfordert und geschichtliche Bedingungen erkennen lässt. Die „sakramentale Wurzel“ der Kirche mit ihrem „Strömen“ der Liebe gilt jetzt als das „Mysterium der Gemeinschaft“ [13] schlechthin. Müller fordert geradezu einen „sakramentalen Offenbarungshorizont“, der für den inneren Widerspruch dieser Wortkombination offensichtlich blind geworden ist.

Mit diesem Sakramentalismus löst der Glaubenspräfekt die Ämter aus allen kommunikativen, ethischen und kulturellen Zusammenhängen heraus, ohne die eine lebendige, wirklichkeitsbezogene, sich stets erneuernde Kirche überhaupt nicht denkbar ist. Seine undialektische Christologie liefert den kirchlichen Vollmachtsgedanken (den es tatsächlich gibt) einem *monologischen Missbrauch* aus, der bis 2013 eine unbändige Kontrollfreude, Ermahnungs- und Belehrungslust entwickelte, wie man dies nach dem Konzil nie mehr erwartet hätte. Zugleich lehnt es dieses monologische Lehramt konsequent ab, sich selbst kontrollieren oder kontrollieren zu lassen. Eine jede selbstkritische Gedankenführung ist ihm fremd. Die harsch kritisierenden Worte von Franziskus vom Dezember 2014 an die römische Kurie wurden außerhalb kirchlicher Kreise als Sensation, bei Insidern aber als unerhört und ungehörig erfahren, als hätte nicht Jesus selbst Petrus mit den Worten abgewiesen: „Weg mit dir, Satan“ (Mt 26,13). Dagegen erklärte selbst Walter Kasper in seinem Kirchenbuch, die Vollmacht der Kirche sei „kein selbstherrliches Verfügen über das Wort Gottes und die Gnade. Sie muss vielmehr immer wieder hören, was der Geist den Gemeinden sagt (Offb 2, 7.11.17.29 u. a.). Bei der Feier der Sakramente kann sie nur vollmächtig um das Kommen des Heiligen Geistes bitten. Die Kirche lebt aus dem beständigen Gebetsruf: ‚Veni, Sancte Spiritus!‘“<sup>7</sup> Von solchem Geist des lernenden Hörens ist das

<sup>7</sup> Walter Kardinal Kasper, *Katholische Kirche. Wesen – Wirklichkeit – Sendung* (Freiburg 2011), 204f.

Dokument der Glaubenskongregation meilenweit entfernt.

Die Folgen sind für das innere Gleichgewicht der Kirche fatal, denn alle anderen, bloß „charismatischen“ Dienste werden hierarchisch domestiziert. Mehr noch, sie werden schlicht ausgeschlossen aus der Logik einer gleichrangigen, auf Gottes Wort hörenden Kooperation, die eine Kirchenleitung nicht blockieren, sondern stärken würde. Papst Franziskus erklärte im Juni 2016, Laien seien keine „Befehlsempfänger der Hierarchie“, sondern „Teilhhaber an der rettenden Mission der Kirche“.<sup>8</sup> Davon ist im Dokument nichts zu spüren. Dem Begriff des „Laien“ vergleichbar degenerieren die *niederen Charismen* faktisch zu einer verschönernden Fassade, die für die Statik des Gesamtgebäudes keine Rolle mehr spielt.

#### 4. Kein paulinisches Charismenmodell

Das Lehrschreiben ist auch ein Musterbeispiel dafür, wie eine monologisch-autoritäre Theologie mit Schriftzeugnissen umgeht. Das Schreiben erweckt ja den Eindruck, das präsentierte Charismenmodell beruhe auf einer differenzierten Auslegung der einschlägigen Passagen des 1. Korintherbriefs (Kap 12-14). Unbestritten geben die Nummern 4-8 des Dokuments einige Basisstandards der exegetischen Forschung korrekt wieder. Ohne Sorge um Vollständigkeit zählt Paulus bestimmte Charismen auf und legitimiert sie als Gaben des Geistes. Besondere Aufmerksamkeit widmet er dabei außerordentlichen ekstatischen Phänomenen, die sich wohl schon damals verselbständigten und der späteren Frömmigkeitspraxis westlicher Kirchen zudem fremd sind. Offensichtlich sorgte deren undisziplinierte Ausübung für Unruhe, wenn nicht gar für Chaos. Im Blick auf sie arbeitet Paulus das Kriterium der Liebe (1 Kor 13), d.h. des allgemeinen Nutzens heraus. Den Namen einer Geistesgabe verdient nur, *was der Gemeinschaft nützt*. Er illustriert seine Grundforderung mit der bekannten Metapher vom einen Leib, dessen einzelne Glieder nur in gegenseitiger Kooperation ihren Sinn erfüllen: „Alles geschehe so, dass es aufbaut“ (1 Kor 14,26). Das alles

ist bekannt. Richtig ist auch der Hinweis, dass die vorgelegte Sachbeschreibung die *damalige*, in erster Linie korinthische Gemeindesituation wiedergibt [6].

Doch Müller trägt in diesen Diskurs schnell seine *eigenen Fragen* und Problemlösungen ein. Beispielsweise stellt er fest, Paulus kenne zwischen den Charismen keinen Gegensatz. Warum auch nicht und wer hat das behauptet, wird man fragen, diese Frage steht doch nicht zur Debatte. Und selbstverständlich gab es in Korinth massive Gegensätze und Spannungen, die Paulus mit hohem Aufwand zu bändigen versucht, sonst würde er sich dazu nicht äußern. Welcher Gegensatz ist denn gemeint? Eini-germaßen unhistorisch entdeckt Müller „die Gegenüberstellung einer institutionellen Kirche jüdisch-christlicher Prägung und einer charismatischen Kirche paulinischer Art“. Gewiss lässt es sich nicht bestreiten: In Korinth schält sich eine andere Kirchengestalt heraus, als wir sie von Jerusalem her kennen, doch die von Müller gezogene Folgerung hätte man damals nicht verstanden.

Ebenso unmotiviert klingt Müllers hoheitlich kategorische Warnung: Die Charismen berechtigen nicht dazu, sich dem Gehorsam gegenüber einer „*kirchlichen Hierarchie*“ zu entziehen. Auch eine Hierarchie gab es damals noch nicht, obwohl Paulus in seinen Aufzählungen die Gabe des Apostels - zusammen mit Propheten und Lehrern - an erster Stelle nennt. Müller hat wohl übersehen, dass Paulus schon bald mit Petrus im Streit lag. Unreflektierte Gehorsamskategorien bieten also keine Lösung. Zudem nennt Paulus an anderer Stelle (1 Kor 12,28) die Gabe der Leitung (*kybernese*; Luther spricht von den „Regierern“) nach vielfältigen anderen Kompetenzen erst an zweitletzter Stelle. Von Hierarchie und einem hierarchisierten Charismenmodell kann also keine Rede sein.

Mag sein, dass die Paulustexte in einer konfliktreichen Situation geschrieben sind und deshalb einen ausgewogenen Umgang mit der Thematik erschweren. Die in seiner Gemeinde umstrittenen Charismen wirken auf uns wie eine *zufällige Akkumulation*. Man denke an Prophetie und Krankenheilung, Zungenrede und deren Auslegung. Sind sie nicht ein Sonderproblem, das ein normales und bodenständiges Gemeindeleben kaum berührt? So entsteht bei einem

<sup>8</sup> KNA v. 20.06.16

oberflächlichen Blick der fatale Eindruck, neben den unverzichtbaren Leitungs- und Lehrfunktionen teile der Geist in seinem luxuriösen Überschwang auch einige Superfähigkeiten aus, auf die eine Gemeinde notfalls verzichten kann.

Doch diese verengte Wahrnehmung, der man heute noch häufig begegnet, wird dem paulinischen Anliegen nicht gerecht. Genau deshalb nennt Paulus neben ekstatischen Sondererscheinungen auch andere, recht nüchterne Kompetenzen, die für eine Gemeinde unverzichtbar sind. Er spricht auch von der Offenbarung des Geistes, der Kunst der Weisheit und von der Fähigkeit, Einsichten verstehbar darzulegen oder sie kraft des Glaubens auszustrahlen. In mehr technischen, damals schon eingebürgerten Begriffen ist die Rede von der Prophetie, der Lehre, einer Unterscheidung der Geister (die mit der Gemeindeleitung nicht identisch ist) und dem fürsorglichen Einsatz für Bedürftige, den wir heute als Caritas oder Diakonie umschreiben würden<sup>9</sup>. Diese Kompetenzen stehen gerade nicht für ein buntes und überhitztes Gemisch von ekstatisch überirdischen Erscheinungen; „Charisma“ ist zudem kein sakraler, sondern ein profaner Begriff. Es geht darum, dass sich das Gemeindeleben mit all seinen Facetten zu einer lebensfördernden, vom Geist inspirierten Palette verschiedenster Aktivitäten mischt, die einander respektieren.

Nun geht ein solches Grundkonzept über alle sekundären Differenzierungen hinaus, die heute katholische Kirchenordnungen zu bieten haben, denn es liegt aller Gemeindepraxis zugrunde. Da gibt es keine Christen erster und zweiter Klasse mehr, auch keine Wissenden und Laien, denn alle sind vom selben Geiste belehrt (2 Joh 2,27). Prinzipiell verdienen alle Gemeindeglieder denselben selbstverständlichen Respekt; sie alle stehen in gelebter Interaktion und sind in ihrer gemeinsamen Glaubensinspiration geeint. Ohne Einschränkung gilt das auch für die Gemeindeleitung, die sich in diesen Prozess integrieren muss und nur so mit Autorität handeln kann. Selbst die Apostel der ersten Stunde waren davon nicht ausgenommen.

<sup>9</sup> 1 Kor 12,29: „*antilämpseis*“, meist einfach mit „helfen“ übersetzt.

Doch Müller, der diese Hintergründe vernachlässigt, liest die Ausführungen des Paulus mit einem *selektiven Blick*, der dieses Entscheidende übersieht. Paulus fordert ja den Dienst der Liebe für *alle* Mitglieder der Kirche ein. Er kennt gerade kein Über-Charisma, spricht später sarkastisch von den „Überaposteln“ (2 Kor 11,5), die meinen, ihm Vorschriften in einer Sache machen zu können, von der sie nichts verstehen. Für ihn ist die Liebe, also keine monologische Vollmacht, das Grundcharisma der Kirche schlechthin (vgl. 1 Kor 13). Natürlich steht dieses Prinzip einer autoritären Gemeindeleitung im Weg, nicht aber einer effektiven Führung, denn deren Grundlage bleibt immer ein gegenseitiges, frei geschenktes Einverständnis. Aus diesem Grund ist schlicht unerfindlich, warum Müller kontinuierlich, wie schon ausgeführt, von „hierarchischen und charismatischen Gaben“ spricht [Überschrift, 1, 3, 8, 9, 10 u.ö.].

Gegen diese Relativierung haben schon vor Jahrzehnten *zahlreiche Theologen* auf der Basis einer sachgemäßen Pauluslektüre über konfessionelle Grenzen hinweg Konsequenzen gezogen, die der römischen Autoritätspraxis widersprechen. Ich nenne in zufälliger Auswahl nur M. Ebertz<sup>10</sup>, G. Hasenhüttl<sup>11</sup>, E. Käsemann<sup>12</sup>, H. Küng<sup>13</sup>, J. Moltmann<sup>14</sup>, H. Mühlen<sup>15</sup>, E. Schüssler-Fiorenza<sup>16</sup>, L. J. Suenens<sup>17</sup>. Es gibt eben keine Getauften ohne Charisma, und die Charismen haben alle eine innerkirchliche

<sup>10</sup> Michael N. Ebertz, *Das Charisma des Gekreuzigten. Zur Soziologie der Jesusbewegung* (Tübingen 1987).

<sup>11</sup> Gotthold Hasenhüttl, *Charisma. Ordnungsprinzip der Kirche* (Freiburg 1969).

<sup>12</sup> Ernst Käsemann, *An die Römer* (HNT 8a): E. Käsemann, *Gottesdienst im Alltag der Welt*, in: E. Käsemann, *Exegetische Versuche und Besinnungen II* (Göttingen 1964), 316-334; 198-204.

<sup>13</sup> Hans Küng, *Die Kirche*, in: *Sämtliche Werke III* (Freiburg 2015), 103-582, bes. 250-304.

<sup>14</sup> Jürgen Moltmann, *Kirche in der Kraft des Geistes. Ein Beitrag zur messianischen Ekklesiologie* (München 1975), 327-340.

<sup>15</sup> Heribert Mühlen, *Die Erneuerung des christlichen Glaubens. Charisma, Geist, Befreiung* (München 1974).

<sup>16</sup> Elisabeth Schüssler-Fiorenza, *Unterscheidung der Geister. Schriftauslegung als Ideologiekritik, Theologische Rhetorik und Interpretationsethik*, in: Adrian Holderegger (Hg.), *Grundlagen, Methoden, Bereiche* (Freiburg/Schw. 2001), 149-164.

<sup>17</sup> Léon Joseph Suenens, *Hoffen im Geist. Ein neues Pfingsten der Kirche* (Salzburg 1974).

Autorität. Deshalb spricht Küng schon 1967 von der charismatischen Grundstruktur, Hasenhüttl vom Charisma als Ordnungsprinzip der Kirche. Kein einziges Charisma ist dem kirchlichen Leitungsamt einfach unterzuordnen, denn als Charismen können auch die Leitungsämtler anderen Charismen nicht überlegen sein. Ihre *eine* Einordnung in die Vielfalt der Charismen verletzt die Rechte und Pflichten der Leitungsämtler gerade nicht, sondern stärkt sie, sobald die Vorstehenden die Dynamik aller Charismen hinter sich versammeln können.

## 5. Durch Gehorsam erzwungene Einheit

Vor diesem Hintergrund treten die machtpolitischen Interessen der Glaubenskongregation umso schärfer in den Blick. Offensichtlich will sie sich auch unter dem neuen Papst mit dieser Grundstruktur von Kirchen und Gemeinden nicht anfreunden. Zwar bedenkt das Dokument Charismen und charismatische Bewegungen mit viel Lob. Im Sinne des 2. Vatikanum wird anerkannt, dass sie das kirchliche Leben bereichern [9], und die Rede ist sogar von einer „*Gleichwesentlichkeit*“ aller Geistesgaben [10]. Mehr noch, ihr Zusammenwirken sei letztlich, wie schon dargelegt, ein Ausfluss des trinitarischen Zusammenspiels von Vielfalt und Einheit [11], es zeige sich in der einigenden Kraft der Sakramente, besonders der Eucharistie [13]. Dennoch habe „Jesus Christus selbst hierarchische Gaben gewollt“ [14]. Dieser Satz klingt schlicht ideologisch. Historisch ist er kaum haltbar.

Der wohlthuende und erfrischend klingende Lobpreis der Charismen hat also einen Haken. Die gepriesene Einheit wird in die Fesseln eines strikten kirchlichen Gehorsams, also institutioneller Unterordnung geschnürt und damit ihrer Eigenständigkeit beraubt. Die Fangarme dieser Konstruktion sind, wie sich zeigte, schon im exegetischen Teil ausgelegt. Das Lehrschreiben präsentiert einen Apostel, der mit einer *Vollmacht* (*exousía*) bekleidet ist, die keinen Widerspruch duldet. Diese habe ihm der Herr – nicht der Geist! – verliehen [8, 13, 10; vgl. 2 Kor 10]. Also gilt diese Vollmacht auch gegenüber den Charismatikern, und unversehens schleicht sich in die

gepriesene „Gleichwesentlichkeit“ eine Unterordnung ein [10]. Der ideologische Hintergrund dieses Konstrukts ist schnell einsichtig. Letztlich will Müller den neuzeitlichen und antimodernistischen Primatsgedanken des Papsttums rechtfertigen. Legitimiert wird der absolute Souverän. Gewiss sollte er mit den Untertanen klug und verständig umgehen, doch im Konfliktfall ist er a priori im Recht.

*Defizite:* Aus biblischer Sicht sind die *Defizite* dieses aufgeklärt autoritären Modells offensichtlich.

- Müller bezieht die „Vollmacht“ des Paulus nicht auf die *Inhalte*, die Paulus in Fülle zur Debatte stellt und an denen er seine Autorität zu bewähren hat. Paulus argumentiert, wirbt, droht und kämpft um seine Anerkennung. Dabei begegnet er seinen Gemeinden auf Augenhöhe. Nirgendwo setzt er ein abstraktes Interventionsrecht durch, wie es vom Lehrschreiben gefordert wird.
- Die unveräußerliche Autorität des Geistes wohnt einem *jeden* Charisma inne. Nicht ohne Grund hält Paulus an anderer Stelle ein flammendes Plädoyer für die *Freiheit eines jeden Christen* (Gal 5; vgl. Röm 8,21), und bis ins 2. Vatikanum hinein gilt ungeschmälert der Satz vom Gemeinsamen Priestertum *aller* Gläubigen (1 Pt 2,9). Offensichtlich muss sich die Vollmacht der Apostel (und des späteren „Lehramts“) zumindest an ihrer Fähigkeit bewähren, sich nicht über Befehligte zu stellen, nicht zu überreden, sondern mit ihren Argumenten zu überzeugen, also den Geist als gemeinschaftlichen Kompetenzgrund ernst zu nehmen.
- Die Glaubenskongregation schweigt sich über die *Modalitäten* aus, mit denen auftretende Konflikte auszutragen sind. Unbestritten gibt es immer eine intensive Kommunikation. Dazu gehören heute der genannte Austausch der Argumente ebenso wie das ausdrückliche Streben nach einem Konsens, die synodale Beratung mit anderen (Teil-)Kirchen oder der Aufschub einer endgültigen Lösung, bis die Praxis weitere Klärungen ermöglicht. Dazu gehört unverzichtbar auch die mögliche Opposition von Teilgruppen, solange sie zum argumentierenden Gespräch bereit bleiben und sich nicht über die Kirchengemeinschaft erheben.

Leider zieht sich dieser Gedanke eines umfassenden, unbedingten, aus purer Vollmacht geforderten Gehorsams durch das ganze Dokument. Er wirkt wie *ein vorweggenommenes Misstrauensvotum* und wie die vorsorgliche Drohung gegenüber aufmüpfigen Kindern: Die Charismen berechtigen zu keinem Ungehorsam [7]. Denn Kirchenleitungen haben über die „anderen[!] Charismen zu wachen“ und die echten Charismen (von den falschen) „zu unterscheiden“ [8, 9, 17, 18 passim, 20, 22]. Zitiert wird Benedikt XVI., der eigens den Hirten diesen charismatisch bestärkten Gehorsam einschärft [10]. Ohne Differenzierungen wird dieser Gehorsam zum Generaltest für den wahren katholischen Glauben erhoben [18c], bei Klerikern und Priesteramtskandidaten sei er noch mehr zu vertiefen. So dient das Charisma nicht mehr der Liebe und dem gemeinsamen Wohl, sondern der Absicherung eines „aufrichtigen“, dem Bischof geschuldeten Gehorsams [22b]. Die Verweise auf den gehorsamen Christus [22c] und auf Marias gehorsame Haltung können diesem Ideal nur noch eine höhere Würde geben.

## 6. Charismatische Bewegungen: Elite oder Dienst?

*Kirchliche Gemeinschaften:* Doch hat dieses Lehrschreiben auch sein Gutes. Falls es ernstgenommen wird, rückt es Charismen und charismatische Bewegungen neu in den *Brennpunkt* des kirchlichen Geschehens und theologischer Diskussionen. Dies könnte zu einer umfassenden Begriffsklärung und theologischen Neubewertung führen, die ihrerseits die Glaubenskongregation zu sachlichen Korrekturen zwingt. Die konkrete Zielsetzung des Dokuments bestimmt zwar von Anfang das Dokument, sie wird aber erst ab Nr. 16 offen genannt. Kirchlicher Regelungsbedarf bestehe bei charismatischen Gaben, die „von anderen geteilt werden“ [16], also zu *Gemeinschaftsbildungen* führen. Dabei ist die Terminologie nicht konsequent. Sie variiert von „kirchlichen Bewegungen“ oder „Gemeinschaften“, über „neue Gemeinschaften“ [2, 16], „charismatische Gruppierungen“ und „charismatische Gemeinschaften“ [21, 22b], bis hin zu „kirchliche Vereinigung“ [22b] oder „Laienvereinigungen“ [18h]. Die Rede ist auch von „geistlichen

Familien“, die aus einem „ursprünglichen Gründungscharisma“ hervorgehen [16]. Eine juristisch präzise Ausdrucksweise hätte dem Dokument mit seinen ordnungstheoretischen Absichten gut getan. Ferner fällt auf, dass in der besprochenen Kriterienliste [18] nur ein einziges Mal von Vereinigungen die Rede ist. Gleichwohl wird die strenge Ein- und Unterordnung der charismatischen Charismen unterschiedslos auf solche Vereinigungen übertragen.

Diese eingefügte *Liste von acht Kriterien* enthält gegenüber der früheren Rechtslage nichts *Neues*. Zwar stoßen die neuen, in den vergangenen Jahrzehnten entstandenen Gemeinschaften auf römischen Regelungsbedarf, doch ihre spezifischen Erfahrungen und Ausrichtungen gehen nirgendwo in den Diskurs ein. Man kennt aber die Erwartungen: Genau wie individuell ausgeübte Charismen sind solche Gemeinschaften in die Pastoral der Kirche einzubinden. Sie dürfen den Kontakt zum Nachfolger Petri nicht verlieren und sollen zu „größerer Fruchtbarkeit der Kirche“ beitragen; erwartet werden ein tieferes geistliches Verständnis der apostolischen Überlieferung und eine geistliche Erfahrung. Mitglieder der neuen Vereinigungen können Getaufte, Priester und Ordensleute sein [22]. Der Rest sei schon jetzt hinreichend in den entsprechenden Canones des Kirchenrechts geregelt [Anm. 116]. Diese buchhalterisch wirkende Inventur schließt mit einem letzten warnenden Ton ab: „Zu vermeiden sind dabei jene Wege, die Grundprinzipien des Rechtes oder Natur und Besonderheiten der verschiedenen charismatischen Gruppierungen nicht angemessen berücksichtigen.“ Diese Bestimmung kommt einer Leerformel gleich, die sich von den Hierarchen nach Belieben ausfüllen lässt. Ermutigend und nach erfrischendem Himbeereis klingt das alles nicht; das Dokument hinterlässt eher einen säuerlichen Nachgeschmack.

Bei allen Ausführungen wurden nicht nur die Pfingstbewegungen, sondern wird auch die *Hauptfrage* vergessen, die das Dokument geradezu provoziert: Was ist überhaupt mit charismatischen, mit neuen geistlichen, erneuernden oder inspirierenden Bewegungen gemeint? Diese Unklarheit nützt ja nur den vatikanischen Interessen. Denn bislang präsentieren sich

zahlreiche traditions- bzw. romorientierte Bewegungen mit einem ausgesprochen romfreundlichen Gewand; aus diesem Grund nennen sie sich gerne charismatisch. Doch ein Großteil von ihnen steht im Ruch des Reaktionären. Sie geben sich unpolitisch (wohl wissend, welche politische Dynamik diese Selbstbezeichnung auslöst) und pflegen eine nach innen und auf Restauration gerichtete, bisweilen ekstatische Frömmigkeit. Dazu zählen ausführliche Übungen in Gebet, Meditation, Verehrung der Eucharistie sowie eine überbordende Marienverehrung. Zugleich zeigen sie höchstes Interesse daran, vom zuständigen Bischof oder von Rom anerkannt zu werden, gegebenenfalls Privilegien zu genießen. Vielen von ihnen werden elitäre Züge vorgeworfen, denn sie passen sich perfekt in den autoritären Dualismus ein, der schon immer einen privilegierte und die anderen sanktionierte.

Das führt zur Gegenfrage, mit welchem Recht ausgerechnet diese Gruppen für sich das *Gütesiegel des Charismatischen* beanspruchen. Wie weiter oben dargelegt, interveniert schon Paulus gegen diese elitäre Tendenz. Kein außerordentlich ekstatisches Phänomen, schon gar nicht ein besonderer hierarchischer Gehorsam kennzeichnet das wahre Charisma. „Die Charismen sind nicht einzuschränken auf das, was die Alltäglichkeit durchbricht, oder das, was den einen privilegiert von den anderen abhebt. Charisma ist vielmehr das, was ihn dienend in die Gemeinschaft stellt.“<sup>18</sup> So einfach ist das.

An diesem Punkt hätte die Beurteilung des vorliegenden Lehrschreibens anzusetzen. Die Würde eines Charismas steht *allen* Männern und Frauen zu, die sich konstruktiv um die christliche Qualität, das Wohl und die Zukunft der Gemeinden kümmern. Gemeindefunktionen lassen sich in kein autoritär-dualistisches Kirchenschema pressen. Aus charismatischen Wurzeln leben insbesondere jene Vereinigungen, Programme und Aktivitäten, die sich - trotz hierarchischer Widerstände - *programmatisch für den Aufbau einer geschwisterlichen Kirche* einsetzen, die Forderungen der Zukunft erkennen und die

Kirche öffnen. Die Zeit, in der das Hohelied auf untertänige und romtreue Charismen die real existierenden Reformgruppen unterschwellig oder ausdrücklich an den Rand drängt, aus offiziellen Diskussionen ausschließt und diskriminiert, muss ein Ende finden. Aus diesem Grund hat auch das Lehrschreiben *Iuvenescit Ecclesia* weder ein kirchliches noch ein theologisches Lob verdient. Denn nach wie vor legitimiert es rigide, vor-moderne und intransparente Strukturen. Diese dienen nicht der Verjüngung der Kirche, sondern fördern deren Verknöcherung und ihren allmählichen Narkosetod in unserem Kulturkreis. Bleibt nur zu hoffen, dass eine junge Generation von ihrer Hoffnung auf eine erfrischende Kirche nicht ablässt und die autoritären Forderungen der Glaubenskongregation ins Unrecht setzt.

\*\*\*

## KirchenVolksBewegung

### **Zur Diskussion um den Diakonat der Frau: Nur eine repräsentative und glaubwürdig arbeitende Kommission erreicht konstruktive Ergebnisse**

*Wir sind Kirche*-Stellungnahme zur Ankündigung einer Studienkommission zum Diakonat der Frau durch Papst Franziskus (26. Mai 2016)

Die KirchenVolksBewegung *Wir sind Kirche* begrüßt die Ankündigung von Papst Franziskus, „eine Kommission einzurichten, die die Aufgaben der Diakoninnen der frühen Kirche klärt, um daraus etwaige Schlussfolgerungen für eine zukünftige kirchliche Praxis zu ziehen“ (Radio Vatikan 12.5.2016). Nach Meinung von *Wir sind Kirche* müssen die Bedingungen geklärt werden, unter denen ein solch großes Vorhaben zum Erfolg geführt werden kann.

<sup>18</sup> Dirk Kellner, Charisma als Grundbegriff der Praktischen Theologie. Die Bedeutung der Charismenlehre für die Pastoraltheologie und die Lehre vom Gemeindeaufbau, Zürich 2011, S. 323.

*I. Der Papst hält eine Klärung wohl deshalb für nötig, weil sich offenbar mehrere Lager gegenüberstehen:*

1. Die einen halten einen Ständigen Diakonat für Frauen für „legitim, weil sie darin die Rückkehr zu etwas sehen, was es schon in der Urkirche gegeben hat“.
2. Andere fürchten hingegen, „dass das der erste Schritt zu einem Priestertum der Frau wäre“ (Kardinal Kasper, Radio Vatikan Newsletter 13.5.2016).
3. Für die eine Seite ist erwiesen, dass es eine strikte Ämterteilung in der frühen Kirche gar nicht gegeben hat und dass Frauen die gleichen Aufgaben wahrgenommen haben wie Männer.
4. Die andere Seite betont beharrlich, es habe zwar einen Diakonat der Frau in der frühen Kirche gegeben, er sei aber nicht mit dem Diakonat des Mannes vergleichbar und insofern ein Diakonat zweiten Grades, und hält diese Aussage für die zu verteidigende Wahrheit.
5. Als weiterer Gesichtspunkt kommt die Regelung von Papst Benedikt XVI. hinzu, der dem Diakon lediglich eine Repräsentation Christi zuspricht, wie sie jedem „Laien“ und jeder „Laiin“ zukommt, also nicht zu vergleichen mit der Repräsentation Christi durch den Priester bzw. Bischof. Damit stellt er das bislang geltende dreistufige Amt in der Kirche infrage.

*II. Wir sind Kirche weist auf einige Gesichtspunkte hin, die bei der Diskussion zu beachten sind:*

1. Es gibt in der Ur-Kirche keine Zwei-Klassen-Kirche: Alle Gläubigen sind Kleriker/innen, alle Kleriker/innen sind Laien und Laiinnen, d.h. Mitglieder des Volkes Gottes (vgl. 1 Petr 2,9).  
Viele kirchlich gebräuchliche Begriffe für die Amtsträger/innen werden im Neuen Testament allen zugesprochen, die zum Glauben gekommen sind. Sie sind „Kleriker und Klerikerinnen“, also von Gott Erwählte (vgl. Röm 11,1-12; 1 Thess 1,4; 1 Petr 1,1 u.a.), sie sind „Geistliche“ (Gal 6,1), denn durch die Taufe ist ihr Körper ein Tempel des heiligen Geistes (1 Kor 3,16f). Das Zweite Vatikanische Konzil spricht vom „Volk Gottes unterwegs“ (vgl. UR 3).
2. Das Amt ist ein Dienst am Volk Gottes. Für den Leitungsdienst gibt es im Neuen Testament drei Bezeichnungen: „presbýte-

ros“ (wörtlich: der Ältere, der Älteste, vgl. Apg 11,30; 15,3), „epískopos“ (wörtlich: Aufseher, Bezeichnung für einen – meist kommunalen – Aufsichts- oder Verwaltungsbeamten, vgl. erstmals Phil 1,1); „die unter euch arbeiten, die euch leiten und ermahnen“ (1 Thess 5,12). Nirgends wird für einen Gemeindeleiter/eine Gemeindeleiterin die griechische Bezeichnung „hieréús“ gewählt (davon abgeleitet: Hierarchie = heilige Herrschaft, sakrales Amtspriestertum). Eine mögliche Fehlinterpretation des Leitungsdienstes im Sinne einer beamteten kultischen Mittlerfunktion zwischen Gott und Gemeinde sollte dadurch offenbar vermieden werden.

Nach dem Neuen Testament ist Christus der einzige hieréús, der Mittler zwischen Gott und den Menschen (vgl. Hebr 4,14-16), alle an ihn Glaubenden sind hieráteuma, die „königliche Priesterschaft“ (1 Petr 2,9). Aus diesem Volke Gottes werden Menschen mit dem Dienst für das Volk beauftragt, und zwar Männer wie Frauen, auch wenn, wie im Deutschen auch, oft nur männliche Begriffe verwendet werden. Es gibt Lehrer und Lehrerinnen, Missionare und Missionarinnen, Propheten und Prophetinnen und eben auch Älteste, Gemeindeleiter und Gemeindeleiterinnen also (vgl. Röm 12,4-8). Das Zweite Vatikanische Konzil stellt das gemeinsame Priestertum aller Gläubigen dem Amts-Priestertum voraus (vgl. LG 10).

3. Die Differenzierung der verschiedenen Dienste in der Kirche ist im Laufe der Kirchengeschichte entstanden und hat sich immer wieder geändert.

Eine hierarchische Struktur im heutigen Sinn hat es zu biblischer Zeit nicht gegeben; denn für die ersten Christen und Christinnen war klar: „Einer ist euer Meister, ihr alle seid Brüder (und Schwestern) (Mt 23,8).“ „Niemand soll sich Vater nennen lassen, denn nur einer ist euer Vater, der im Himmel“ (Mt 23,9). Das Wort Hierarchie kommt nicht vor, denn in der Nachfolge Christi gilt: „Der Menschensohn ist nicht gekommen, um sich bedienen zu lassen, sondern wie einer, der dient“ (Mk 10,45; Mt 20,28).

4. Nur eine repräsentative und glaubwürdig arbeitende Kommission wird konstruktive Ergebnisse erreichen.

Die Kommission sollte paritätisch mit Männern und Frauen besetzt sein, damit der Blick auf die Gegebenheiten zu Zeiten der Ur-Kirche und in der frühen Kirchengeschichte nicht durch das im Laufe der Jahrhunderte entstandene dominante männliche Denken gelenkt und getrübt wird.

5. So wie der Glaube insgesamt, muss sich auch das Amt immer wieder am Zeugnis des Neuen Testaments neu orientieren.

Wir dürfen nicht einfach festschreiben, dass das, was sich im Laufe der Kirchengeschichte bis heute entwickelt hat, schon von Jesus so gemeint worden sei. Wir müssen also über eine grundsätzliche Erneuerung des Amtes als Dienst am Volke Gottes den Anforderungen unserer Zeit entsprechend nachdenken und die Wege, die das Zweite Vatikanische Konzil gewiesen hat, aufgreifen. Es geht nicht nur um den Diakonat der Frau in biblischer Zeit, sondern auch darum, welche Dienste sich an die Spitze der Kirche gestellt haben und welche zurückgedrängt worden sind. Orientierung an den biblischen und urkirchlichen Ausprägungen der kirchlichen Dienste bedeutet nicht, dass es keine Weiterentwicklung geben könne. Bezüglich der Männer ist das geschehen: Ein sakrales Amtsverständnis hat sich immer mehr durchgesetzt und wird als legitime Weiterentwicklung frühchristlicher Verhältnisse gesehen. Bezüglich der Frauen aber wird oft auf dem Wortlaut früher Zeugnisse bestanden, ohne dass der soziokulturelle Hintergrund berücksichtigt wird. Mehr noch: Jahrhundertelang Bestehendes wurde anders interpretiert oder gar wieder zurückgedrängt, wie sich am Beispiel der Stellung einer Äbtissin zeigt.

6. Es ist an der Zeit, die biblischen Grundlagen aller im Lauf der Jahrhunderte entstandenen kirchlichen Ämter zu überdenken.

Seit der Einführung des Ständigen Diakonats für Männer durch das Zweite Vatikanische Konzil (1962 - 1965) wird intensiv über den Diakonat der Frau nachgedacht. Die Würzburger Synode hat 1975 dazu ein Votum nach Rom geschickt (Text am Schluss), das bislang nicht einmal den Eingang bestätigt hat. Der internationale Kongress zum Diakonat der Frau (1997) hat

dieses Votum noch einmal bekräftigt (Text am Schluss).

Ein spezielles Frauenamt, von dem Kardinal Kasper gesprochen hat, stößt auf erhebliche biblische, theologische und menschenrechtliche Zweifel.

Die Klärung der Aufgabe der Diakoninnen in der frühen Kirche kann nur mit dem Blick auf alle Aufgaben in der frühen Kirche angegangen werden.

*III. Die von Papst Franziskus angekündigte Studienkommission muss nach Ansicht von Wir sind Kirche auch den Auftrag bekommen, „Schlussfolgerungen für eine künftige kirchliche Praxis zu ziehen“ und ein Konzept für ein erneuertes Amt vorzulegen.*

Ein solches Unternehmen lässt sich nur unter folgenden Bedingungen seriös und mit Aussicht auf befriedigende Resultate durchführen:

1. Das von der Kommission zu erarbeitende Konzept muss *biblisch verantwortet* sein. Deshalb muss es weltweit auch von Exegeten und Exegetinnen mitgetragen werden, die sich angesichts der Rolle von Frauen in der Kirche ein kritisches Bewusstsein erarbeitet haben und dem biblischen Befund gemäß die Frage nach einer historischen Einsetzung kirchlicher Ämter durch Jesus zurückhaltend beantworten. Auch ist das Urteil der außerkatholischen Fachwelt mit einzubeziehen, denn ein Ergebnis kann nur dann überzeugen, wenn es auf ökumenische Anerkennung hoffen lässt.

2. Das von der Kommission zu erarbeitende Konzept muss konsequent und *umfassend begründet* sein. Es darf sich nicht auf den Diakonat der Frau beschränken, sondern muss sich mit dem Zugang von Frauen zu *allen* kirchlichen Ämtern, also auch den ausdrücklichen Leitungsämtern auseinandersetzen und unterschiedliche Detaillösungen von einem umfassenden Grundgedanken her beantworten. Jedes isolierte Detailkonzept bringt nur Teillösungen, die auf lange Sicht zu ermüdenden Dauerdiskussionen führen.

3. Das von der Kommission zu erarbeitende Konzept muss in seiner Begründung *transparent und vorbehaltlos offen* sein. Insbesondere sind die Antworten zu berücksichtigen, die innerhalb der katholischen Kirche und Theologie seit den 1960er Jahren entwickelt wurden und zu einem er-

staunlich breiten Konsens geführt haben. Angesichts der Hochachtung, die sich inzwischen auch die reformatorischen Kirchen in der katholischen Kirche erworben haben, sind reformatorische Antworten in die Diskussion mit einzubeziehen.

4. Das von der Kommission zu erarbeitende Konzept muss *interkulturell verantwortet* sein. Er muss seine Konkretisierung in verschiedenen Kulturkreisen reflektieren und unterschiedliche Lösungen zulassen, sofern unüberwindliche kulturelle Codes dies erfordern. Zu berücksichtigen ist vor allem auch die Entwicklung im transatlantischen Raum.

5. Die *menschenrechtlichen Standards*, deren Einhaltung wir auf anderen Gebieten mit gutem Recht weltweit fordern, sind ihrerseits eine Frucht christlichen Denkens, auch wenn sich die Kirchen lange Zeit dagegen sperrten. Dass vor Gott, vor den Mitmenschen und vor der Welt alle Menschen gleich sind, hat prinzipiell auch für die innere Ordnung der katholischen Kirche zu gelten ... Weder theologisch noch menschenrechtlich können sexuell unterschiedliche Konstitutionen, Anlagen oder Gewohnheiten eine Verweigerungshaltung begründen und damit Privilegien rechtfertigen. Die katholische Kirche muss selbstkritisch akzeptieren, dass ihre eigene Geschichte tief in eine männerorientierte Gesellschaftsordnung eingebunden war und ist.

6. Vor dem Hintergrund dieser Bemerkungen fordern wir: Die Frage nach einem ausschließlich weiblichen Diakonat, das sich in Wesensmerkmalen vom traditionellen Diakonat der Männer unterscheidet, ist nicht in den Blick zu nehmen. Sie könnte nur zu Lösungen führen, die auf Dauer weder theologisch noch pastoral bestehen können. Eine grundsätzliche Untersuchung nach dem Diakonat kann nur im Rahmen einer allgemeinen Perspektive geleistet werden, die Amt und Kirchenleitung umfassend in den Blick nimmt. Dafür wurde in den vergangenen Jahrzehnten wichtige Arbeit geleistet, auch wenn die offiziellen Vertreter der römisch-katholischen Kirche sie häufig nicht akzeptierten. Andere, offiziell weithin rezipierte Arbeiten zu den genannten Problemfeldern lassen sich nur unter diesem Vorbehalt angemessen würdigen.

7. Deshalb ist es wichtig, dass der Papst mit großer Sorgfalt und nach ausführlicher Beratung auch mit betroffenen sachkundigen Frauen eine für die gesamte katholische Kirche repräsentative Kommission zusammenstellt.

Männer und römisch-katholische Frauen sollten in der Kommission paritätisch vertreten sein.

Die Erfahrungen von Frauen, die schon immer in den Gemeinden diakonale Dienste verrichten oder sich – wie übrigens die Männer vor dem Konzil auch – in Diakonatskreisen zusammengeschlossen haben, müssen einbezogen werden.

Auch die unierten Kirchen sind mit einzubeziehen, die in ihren Vorstellungen nicht immer mit der lateinischen Kirche übereinstimmen.

Ohne Zeitdruck sollte die Kommission zunächst in sachlicher, fairer und transparenter Weise

- (a) eine angemessene Fragestellung entwickeln,
- (b) sich über die einschlägigen Verhandlungsgrundlagen einigen,
- (c) ihr methodisches Vorgehen abklären,
- (d) ihre regelmäßigen Kontakte mit dem Papst als ihrem Auftraggeber transparent regeln und
- (d) einen angemessenen Zeitrahmen entwickeln, innerhalb dessen sie zu einem Ergebnis kommen will.

8. Die Kirche besitzt nicht die Wahrheit, sie ist immer auf der Suche nach Wahrheit. Die höchst sensible Materie der Ämterstruktur in der Kirche ist vor unsachgemäßen Einflüssen zu schützen. Zweifel an einer autonomen Arbeitsweise der Kommission durch Vorwegfestlegungen dogmatischer und kirchenrechtlicher Art beschädigen nur die Glaubwürdigkeit der Ergebnisse.

*IV. Der Glaubenssinn des Volkes Gottes muss neu zur Geltung kommen.*

Bis alle theologischen Fragen geklärt sind, hält *Wir sind Kirche* es für pastoral sinnvoll, schon jetzt Modelle nach den diözesanen und örtlichen Bedürfnissen einzurichten. Die Bischöfe sind nicht Abteilungsleiter des Papstes, die Diözesen nicht Teilkirchen. Die Bischöfe sind vielmehr Leiter der Ortskirchen mit eigenständiger Verant-

wortung. Pastoral und spirituell ist die Öffnung des Amtes für Frauen unbedingt erforderlich, um die weibliche Seite der Kirche sichtbar zu machen. Die Rede von der Würde der Frau kann nur so glaubwürdig in der Kirche und in der Ökumene, ja in der ganzen Gesellschaft und gerade auch im interreligiösen Genderdialog vorgetragen werden.

Wenn dieses Vorhaben im beschriebenen Sinn gelingt, kann es zum zukunftsweisen Beispiel einer fruchtbaren, vom Geist Gottes geleiteten Kooperation werden, in der die Suche nach der Wahrheit und der Glaubenssinn des katholischen Volkes zu neuer und konstruktiver Geltung kommen.

---

### **Würzburger Synode (1971-1975):**

„Gestützt auf das biblische Zeugnis von der Stellung der Frauen im Jüngerkreis Jesu und die zahlreichen und wichtigen Dienste der Frauen in den neutestamentlichen Gemeinden, wurden in den Ostkirchen und während der ersten christlichen Jahrhunderte vereinzelt auch in den Kirchen des lateinischen Ritus Frauen zu Diakoninnen geweiht ... Die in unserer Gesellschaft anerkannte grundsätzliche Gleichstellung von Mann und Frau sollte auch im kirchlichen Bereich dazu führen, dass die pastoralen und liturgischen Aufgaben des Diakons und der Diakonin einander entsprechen. Falls sich trotzdem in der praktischen Tätigkeit unterschiedliche Schwerpunkte ergeben, kann das einer fruchtbaren Entfaltung des Amtes dienen. Es berührt aber nicht die grundsätzliche Gleichheit der Rechte und Pflichten.“ Die Synode kam zu dem Ergebnis, Papst Paul VI. „die Frage des Diakonats der Frau entsprechend den heutigen theologischen Erkenntnissen zu prüfen und angesichts der gegenwärtigen pastoralen Situation womöglich Frauen zur Diakonatsweihe zuzulassen“ (Offizielle Gesamtausgabe I, Freiburg 1976, 633,634).

### **Fachkongress zum Diakonats der Frau (1997):**

Der internationale Fachkongress zum Diakonats der Frau von 1997 hat das Votum dahingehend präzisiert, „die Bischöfe sollten ihre unvertretbare Eigenverantwortung in ihren Diözesen wahrnehmen und beim Apostolischen Stuhl ein Indult erwirken,

das die Ordination zu Diakoninnen in ihren Diözesen ermöglicht.“ Begründet wurde dieses Votum mit dem Argument: „Die im kirchlichen Amtsverständnis früher gültigen Regeln, daß Frauen aufgrund ihres Geschlechtes nicht am Altar wirken und Vorsteherdienste in der Gemeinde wahrnehmen dürfen, sind als soziokulturell bedingte, heute aber als theologisch nicht mehr verantwortbare Leitsätze entlarvt (Votum des 1. internationalen Fachkongresses zum Diakonats der Frau in: Diakonats, Ein Amt für Frauen in der Kirche – ein frauengerechtes Amt?, hrsg. von Hünermann, Biesinger u.a., Ostfildern 1997, S.138 – 140). Dieses Votum wurde weder von der Deutschen Bischofskonferenz noch von Rom beantwortet. Der Kongress führte aber dazu, dass Frauen einen Diakonatskreis gründeten und mit Ausbildungen zum Amt der Diakonin begannen.

\*\*\*

Horst Hohmann

## **Korruption – das Zerstörungswerk der Unersättlichen**

---

Wir können es drehen, wie wir wollen, können immer und immer wieder die vermaledeite Frage stellen, ob nicht das Böse samt dem unausrottbar erscheinenden Krebsgeschwür der Korruption irgendwann vielleicht doch von Außerirdischen auf unseren Planeten gebracht wurden – es führt kein Weg an der bitteren Wahrheit vorbei, dass alles mit Adam und Eva begann, als sie meinten, sie könnten „sein wie Gott“ und an Gottes Statt den Platz am „langen Hebel der Geschichte“ einnehmen.

Posthum danken wir dem weltbekannten Psychotherapeuten und Sozialphilosophen Horst-Eberhard Richter noch mal dafür, dass er in seinem 1989 erschienenen Buch „Die hohe Kunst der Korruption“ (Verlag Beck) ex cathedra verkündete, dass Sex und Korruption urmenschliche Triebe seien, die

man aus unserer Seele einfach nicht wegdenken könne. Ob allerdings, wie Richter glaubt, die Korruption bei den Reichen höher im Kurs steht als bei uns armen Schluckern - darüber weiter unten mehr.

Reines Wunschdenken ist jedenfalls bis auf den heutigen Tag geblieben, dass die „Welt der Frommen und Gerechten“ des Alten und des Neuen Testaments und irgendwie halt auch unsere innigst geliebte Heilige, Römische und Apostolische Kirche von dieser ruchlosen Geißel des Menschengeschlechtes (trotz Erbsündenlehre und allem dogmatischen Drum und Dran!) verschont geblieben sein könnten. Wir müssen im Gegenteil unbarmherzig festhalten: von Lug und Trug, von hinterhältigem Taktieren und schnöder Bestechung sind nicht nur das Alte und Neue Testament, sondern leider auch die zweitausendjährige Kirchengeschichte randvoll.

Obwohl der Autor des alttestamentlichen Buches Jesus Sirach (35,14-15) ausdrücklich fordert, „Gott aus dem Spiel“ zu lassen und nicht zu meinen, ihn mit ein paar lumpigen Opfergaben bestechen zu dürfen, findet er bei den „Protagonisten vor und nach Christus“ nur wenig Gehör – genauso wenig übrigens, wie wir uns heute in der Kirche vom fulminanten Zeugnis des Nazareners beeindrucken lassen, als dieser dem Versucher in die Parade fuhr und ihm sagte: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“. Mit anderen Worten also klarstellte, dass es nicht reicht, wie bei den jüngsten Olympischen Spielen in Rio de Janeiro geschehen, sich mit „100% Jesus“-Sprüchen zu schmücken, im wirklichen Leben dann aber seinen Hunger nach Wohlstand und Ansehen, nach Macht und Reichtum ungezügelt und oft auch noch auf Kosten anderer zu stillen. Deutlich ist aus dem „Fastenlager“ des Nazareners zwischen den Zeilen die unmissverständliche Bitte zu hören, „Gott aus dem Spiel zu lassen“ und nicht zu glauben, man dürfe ihn auf billige und herabwürdigende Weise instrumentalisieren oder gegen das 2. der 10 Gebote verstoßen, wo uns gesagt wird, dass wir „den Namen Gottes nicht missbrauchen“ sollen.

Aber geschieht nicht genau das in der Kirche immer wieder, wenn aus römischen oder ortskirchlichen Amtsstuben Vorschriften für unser Sexualverhalten (vgl. die Enzyklika „Humanae Vitae“) erlassen werden und die Autoren mit hochmütiger

Attitüde insistieren, dass es sich bei den neuen Richtlinien um „gottgewollte Eckpfeiler kirchlicher Sittenlehre“ handle (vgl. die sogenannte „Kölner Erklärung“ von 1989)?

Wie oft haben wir „tief durchatmen“ müssen, wenn hohe Kirchenfunktionäre selbstherrlich die Spielregeln ändern und uns erzählen, dass ihnen „nach langen Stunden intensiven Gebetes und Zwiesprache mit Gott“ leider keine andere Wahl geblieben sei, als mit harten Strafmaßnahmen gegen widerspenstige Christenmenschen vorzugehen. Ja, und haben sich die Herren „Stellvertreter Gottes“ nicht wiederholt der „Sünde gegen den Hl. Geist“ schuldig gemacht, wenn sie behaupteten, „die Wege des Allmächtigen samt aller im Laufe der Kirchengeschichte am Wegrand aufgestellten Warn- und Stoppschilder“ besser zu kennen als wir Frauen und Männer aus dem Kirchenvolk? Selbstverständlich wissen die Vertreter der Amtskirche nur allzu gut, dass sie mit deutlichem Machtverlust rechnen müssten, wenn sie den Namen Gottes künftig weniger missbrauchten als bisher.

Dass die „Gottgeweihten“ seit undenkbaren Zeiten allergrößten Wert darauf legen, immer unter sich zu sein und ihre angeblich nur dem Wohl der einfachen Gläubigen dienenden Aktivitäten willkürlich mit einem Mantel der Verschwiegenheit zu umgeben, ist eine der Wurzeln des hier diskutierten Übels. Gerade wegen des amtskirchlichen Geheimhaltungswahns, das kann man nicht häufig genug betonen, konnten Lüge und Korruption üppig ins Kraut schießen, konnte man Menschen mit Drohungen und Abmahnungen, mit Titeln und Spesen sowie mit Geschenken und Ruhestands-Versprechen gefügig machen.

Kern aller in Politik und Wirtschaft, in Gesellschaft und Kirche begangenen Verbrechen illegaler Bereicherung, ist die pathologische Überzeugung von Wiederholungstätern à la Gerhard-Ludwig Müller, einfach zu ihrem „Eigentum“ erklären zu dürfen, was ihnen nicht gehört bzw. was ihnen nicht allein gehört. Aktive und passive Korruption sind vor allem dann kaum mehr zu stoppen, wenn Mitsprache, Kontrolle und vor allem mehr Transparenz seitens der Amtsinhaber abgelehnt werden. Jetzt aber noch einmal zu Horst-Eberhard Richter und seinem 1989 erschienenen

Buch. Richter liegt eindeutig falsch, wenn er behauptet, Korruption sei in erster Linie ein Delikt der Reichen, also jener, die ohnehin schon über einen dicken Geldbeutel und einen üppig gedeckten Tisch verfügen. Das Urteil Richters ist blauäugig und wirklichkeitsfremd.

Um alle Zweifel auszuräumen und dem Leser einen kleinen Vorgeschmack vom gigantischen Zerstörungswerk korrupter Zeitgenossen – quer durch alle Volksschichten – zu geben, zitiere ich aus zwei meiner Tagebucheinträgen, die 25 Jahre auseinander liegen. Am 6. September 1991 brachte ich folgende Notiz zu Papier: „Für den Einfallsreichtum der großen und kleinen Ganoven Brasiliens lieferte dieser Tage der Bundestagsabgeordnete Maurilio Ferreira Lima schier unglaublich erscheinende Beweise, als er in einem Interview mit dem satirischen Wochenblatt PASQUIM die brasilianische Einrichtung der sozialen Rentenversicherung einen „ordinären Puff“ nannte, in dem sich fast jeder nach Belieben bedient. Der Parlamentarier muss es wissen. Denn immerhin gehörte er über mehrere Monate hinweg einer Kommission an, die von Amts wegen den famosen Griff in die Staatskasse untersuchte. Über den Daumen gepeilt wagt Ferreira Lima zu behaupten, dass in den rund 4.800 Verwaltungsbezirken Brasiliens (heute sind es bereits über 6.400!) jeweils mindestens 20 Bürger schon mal des Rentenbetrugs überführt wurden und jeweils 200 gerade dabei sind, einen ähnlichen Coup vorzubereiten. Nichts als die reine Wahrheit ist nach den Worten des Abgeordneten der Fall von Surubim, einer Kleinstadt im Bundesstaat Pernambuco, wo ein Vertreter der FUNRURAL, Versicherungs-Organ für Landwirte, kurzerhand alle 4.000 aufs Rentenalter zugehenden Einwohner des Städtchens in den Ruhestand versetzte und die fälligen Rentenbezüge seelenruhig auf sein eigenes Konto fließen ließ.“

Darüber hinaus verbürgt sich Ferreira Lima für den Wahrheitsgehalt eines Gangsterstücks, das durch einen medizinischen Irrtum der finsternen Art in einem Stadtteil von Recife ans Tageslicht kam: über einen längeren Zeitraum hinweg hatte dort eine Krankenschwester in einer eigens dafür eingerichteten Klinik 'Arbeitsunfälle' auf dem Operationstisch produziert. Sie schnitt gestressten und der Arbeitsmonotonie

überdrüssigen Werkträgern die Finger ab, um die derart Verstümmelten von einem Vertrauensarzt arbeitsunfähig schreiben lassen zu können. Die hochgefährliche Serie von Amputationen nahm erst ein Ende, als ein Maurer bei der Polizei Anzeige erstattete, weil man ihm in besagter Klinik den Mittelfinger betäubt, aber den Daumen abgeschnitten hatte.“

Meine zweite Tagebuchnotiz stammt vom 22.4.2016 und lautet: „Der Oberste Rechnungshof Brasiliens (TCU) hat gestern einen sofortigen Stopp des unter der Regie der Bundesbehörde INCRA laufenden Agrarreform-Programms angeordnet, in dem bislang rund 1,5 Millionen Familien mit einem jeweiligen Gesamteinkommen von weniger als 3 Mindestlöhnen (2.500 Real oder umgerechnet 780 Euro) berücksichtigt wurden. 578.000 der Begünstigten, so der TCU, seien allerdings auf irreguläre Weise zu ihrem Land gekommen. Unter ihnen: 1.017 Kommunalpolitiker sowie Landtags- und Bundestagsabgeordnete, 61.965 Unternehmer unterschiedlicher Couleur, 144.621 Beamte und Angestellte des Staates und – man höre und staune – 37.997 Verstorbene, deren Namen Eingang ins getürkte INCRA-Register gefunden hatten.“

Wer Näheres über das Profil der korrupten Upper-Class-Profiteure wissen möchte, erhält in dem Buch des Historikers Luiz Mott wichtige Hinweise. Über die sogenannten „Inspektoren“ der lusitanischen Inquisition in Brasilien schreibt Mott, wie sie als verlängertes Arm der Kolonialherren – den Gauleitern späterer faschistischer Regime durchaus vergleichbar – das Intimleben der Menschen ausschnüffelten, wie sie systematisch Angst und Schrecken verbreiteten und wie sie sich ihre „Dienste“ immer fürstlich bezahlen ließen. „Inspektor“ zu sein, so der Autor, habe alsbald zum Privileg der Mitglieder bestimmter Familien gehört, die auch heute noch immer in Kirche, Staat und Gesellschaft den Ton angeben und beispielsweise seit Jahrhunderten bestimmen, wann und in welchem Umfang Freunde, Verwandte und Parteigänger ins lukrative Geschäft der im Nordosten Brasiliens berüchtigten „Industria da Seca – der Dürre-Industrie“ einsteigen dürfen – ein durch und durch kriminelles Unternehmen, bei dem mit verbrecherischem Kalkül das in Tausenden von Tankwagen aus-

gefahrenere lebensnotwendige Wasser als Erpressungsmittel dient und den armen Kleinbauern keine andere Wahl lässt, als ihre Stimme immer für den „richtigen Kandidaten“ abzugeben und den miserablen Lohn ihrer Fronarbeit widerspruchslos zu akzeptieren.

PAC ist sodann seit vielen Jahren in ganz Brasilien Kürzel und Inbegriff hemmungsloser Veruntreuung knapper staatlicher Ressourcen. PAC steht für „Programa de Aceleração do Crescimento – Programm zur Beschleunigung des Wachstums“. Ob bei Infrastruktur-Maßnahmen, wie z.B. beim Bau der nach 26 Jahren noch immer nicht fertiggestellten 2.300 Kilometer langen Nord-Süd-Eisenbahnlinie, ob beim Bau von Kliniken, Schulen, Kläranlagen oder Billigwohnungen des Programms „Minha casa – Minha vida“ – überall haben Ingenieure, Bauunternehmer und Politiker skrupellos dafür gesorgt, dass alle Mitglieder der jeweiligen „Seilschaft“ aus den fast immer übersteuerten Kostenabrechnungen mit fünf- oder sechststelligen Summen oder häufig sogar mit Millionenbeträgen gefüttert werden konnten. PAC steht darum seit Jahren und nach Meinung der ehrlichen Bürger Brasiliens für unersättliche Raffgier und für „schnelle Bereicherung durch krumme Geschäfte“.

Groben Schätzungen zufolge verschwinden alljährlich in Brasilien umgerechnet 85 Milliarden Euro Steuergelder in dunklen Kanälen, d.h. 25 Prozent der fürs Gesundheitswesen angesetzten Haushaltssumme. Nicht berücksichtigt in diesem von nimmersatten Betrügern geschluckten Betrag ist die ebenso große Summe von Korruptions-Milliarden, die während der letzten 5 Jahre im Schmiergeld-Sumpf rund um das staatliche Erdölunternehmen PETROBRAS verschwand.

Als ortsnaher Beobachter kann ich bezeugen, dass in fast allen der 45 Minuten dauernden abendlichen Nachrichtensendungen mindestens 30 Minuten für die Schilderung neuer Bestechungs-Affären benötigt werden – für die ganzen hässlichen Details der von Steuerfahndern „erlassenen“ Schulden der traditionsreichen Bank BRADESCO, für die umgerechnet 55 Millionen Euro, welche eine mafiös operierende Fünferbande im Landtag von São Paulo aus dem Schulspeisung-Etat in die eigenen Taschen steckte, für die Einzelheiten des von hohen Beam-

ten des staatlichen Gesundheitswesens landesweit veranstalteten „Unterschlagungs-Festivals“, wenn teures Krankenhausgerät und Ambulanzen angeschafft wurden.

Mit Bitterkeit in der Stimme beklagte sich meine Frau, die als Krankenschwester in einem Notfall-Krankenhaus arbeitet, während so einer Nachrichtensendung im Frühjahr, dass die von Kollegen kurz vorher aus dem Kühlschrank des Krankenhauses entwendeten 223 Anti-Grippe-Spritzen, mit denen das Krankenhauspersonal geimpft werden sollte, „längst nicht mehr erwähnenswert sind“.

Treffend wird nicht nur in der Bibel, sondern in jedem etymologischen Lexikon Korruption mit „Zerstörung“ gleichgesetzt – Arbeitsplätze werden massenweise vernichtet, das Selbstwert- und Ehrgefühl ehemals stolzer Handwerker wird zerstört und über die unermesslichen volkswirtschaftlichen Schäden hinaus ist ein riesiger Vertrauensverlust entstanden, der u.a. zur Folge hat, dass viele Bürger voller Angst und Argwohn stecken und fast keiner dem anderen mehr über den Weg traut.

Wer Abhilfe schaffen will und sich als „Whistle-Blower“ in die Anti-Korruptions-Allianz einreihet, darf keinen „Spaziergang“ erwarten, muss aber sein Licht auch nicht unter den Scheffel stellen. Denn Erfolge im Kampf gegen die „Meute der Schmier- und Schweigegeld zahlenden unersättlichen und skrupellosen Verbrecher“ gab es früher und gibt es heute immer wieder: es gab in meiner Heimat während der Bauernaufstände des frühen 16. Jahrhunderts Hans Dahlkopf, den „Pfaff von Dipperz“ (einem Ort bei Fulda), der mit rund 10.000 Verbündeten gegen den Zinswucher und gegen die von geistlichen und weltlichen Herrschern verordnete Schuldknechtschaft antrat.

Dahlkopf und seine Mannen wurden damals vom Landgraf Philipp von Hessen zwar militärisch besiegt, konnten aber in Nachverhandlungen mit dem Landgraf durchsetzen, dass korruptes Verhalten der Oberschicht fortan strafbar war.

Einen Meilenstein bei der internationalen Bekämpfung der Korruption setzte 1993 der aus Augsburg stammende Peter Eigen, als er „Transparency International“ (TI) gründete – einen Verein, der mittlerweile weltweit tätig ist. Eigen, der 2010 den Vor-

sitz von TI abgab, erklärte vor Jahren in einem Interview mit mir: „Das Verhalten der Mächtigen muss überprüfbar sein. Wir brauchen eine gesetzlich verankerte Rechenschaftspflicht. Ein Kampf, der immer mit der Wirtschaft und nicht gegen sie geführt werden sollte.“

Wer sich in die Front der Korruptions-Gegner einreicht und bei Bestechungsskandalen – egal ob beim amerikanischen Geheimdienst, ob bei EU-Behörden oder bei Pharma-Konzernen – Alarm schlägt, lebt zweifellos gefährlich.

Zwei persönliche Freunde haben ihren Einsatz mit dem Leben bezahlt: Auf der südphilippinischen Insel Mindanao die Menschenrechtsanwältin Sol Jubilan, die im Interesse von Kleinbauern und indigenen Volksgruppen mit korrupten Großgrundbesitzern und Bergbaukonzernen im Clinch lag.

Tom Gaffney, amerikanischer Jesuit mit nepalesischer Staatsbürgerschaft, der sich über viele Jahre hinweg der Drogen-Mafia Kathmandus in den Weg gestellt hatte. Beide wurden heimtückisch ermordet und für immer mundtot gemacht.

\*\*\*

Johannes Schmitt

## „Heiliger Krieg“

Wie die Gewalt in das Alte Testament kam

Zu: Rüdiger Schmitt, Der „Heilige Krieg“ im Pentateuch und im deuteronomistischen Geschichtswerk. Studien zur Forschungs-, Rezeptions- und Religionsgeschichte von Krieg und Bann im Alten Testament (Alter Orient und Altes Testament 381), Münster (Ugarit-Verlag) 2011, 248 S., ISBN 978-3-86835-048-7.

### Absichten und Ziele

Zwar kann Rüdiger Schmitt in seinem forschungsgeschichtlichen Überblick – er um-

fasst, chronologisch gegliedert, rund 50 Seiten – den thematischen Schwerpunkt: „Heiliger Krieg“ (der Begriff selber scheint erst seit dem Mittelalter gebräuchlich zu werden) in seinen „soziologischen“ und „religionssoziologischen“, „religions- und kulturgeschichtlichen“, sogar in den der neuerdings propagierten Gender-Historie zuzuordnenden Aspekten ausdifferenzieren. Aber er pointiert am Ende zu wenig, dass die Thematik in der öffentlichen Meinung von der „aktuellen Diskussion um Religion und Gewalt“ – gemeint ist damit auch der so genannte „Monotheismusstreit“ – eigentlich ihre neuerliche Brisanz erhält. Deshalb finden sich zu dieser bis heute sehr polemisch geführten Diskussion in seinen Ergebnissen eher Marginalien.

Auch konstatiert der Autor: „Eine religionsgeschichtlich orientierte Synthese zum ‚Heiligen Krieg‘ im Alten Testament ist nach wie vor ein Desiderat der Forschung ebenso wie die Einbeziehung der Rezeptionsgeschichte der biblischen Kriegstexte“ (S. 49), und verspricht demzufolge seinerseits eine „Spurensuche“ „nach den Strategien und Konzeptualisierungen von Sakralisierung des Krieges“ (S. 50). Zudem will er „nach den jeweiligen Funktionen und Leistungsbezügen (? d. Verf. ) dieser Texte für die Trägergruppen und Adressaten in ihrer Lebenswelt (...) fragen“ (S. 50).

Da die „biblischen Kriegstexte als kanonisch gewordene Heilige Schrift“ „im Abendland eine unheilige Wirkungsgeschichte“ entfaltet hätten, sichert Rüdiger Schmitt zu, dies schließlich anhand „ausgewählter Themenkreise“ zu exemplifizieren (S. 50).

### „Sakralisierung des Krieges“ – „Herem“

Dem Buch Deuteronomium weist Rüdiger Schmitt in der „Traditionsgeschichte des ‚Heiligen Krieges‘“ eine besondere Rolle zu, nämlich als „Trägerin der Kriegsideologie des Alten Testaments“ zu gelten (S. 51), hier insbesondere der „Propagierung der Vernichtungsweihe, des herem“ (S. 55). Dieser verdient, ausführlicher referiert und zitiert zu werden (Deut 20,10-18): Lehnt eine Stadt bei einer Eroberung durch das Volk Israel eine Übergabe ab, so darf dieses die Stadt belagern und nehmen.

*„Wenn der Herr, dein Gott, sie in deine Gewalt gibt, sollst du alle männlichen Personen mit scharfem Schwert erschlagen. Die Frauen aber, die Kinder und die Greise, das Vieh und alles, was sich sonst in der Stadt befindet, alles, was sich darin plündern lässt, darfst du dir als Beute nehmen (...). So sollst du mit allen Städten verfahren, die sehr weit von dir entfernt liegen und nicht zu den Städten dieser Völker hier gehören. Aus den Städten dieser Völker jedoch, die der Herr, dein Gott, dir als Erbbesitz gibt, darfst du nichts, was Atem hat, am Leben lassen. Vielmehr sollst du die Hetiter und Amoriter, Kanaaniter, Hiwiter und Jebusiter der Vernichtung weihen, so wie es der Herr, dein Gott, dir zur Pflicht gemacht hat, damit sie euch nicht lehren, alle Greuel nachzuahmen, die sie begingen, wenn sie ihren Göttern dienten, und ihr nicht gegen den Herrn, euren Gott, sündigt.*

Der *Herem* ist somit nicht nur eine, sondern die Grundlage des alttestamentlichen Bundes, den Jahwe mit dem Volke Israel geschlossen hat: Israel ist das von Jahwe auserwählte Volk. Gott gibt diesem Volk, solange es ihm treu ist und seine Gebote befolgt, das „gelobte Land“, die Städte der genannten Völker, die von Jahwe zur Vernichtung geweiht, d. h. gebannt und an denen der *Herem* vollzogen werden muss. Dieser stellt, im modernen heutigen Sinne verstanden, einen „Genozid“ dar und ist als solcher zu qualifizieren. Gott wird seinem Volk seine Gunst entziehen, wenn es gegen diese Vereinbarung verstößt, also auch den *Herem* nicht vollstreckt, wie etwa am Beispiel des Königs Saul demonstriert und exemplifiziert wird.

Der *Herem* ist auch Teil der „Kriegsgesetze des Buches Deuteronomium“, die – so die These von Rüdiger Schmitt – den „Dreh- und Angelpunkt der biblischen Konzeptualisierung des Krieges“ darstellt (S. 209), allerdings in einer Form, die erst im so genannten „deuteronomistischen Geschichtswerk“ ausgebildet wurde, das in der Zeit des Exils und nach diesem, also erst nach der Eroberung Jerusalems und der Vernichtung des jüdischen Königtums im Jahre 597 v. Chr. entstanden ist. Es hat

redaktionell die heute nicht mehr erhaltenen diversen biblische Vorlagen rezipierend bearbeitet und den *Herem* gleichsam als roten Faden – bildlich gesprochen – in die Textur der Bibel eingeflochten. Er hat somit selbst im Rahmen der Thora seine kanonische Geltung eigentlich bis heute bewahrt.

### „Mytho-Historie“

Hätte man zumindest hier erwartet, dass der Autor – wie er einleitend programmatisch angekündigt hat –, die „Trägergruppen und Adressaten in ihrer Lebenswelt“ benennt und profiliert, die diese Texte der „Kriegsideologie bzw. Kriegstheologie“ (S. 209) in exilischer und nachexilischer Zeit verantwortet haben, so bietet er nur allgemeine und summarische Vermutungen. Sie lassen allerdings die Intentionen dieser Redaktoren im Kern erahnen: Diese modellierten und schufen in der Zeit eines gleichsam „totalen“ Verlustes der national-jüdischen Identität und Staatlichkeit eine – wie Rüdiger Schmitt den Begriff von Jan Assmann übernimmt – „kontrapräsentische Geschichtskonstruktion, die die eigene exilisch-nachexilische Gegenwart durch den Rückbezug auf die glorreiche Vergangenheit zu transzendieren sucht und ebenso den Besitzanspruch auf das Verheißungsland mit der Mytho-Historie der gewaltsamen Landnahme begründet“ (S. 209). Israel kann aber so, auf die Zukunft bezogen, nach der staatlichen Niederlage neue Hoffnung schöpfen, aber nur, wenn es künftig den Geboten Jahwes bedingungslos gehorcht.

Auch die spannende Frage, in welchen Abhängigkeiten und Traditionen die Redaktoren des deuteronomistischen Geschichtswerkes sich dabei befanden, ist bei Rüdiger Schmitt eher durch allgemein-summarische Hinweise beantwortet, die künftig ausführlicher zu recherchieren und darzustellen sind: Die „benutzte militärische Terminologie und ihre Semantik hat (sic!) deutliche Parallelen zumal in der assyrischen Historiographie und den westsemitischen Königsinschriften. Auch die deuteronomistischen Kriegsgesetze mit ihrer *herem*-Theologie fußen auf dem Boden des Symbolsystems der altvorderasiatischen Herrschertheologie“ (S. 213). Sie haben also auch keine genuin jüdische Wurzeln. In diesen

Kontext der assyrisch-persischen Herrscherideologie, Theologie und Philosophie ist auch die Entstehung und Modellierung des nun erst sich formenden jüdischen Monotheismus zu verorten: Nicht Moses hat den Monotheismus „erfunden“, sondern dieser ist eine Adaptation durch die Redaktoren des deuteronomistischen Geschichtswerkes.

Dieser „gefährliche und religiöse legitimierte Gewalt begründende Aspekt der biblischen Kriegstexte darf auf keinen Fall“ – so das zu Recht apodiktische resümierende Urteil von Rüdiger Schmitt – „wegdiskutiert werden und kann auch“ – so die notwendige Folgerung des Autors – „durch keine hermeneutischen und theologische Kunstgriffe relativiert werden. Dies gilt ebenso für das Gottesbild der Kriegsgesetze und Landnahmeerzählungen: Jahwe ist durch und durch Kriegsgott in der Tradition der altvorderasiatischen Kriegsgötter, der unbedingten Gehorsam und die erbarmungslose Ausrottung der Feinde fordert“ (S. 210).

Wie bei fast allen Untersuchungen zu diesem Thema wird die Frage nicht thematisiert, welche literarische Funktion diese brutalen Texte haben in einer Situation, in der Israel überhaupt nicht in der Lage war, auch nur kleine Teile dieser Anweisungen zu realisieren – und wohl kaum Hoffnung haben konnte, dass sich das je ändern wird. Das Problem ist also, ob wir die literarische Gattung und damit die Aussage dieser Texte, die zweieinhalbtausend Jahre alt sind, auch nur in Ansätzen verstehen.

### Prekäre Rezeptionsgeschichte

Das deuteronomistische Geschichtswerk bildete und pointierte in Bezug auf Gewalt und Krieg nicht nur den Kanon des Alten Testaments, sondern es gewann auch durch die Übernahme in die Heilige Schrift des Christentums normative Geltung, eigentlich bis in die Gegenwart: Die „biblischen Kriegstexte sind in der Geschichte des christlichen Abendlandes auf vielfältige Weise zur religiösen Legitimierung, aber auch“ – wenn auch weit weniger, so möchte man relativierend ergänzen – „zur Delegitimierung von Kriegen herangezogen worden“ (S. 213).

Rüdiger Schmitt differenziert dabei – künftige Forschungen haben dort ein noch sehr

weites Exerzierfeld – „typische Rezeptionsmuster“: So galten etwa die „biblischen Kriegstexte“ als „typologische Präfiguration“ (Kreuzzüge und Frühe Neuzeit), als Allegorie des geistlichen Kampfes“ (Luther, Calvin), sind etwa als „unmittelbare Handlungsanweisung im Literalsinn“ (Kreuzzüge, Thomas Müntzer) verstanden worden, werden sogar „als den Krieg deligitimierend“ ausgelegt, wenn etwa Luther den Krieg der Bauern (1525) als Krieg gegen die gottgewollte Obrigkeit ablehnt und denunziert (S. 213 f.).

### Schlussfolgerungen

Rüdiger Schmitt hat mit seiner Monographie zum „Heiligen Krieg“ sicher ein neues Kapitel in der Diskussion: „Religion und Gewalt“ aufgeschlagen, das künftighin die Theologie provozierend beunruhigen sollte. Er indiziert im deuteronomistischen Geschichtswerk einen „Gott der Gewalt“, der von seinem auserwählten Volk bei der Landnahme nach dem „Exodus“ in bestimmten Situationen die „Vernichtungsweihe“, den *Herem*, einen Genozid an der indigenen Bevölkerung, verlangt, als Treuebeweis in seinem Bündnis mit Israel. Da das deuteronomistische Geschichtswerk zum Kanon des Alten Testaments gehörte, gewann der „Kriegsgott“ Jahwe auch im Christentum kanonische Bedeutung und legitimierte in dessen Geschichte auf vielfältige Weise Krieg und Gewalt. Allerdings ist zu bedenken, dass die Zugehörigkeit zum christlichen Kanon nur auf der Basis einer *interpretatio christiana* gilt – und nicht im Wortsinn (was aber Missbrauch nicht ausschloss).

Der Berliner Theologe Notger Slenczka hat neuerdings eine Diskussion darüber gelöst, ob das Alte Testament generell vom Christentum traditionsbildend zu übernehmen sei oder ob manche Teile gerade nicht als „Offenbarung Gottes“ zu gelten hätten. Die von Rüdiger Schmitt zum „Heiligen Krieg“ vorgelegten Forschungsergebnisse können in dieser Auseinandersetzung gewichtige Argumente beisteuern.

\*\*\*

Ida Raming

## **Maria – Prophetin und „Priesterin“ Unterdrückte Motive in der patriarchalischen Sichtweise Marias**

Könnten sie die Tür zum Priesteramt für Frauen öffnen?

Einleitung

Maria: bis heute widersprüchlich gedeutet und hinterfragt ...

In der Geschichte der Kirche und Theologie haben sich viele Theologen mit der Gestalt der Maria, der Mutter Jesu, befasst. Seit einigen Jahrzehnten wählen ebenfalls Theologinnen ihre „Schwester im Glauben“ als Thema ihrer Überlegungen.

Es gibt sehr positive, darunter auch theologisch fragwürdige, sowie auch zahlreiche negative, herabwürdigende Aussagen über Maria.

Wie kommt es zu dieser widersprüchlichen Sicht und Vorstellung?

Fest steht jedenfalls, dass die „Geschichte“ der Deutung und Bedeutung der Gestalt Marias noch nicht an ihr Ende gekommen ist.

Die folgenden Ausführungen wollen zur weiteren Klärung dieser Frage beitragen. Dabei möchte ich einen möglichen Vorbehalt gleich zu Beginn entkräften:

Es geht nicht darum, Maria als „Opferpriesterin“ (im Sinne von *sacerdos*) zu begreifen und darzustellen – gewissermaßen zur Verstärkung der „Opfertheologie“: so als habe Maria „unter dem Kreuz stehend“ ihren Sohn Jesus zur Versöhnung eines „beleidigten Gottes“ als Opfer dargebracht oder zumindest dabei mitgewirkt. (Um dieses Missverständnis zu vermeiden, wird der Titel „Priesterin“ hier in Anführungszeichen gesetzt.) Vielmehr dienen die folgenden Ausführungen dem Ziel, Maria die Anerkennung zukommen zu lassen, die sie verdient: Als Frau, die dem Ruf Gottes an sie, Mutter Jesu Christi zu werden, in Freiheit

zugestimmt hat, ihn als Messias anerkannt und ihm gefolgt ist – mit allem, was das an Glauben, Angefochtenheit und Zumutung in dieser Welt mit sich brachte.

### I. Maria - ein Opfer patriarchalischer Sichtweise

Auch Maria, die Mutter Jesu, ist ein Opfer der Jahrtausende alten Feindschaft gegen Frauen geworden, ein Opfer der Frauendiskriminierung, die sich bis heute gegen sie richtet – trotz vieler Lobpreisungen, die ihr gelten.

#### 1. Einige Beispiele aus der Kirchengeschichte

Aus der *Didascalia Apostolorum* (3. Jh.): „Dass es einer Frau nicht erlaubt ist, zu taufen: Was nun die Frau betrifft, so raten wir (ihr) nicht, zu taufen oder sich von einer Frau taufen zu lassen, denn das ist eine Übertretung des Gebotes und sehr gefährlich für die, welche tauft, und den, welcher getauft wird. Denn, wenn es erlaubt wäre, von einer Frau getauft zu werden, so wäre unser Herr und Meister von seiner Mutter Maria getauft worden; nun aber ist er von Johannes getauft worden, wie auch die anderen aus dem Volke. Bringet also keine Gefahr über euch, ihr Brüder und Schwestern, indem ihr euch wie außerhalb des Gesetzes des Evangeliums stehend betragt.“<sup>1</sup>

*Epiphanius von Salamis* (ca. 315-403) wendet sich massiv gegen ein Priesteramt für Frauen, wobei sein negatives Frauenbild ausschlaggebend ist: „*Das weibliche Geschlecht ist leicht verführbar, schwach und ohne viel Verstand!*“ - es richtet sich auch gegen Maria: „Wenn Frauen zum Priesterdienst vor Gott bestellt werden sollten oder für ein kirchliches Amt, dann wäre es im Neuen Bund niemandem mehr als Maria zugefallen, eine priesterliche Aufgabe auszuüben. Ist ihr doch die große Ehre zuteil geworden, dass sie in ihrem Schoß den König aller Dinge und Gott des Himmels, den Sohn Gottes empfangen durfte ... Aber es (die Übertragung des Priesteramtes) gefiel ihm (Gott) nicht. Nicht einmal die

<sup>1</sup> *Didascalia apostolorum* III, 6,1-2; dt. Übers.: H. Achelis – J. Flemming: Die syrische *Didaskalia*, Leipzig 1904, 79f, 81; G.L. Müller: *Der Empfänger des Weihesakramentes*, Würzburg 1999, 74.

Spendung der Taufe ist ihr anvertraut worden; so hätte Christus eher von ihr als von Johannes getauft werden können.“<sup>2</sup>

Diese Argumentation wird von zahlreichen späteren Autoren und Traditionsquellen wiederholt, so u.a. von den *Apostolischen Konstitutionen* (ca. 5. Jh.), ferner im 13. Jh. von:

*Papst Innozenz III.* (1198-1216) in seiner Dekretale *Nova Quaedam* (1210) an die Bischöfe von Burgos u. Palencia (Spanien), in der die von Äbtissinnen in den genannten Diözesen geübte Praxis, ihren untergeordneten Nonnen den kirchlichen Segen zu erteilen, ihre Beichte zu hören, das Evangelium zu lesen und öffentlich zu predigen, in scharfer Form verurteilt wird, und zwar mit folgender Begründung: „*Wenn auch die seligste Jungfrau Maria würdiger und erhabener war als alle Apostel, hat der Herr (Jesus) dennoch nicht ihr, sondern jenen die Schlüssel des Himmelreichs übertragen.*“<sup>3</sup>

## 2. Aussagen über Maria in heutigen lehramtlichen Dokumenten

a) *Erklärung der Kongregation für die Glaubenslehre zur Frage der Zulassung der Frauen zum Priesteramt 'Inter Insigniores' (1976):*

Nr. 2: „Jesus (hat) den Auftrag der Zwölf keinen Frauen anvertraut. Nicht einmal seine Mutter, die so eng mit seinem Geheimnis verbunden ist und deren erhabene Funktion in den Evangelien von Lukas und Johannes hervorgehoben wird, war mit dem apostolischen Amt vertraut. Das veranlasst die Kirchenväter, sie als Beispiel für den Willen Christi in dieser Frage hinzustellen. Dieselbe Lehre hat noch am Anfang des 13. Jahrhunderts Papst Innozenz III. wiederholt, indem er schrieb: „*Obwohl die allerseligste Jungfrau Maria alle Apostel an Würde und Erhabenheit übertroffen hat, hat der Herr nicht ihr, sondern jenen die Schlüssel des Himmelreichs anvertraut.*“

<sup>2</sup> Epiphanius: *Adversus Haereses* 79,3; dt. Übers.: G.L. Müller a.a.O. S. 87f. Kritisch dazu: I. Raming: *Der Ausschluss der Frau vom priesterlichen Amt – Gottgewollte Tradition oder Diskriminierung?*, Köln/Wien 1973, 121ff, hier: S.122; ebenfalls: Haye v.d. Meer: *Priestertum der Frau?*, Freiburg 1969, S. 60-75; 186-190; hier: 62f.

<sup>3</sup> *Corpus Iuris Canonici*, ed. A. Friedberg, Graz 1955, II 886f; zit. in: Raming, a.a.O. S.121-123.

Nr. 3: „Als diese (die Apostel) und Paulus die Grenzen der jüdischen Welt überschritten, haben die Verkündigung des Evangeliums und das christliche Leben in der griechisch-römischen Zivilisation sie veranlasst, mitunter sogar auf schmerzliche Weise mit der Beobachtung des mosaischen Gesetzes zu brechen. Sie hätten also auch daran denken können, Frauen die Weihe zu erteilen, wenn sie nicht überzeugt davon gewesen wären, in diesem Punkt dem Herrn die Treue wahren zu müssen...“.

*Römischer Kommentar zu Inter Insigniores*

„Die Kanonisten stützen sich auch auf das Prinzip, das Innozenz III. in einem Brief an die Bischöfe von Palencia und Burgos ausgesprochen hatte: ‚*Obwohl die allerseligste Jungfrau Maria alle Apostel an Würde und Erhabenheit übertroffen hat, hat der Herr nicht ihr, sondern jenen die Schlüssel des Himmelreichs anvertraut.*‘ Dieser Text ist dann für die Glossatoren ein Gemeinplatz geworden.“ (Verlautb. des Ap. Stuhls Nr. 3, S. 29).

Dieses Prinzip: dass Jesus seiner Mutter Maria nicht das Apostelamt anvertraute, wird bis heute sowohl in kirchlichen Lehrdokumenten als auch von Theologen als Grund für den Ausschluss der Frauen von der Ordination aufrecht erhalten („*ex institutione Christi...*“ - Maria also als Beispiel für den angeblich ausschließenden Willen Christi in dieser Sache!).

b) *Papst Johannes Paul II.: Apostolisches Schreiben Ordinatio Sacerdotalis (1994)*

Nr. 3: „...Im Übrigen zeigt die Tatsache, dass Maria, die Mutter Gottes und Mutter der Kirche, nicht den eigentlichen Sendungsauftrag der Apostel und auch nicht das Amtspriestertum erhalten hat, mit aller Klarheit, dass die Nichtzulassung der Frau zur Priesterweihe keine Minderung ihrer Würde und keine Diskriminierung ihr gegenüber bedeuten kann, sondern die treue Beachtung eines Ratschlusses, der der Weisheit des Herrn des Universums zuzuschreiben ist.“

c) *Papst Johannes Paul II.: Brief an die Frauen (1995)*

„Die Kirche sieht in Maria den erhabensten Ausdruck des »*Genius der Frau*« und findet in ihr eine Quelle nicht versiegender Inspiration. Maria hat sich als »*Magd des*

*Herrn*« bezeichnet (Lk 1, 38). Aus Gehorsam gegenüber dem Wort Gottes hat sie ihre bevorzugte, aber alles andere als leichte Berufung einer Braut und Mutter der Familie von Nazaret angenommen.

Dadurch, dass sie sich in den Dienst Gottes stellte, stellte sie sich auch in den Dienst der Menschen: ein *Liebesdienst*. Dieser Dienst hat es ihr ermöglicht, in ihrem Leben die Erfahrung einer geheimnisvollen, aber echten »Herrschaft« zu verwirklichen. Nicht zufällig wird sie als »Königin des Himmels und der Erde« angerufen. So ruft sie die ganze Gemeinschaft der Gläubigen an, viele Nationen und Völker rufen sie als »Königin« an. Ihre »Herrschaft« ist *Dienst!* *Ihr Dienst ist »Herrschaft«!* (Verlautb. d. Apost. Stuhls Nr. 122, Nr. 10).

„Vor diesem Horizont des »Dienstes« - der, wenn er in Freiheit, Gegenseitigkeit und Liebe erbracht wird, das wahre »Königtum« des Menschen zum Ausdruck bringt - ist es möglich, ohne nachteilige Folgen für die Frau *auch einen gewissen Rollenunterschied* anzunehmen, insofern dieser Unterschied nicht das Ergebnis willkürlicher Auflagen ist, sondern sich aus der besonderen Eigenart des Mann- und Frauseins ergibt. Es handelt sich hier um eine Thematik mit einer spezifischen Anwendung auch auf den innerkirchlichen Bereich. Wenn Christus - in freier und souveräner Entscheidung, die im Evangelium und in der ständigen kirchlichen Überlieferung gut bezeugt ist - nur den Männern die Aufgabe übertragen hat, *durch die Ausübung des Amtspriestertums »Ikone« seines Wesens als »Hirt« und als »Bräutigam« der Kirche* zu sein, so tut das der Rolle der Frauen keinen Abbruch, wie übrigens auch nicht jener der anderen Mitglieder der Kirche, die nicht das Priesteramt innehaben, sind doch *alle* in gleicher Weise mit der Würde des »gemeinsamen Priestertums« ausgestattet, das in der Taufe seine Wurzeln hat. Diese Rollenunterscheidungen dürfen nämlich nicht im Lichte der funktionellen Regelungen der menschlichen Gesellschaften ausgelegt werden, sondern mit den spezifischen Kriterien der *sakramentalen Ordnung*, das heißt jener Ordnung von »Zeichen«, die von Gott frei gewählt wurden, um sein Gegenwärtigsein unter den Menschen sichtbar zu machen.

Im Übrigen kommt gerade im Rahmen dieser Ordnung von Zeichen, wenn auch au-

ßerhalb des sakramentalen Bereiches, dem nach dem erhabenen Vorbild Mariens gelebten »Frausein« keine geringe Bedeutung zu. Denn im »Frausein« der gläubigen und ganz besonders der »gottgeweihten« Frau gibt es eine Art immanentes »Prophetentum« (vgl. *Mulieris dignitatem*, 29), einen sehr beschwörenden Symbolismus, man könnte sagen, eine bedeutungsträchtige »Abbildhaftigkeit«, die sich in Maria voll verwirklicht und mit der Absolutheit eines »jungfräulichen« Herzens, um »Braut« Christi und »Mutter« der Gläubigen zu sein, das Wesen der Kirche als heilige Gemeinschaft treffend zum Ausdruck bringt. In dieser Sicht »abbildhafter« gegenseitiger Ergänzung der Rollen des Mannes und der Frau werden zwei unumgängliche Dimensionen der Kirche besser herausgestellt: das »marianische« und das »apostolisch-petrinische« Prinzip“ (a.a.O. Nr. 11).

### 3. Kritische Bewertung der kirchenamtlichen Aussagen über Maria

Durch die oben zitierten Lehrdokumente zieht sich die Kernaussage: Es sei der Wille Jesu gewesen, Maria nicht das Apostelamt zu übertragen, und an diesen Willen Jesu hätten sich die männlichen Apostel und ihre Nachfolger gebunden gefühlt.

Dazu ist erstens einmal anzumerken, dass sich in der entstehenden Kirche erst nachjesuanisch erste Formen der Gemeindeführung herausgebildet haben. Diese waren vorwiegend patriarchal, haben aber nichts mit Anweisungen Jesu zu tun.

Bei dieser These ist zudem die damalige Stellung der Frau in der vom Patriarchat tief geprägten Gesellschaft völlig ausgeklammert: Die Frau war im antiken Judentum nicht geschäftsfähig, ausgeschlossen vom Zeugnis vor Gericht und von öffentlicher Lehre, z.B. in den Synagogen. Frauen hätten daher den Dienst des Apostolats damals nicht ausüben können. In den frühchristlichen (hellenistisch geprägten) Gemeinden gibt es dann Beispiele für eine stärkere Beteiligung der Frauen innerhalb des kirchlichen Amtes.

Grundsätzlich gilt als Interpretationsprinzip: Eine kirchliche Lehre ohne Einbeziehung sozio-kultureller und geschichtlicher Entwicklungen führt notwendigerweise zu Fehlschlüssen und Falschlehren.

Da sich der Ausschluss der Frauen vom Priester- und Bischofsamt angesichts der

heutigen Stellung der Frau in demokratischen Staaten kaum noch rechtfertigen lässt, kommt es in den Aussagen von Päpsten und Theologen zu Verbrämungen und Verschleierungen – ja zu Schönfärberei, wodurch der Ausschluss vom Priester- und Bischofsamt den Frauen im Blick auf Maria „schmackhaft“, also erträglich gemacht werden soll: Lob des „Genius der Frau“, der besonders bei Maria ausgebildet sei. Ein „klassisches“ Beispiel für diese Sichtweise ist die Aussage von H.U. v. Balthasar: „Vielleicht ist die katholische Kirche aufgrund ihrer eigenen Struktur das letzte Bollwerk in der Menschheit einer echten Würdigung der Differenz der Geschlechter... Das Marianische in der Kirche umgreift das Petrinische, ohne es für sich in Anspruch zu nehmen. Maria ist 'Königin der Apostel', ohne apostolische Vollmachten für sich in Anspruch zu nehmen. Sie hat anderes und mehr...“<sup>4</sup>

Diese Deutung wird von mehreren Theologen, z.B. von J. Ratzinger, G.L. Müller u.a. übernommen.

Dagegen sehen andere Theologen in Maria gerade das Vorbild einer Priesterin:

Dazu einige Beispiele:

Das Spezifikum des priesterlichen Dienstes ist nach *M. J. Scheeben* (19. Jh.) „das Verschenken der empfangenen Gnade in sakramentaler Weise“ – genau „marianischer Dienst“. Dieser Theologe sieht in Maria auch und gerade den Typus der ‚amtlichen‘ Kirche, ihrer Weihe- und Jurisdiktionsvollmacht. Die Gnadenmutterchaft der Kirche, die nach Scheeben in der geistlichen Mutterchaft Marias ihr Vorbild und ihren Grund hat, komme vor allem in dem sog. Amtspriestertum der Kirche zur Entfaltung und Auswirkung.<sup>5</sup>

Der Theologe *Wolfgang Beinert* sagt: „Wo Theologen und Mystiker sozusagen unbelastet von der Ordinationsproblematik über die Mutter Christi und ihre heilsgeschichtliche Funktion nachgedacht haben, da hat

sich ihnen der Gedanke eines Priestertums Mariens geradezu aufgedrängt.“<sup>6</sup>

Der Exeget *N. Baumert* ist überzeugt:

„Durch die Geburt des Messias aus der Frau (Maria)“ wird die Grundlage und Eigenschaft geschaffen „für das, was durch Tod und Auferstehung Jesu (der insofern Typus für alle ist) und Geistsendung vollendet wurde. Die Frau ist gewiss nicht weniger geeignet für den Heildienst als der Mann.“<sup>7</sup>

Diese Sicht wird bis heute von vielen Theologen geteilt. Daher kann die Frage nach dem „Priestertum der Gottesmutter noch längst nicht als gelöst 'ad acta' gelegt werden.“<sup>8</sup>

Es ist aber eine verdrängte Wahrheit, die gegenwärtig auf theologischer und vor allem von kirchenamtlicher Seite nicht anerkannt und gelöst ist.

*Welches ist der tiefere Grund für diese verdrängte Wahrheit?*

Von vielen Theologen und Priestern, auch von Papst Franziskus, wird zwar betont, dass Maria „höher steht“ als die „sakramental ordinierten Priester“ – auch höher als die Bischöfe –, dennoch weigern sie sich oder vermeiden es, Maria als „Priesterin“ anzuerkennen. Der Grund dafür ist, wie nach eingehenden historischen Forschungen klar belegt ist: „weil Maria eine Frau war“ (*propter femineum sexum*).<sup>9</sup>

Das spricht allerdings für sich: Die Diskriminierung des weiblichen Geschlechts ist nämlich der wahre Grund für die Weigerung, Maria als Priesterin anzuerkennen und auch heutigen berufenen Frauen den Zugang zum presbyteralen Dienst in der Kirche zu eröffnen.

## II. Maria - „Priesterin“ und Prophetin

Jesus Christus wird im Hebräer-Brief als „Hoherpriester“ bezeichnet (vgl. Hebräerbrief passim): „*Christus hat sich nicht selbst seine Würde als Hoherpriester gegeben, sondern derjenige, der zu ihm sprach: 'Mein Sohn bist du, ich habe dich heute ge-*

<sup>4</sup> Frauenpriestertum? Neue Klarstellungen, Einsiedeln 1979, 109-115; zitiert in G.L. Müller, a.a.O. S. 437.

<sup>5</sup> M. J. Scheeben: Die Mysterien des Christentums, 2. Aufl. Freiburg 1951, S.449 ff; dazu: I. Raming: a.s.O. S. 124 A. 18.

<sup>6</sup> W. Beinert: Dogmatische Überlegungen zum Thema Priestertum der Frau, in: W. Groß (Hg.): Frauordnung, München 1996, S. 76.

<sup>7</sup> N. Baumert: Frau und Mann bei Paulus, Würzburg 1992, 302f.

<sup>8</sup> H. v.d. Meer a.a. O., 186-190, hier: 186.

<sup>9</sup> Ebd. S. 187

zeugt' und 'Priester bist du auf ewig nach der Ordnung des Melchisedek' ...“.

„Zur Vollendung gelangt, ward er für alle, die (Gott) gehorchen, der Urheber ewigen Heils“ (5,5-6 u. 9) ... „Darum musste er in allem seinen Brüdern und Schwestern gleich werden, um als barmherziger, treuer Hoherpriester vor Gott zu walten...“ (2, 17). „Wir haben einen erhabenen Hohenpriester, der bereits in den Himmel heimge-  
langt ist, Jesus, den Sohn Gottes...“ (4,14).

Jesus wurde nicht zum Priester ordiniert, sondern von Gott dazu berufen. Er hat auch niemanden seiner Anhänger (Apostel, Jünger ...) zu Priestern ordiniert – was immer wieder fälschlich behauptet wird -, sondern sie vielmehr als seine Boten ausgesandt: Sie sollten in seinem Namen die Frohe Botschaft vom „Reich Gottes“ verkünden.

Wie Jesus als von Gott Gesandter keiner Ordination bedurfte – er war vom Hl. Geist „gesalbt“ und durchdrungen –, ähnlich auch Maria. Als vom Hl. Geist „Überschattete“ und Erfüllte („voll der Gnade“, vgl. Lk 1), die in Vertretung der ganzen Menschheit ihr freies Ja zur Annahme und Geburt des Messias Jesus gab, bedurfte sie nicht einer äußeren Ordination zur „Priesterin“ oder der Berufung zur Apostolin durch Jesus. Das wäre in ihrer vom Patriarchat tief geprägten Lebenszeit ohnehin eine Unmöglichkeit gewesen. Dennoch hat sie einen unersetzlichen Anteil am Dienst für das Heil der Menschen: durch die Annahme und Geburt des Messias, was nicht nur ein äußerer Vorgang, sondern ein heilsgeschichtliches Geschehen war und ist, - durch ihr Mitleiden am Schicksal ihres Sohnes und ihre Treue zu seiner Botschaft. So kann sie - ähnlich wie Jesus, aber nicht auf gleicher Stufe - als „Priesterin“ (wenn man diese Terminologie benutzen will) bezeichnet und verehrt werden. Das bedeutet freilich nicht, dass Maria „Opferpriesterin“ war bzw. ist, sondern dass sie verantwortlich und vorbildlich handelte für das Heil der Menschen, was im Grunde allen Gliedern der Kirche im Sinne des 'allgemeinen Priestertums' aufgetragen ist.

Maria ist darüber hinaus eine große Prophetin, wie sie in der ostsyrischen Theologie (Aphrahat) bezeichnet wird: Als „vom Heiligen Geist Erfüllte“ werden ihr in der Begegnung mit ihrer Verwandten

Elisabeth die prophetischen Worte in den Mund gelegt:

„Hoch erhebt meine Seele den Herrn, in Gott, meinem Heiland, jubelt mein Geist. Er hat in Gnaden geschaut auf seine niedrige Magd: Siehe, von nun an preisen mich selig alle Geschlechter. Großes hat an mir getan der Mächtige ... Macht hat er geübt mit seinem Arm und zerstreut, die stolzen Herzens sind. Herrscher hat er vom Thron gestürzt, Niedrige aber erhoben. Hungern-  
de hat er mit Gütern erfüllt, Reiche gehen lassen mit leeren Händen ...“ (Lk 1, 46-55 passim).

Es ist auffallend, dass diese prophetischen Worte Marias in Lehrdokumenten über Maria (z.B. Kirchenkonstitution *Lumen Gentium* Kap. 8; Papst Johannes Paul II. „Brief an die Frauen“...) vollständig fehlen. Johannes Paul betont: „Die Kirche sieht in Maria den erhabensten Ausdruck des ‚Genius der Frau‘... Maria hat sich als ‚Magd des Herrn‘ bezeichnet“ – in ihrem „Gehorsam gegenüber dem Wort Gottes“... – „ihre ‚Herrschaft‘ ist Dienst!“ (Nr. 10).

Kirchenmänner ertragen Maria anscheinend nur als „gehorsame Magd des Herrn“, nicht aber als prophetische, starke und eigenständige Frau. Zu ihrem Machterhalt formen sie das Bild Marias nach ihrem „Gusto“ zurecht.

*Die Verehrung der Mutter Jesu als „Priesterin“ wurde Anfang des 20. Jahrhunderts von der Kirchenleitung unterdrückt und verboten.*

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden Diskussionen über Marias Priestertum jäh beendet. Während Papst Leo XIII. 1903 noch Gemälde Mariens in priesterlichen Gewändern billigte und akzeptierte, verbot das 'Heilige Offizium' (früher: Inquisition – heute: Kongregation für die Glaubenslehre) 1913 die Gewohnheit, Maria als Priesterin darzustellen. 1907 hatte Papst Pius X. noch den Zusatz zum Gebet geduldet: „*Maria, jungfräuliche Priesterin, bitte für uns!*“; aber 1926 erklärte das „Heilige Offizium“ die Verehrung Mariens als Priesterin für nicht zulässig und somit für verboten. „Ist es Zufall, dass gerade zu jener Zeit die Kampagne für die Frauenpriesterweihe (Frauenordination) in anderen Kirchen zu rumoren begann?“ So fragt John Wijn-

gaards nicht ohne Grund in seinem Artikel „Das Priestertum Mariens“<sup>10</sup>.

Diese Frage ist allzu berechtigt. Denn auch in der römisch-katholischen Kirche forschten die ersten Frauen nach Eröffnung des Universitätsstudiums für sie nach ihrer Stellung und Wertung in der katholischen Kirche (z.B. E. Stein, H.V. Borsinger u.a.). Diesem berechtigten Suchen und Fragen sollte jedoch von der männlichen Kirchenleitung anscheinend von vornherein ein Riegel vorgeschoben werden.

Wie im Voraufgehenden dargestellt, ist die derzeitige Sicht der Mutter Jesu nach kirchenamtlicher Lehre und Vorstellung sehr „eingeschränkt“, verkürzt, ja – verfälscht. Maria gilt als „Urbild“ der „Laien“-Kirche, keinesfalls der gesamten Kirche (Laien und Amtsträger). In diesem Sinne betont z.B. Otto Semmelroth: Maria ist, „genau genommen, nicht Urbild der Kirche einfach hin ... Maria ist vielmehr eigentlich Ur-bild der Kirche, insofern sie als 'Laós', als Laiengemeinde empfangend und mitopfernd Jesus begegnet, der durch das Amt vor sie hintritt“<sup>11</sup>.

Demgegenüber ist zu betonen:

Maria steht als Ur-Bild für die ganze Kirche (sowohl für das „allgemeine Priestertum“ als auch für das „Priestertum des Dienstes“ – nicht nur für die sog. 'Laienkirche'). Amtsträger der Kirche wollen sie gewissermaßen aus der Kirche als dem „Leib Christi“ ausgrenzen, maßen sich aufgrund ihres bloßen Mannseins an, „durch die Ausübung des Amtspriestertums 'Ikone' seines (Christi) Wesens als 'Hirt' und als 'Bräutigam' der Kirche zu sein“<sup>12</sup>. Welch eine Hybris, die mit Jesu Haltung nicht das geringste zu tun hat!

Johannes Paul II. spricht im Sinne dieser patriarchalischen Sichtweise von der „gegenseitigen Ergänzung der Rollen des Mannes und der Frau“: Das '*marianische*' und das '*apostolisch-petrinische*' Prinzip (= das männliche!) seien die „unumgänglichen Dimensionen der Kirche“.

<sup>10</sup> John Wijngaards: Das Priestertum Mariens, in: The Tablet Bd. 235. v. 4. Dez. 1999, 1630-1640, [www.womenpriests.org/de/mrpriest/mpr](http://www.womenpriests.org/de/mrpriest/mpr), deutsche Übers. S.3.

<sup>11</sup> O. Semmelroth: Maria oder Christus? Christus als Ziel der Marienverehrung. Frankfurt 1954, 131.

<sup>12</sup> So Papst Johannes Paul II.: Brief an die Frauen (Verl. d. Ap. Stuhls Nr. 122) Nr. 11, S. 11f.

Das sind jedoch Konstrukte patriarchalischer Theologie.

\*\*\*

Norbert Scholl

## Zum Davonlaufen

### 90 Prozent der deutschen Katholiken bleiben dem Gottesdienst fern

Da müssten doch bei denen „ganz oben“ sämtliche Alarmglocken schrillen! Nur 10,4% der deutschen Katholiken haben im Jahr 2015 noch am Sonntagsgottesdienst teilgenommen, 1964 waren es noch 46%.<sup>19</sup> Das Durchschnittsalter der Gottesdienstteilnehmer dürfte bei 60+ liegen. Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland tendiert der Gottesdienstbesuch gegen Null. Und das ist europaweit so, sogar in Polen, Irland oder Italien zeigen sich Erosionen. Kirchen müssen abgerissen oder einem anderen Verwendungszweck zugeführt werden.

Schon 1964 hatte *Romano Guardini* offen die Frage gestellt: „Sollte man sich vielleicht zu der Einsicht durchringen, der Mensch des industriellen Zeitalters, der Technik und der durch sie bedingten psychologisch-soziologischen Strukturen sei zum liturgischen Akt einfach nicht mehr fähig? Und sollte man, statt von Erneuerung zu reden, nicht lieber überlegen, in welcher Weise die heiligen Geheimnisse zu feiern seien, damit der heutige Mensch mit seiner Wahrheit in ihnen stehen könne?“<sup>20</sup> Seitdem hat sich ein grundlegender Wandel im Kirchenverhältnis vollzogen: „Weg von der normativen oder fremdbestimmten zu einer selbstbestimmten Kirchenbindung. Wenn man sich die Statistiken anschaut,

<sup>19</sup> 1964: 46%, 1974: 34%; 1984: 27%; 1994: 19%; 2004: 15%; 2014 10,8%.

<sup>20</sup> zit. nach: Religionsunterricht heute. Informationen des Dezernates Schulen und Hochschulen im Bischöflichen Ordinariat Mainz 3-4/1991,1.

werden nicht alle kirchlichen Riten und Glaubensvollzüge abgelehnt. Ausgerechnet die Messe, die vom Klerus als Höhepunkt und Quell kirchlichen Lebens gedeutet wird, verliert dramatisch an Boden. Dagegen finden Riten der Lebenswende wie Erstkommunion, Hochzeiten, Taufen oder Beerdigungen nach wie vor Zustimmung, auch Weihnachtsgottesdienste. Auch wenn es darum geht, Katastrophen ... zu verarbeiten, sind die Kirchen gefragt. Es gibt keine andere Institution, die in solchen Situationen als so resonant erlebt wird, also einen solchen Widerhall gibt.<sup>21</sup>

*Papst Franziskus* hat dazu aufgerufen, „mutige Vorschläge“ zu entwickeln und neue Möglichkeiten zuzulassen, dass auch in Zukunft in überschaubaren Gemeinden Gottesdienste in lebensnahen Zusammenhängen gefeiert werden können.<sup>22</sup> Einige Möglichkeiten und Postulate möchte ich hier nennen.

## XXL-Gemeinden

Die jahrzehntelang vorgenommenen, allein an der (noch) vorhandenen Zahl der Priester orientierten Struktur-„Reformen“ in Form von Pfarreizusammenlegungen und –schließungen sollten endlich gestoppt werden. Hier wird auseinandergerissen, was über Jahrhunderte zusammengewachsen ist. Immer mehr Widerstand an der Basis regt sich dagegen. Das Eucharistie-Verlangen der Gemeinden darf nicht ignoriert werden, weil die Zahl der zölibatswilligen Priester immer geringer wird.

Dazu kommt, dass sich nach Ansicht des Paderborner Pastoraltheologen *Herbert Haslinger* viele katholische Priester von ihren Gemeindemitgliedern entfernt haben. „Zu vielen kirchlichen Funktionsträgern mangelt es an einer Grundsympathie für die Menschen. Etwas umgangssprachlicher formuliert: Man spürt in ihrem Reden und Verhalten, dass sie die Menschen nicht wirklich gern haben.“

Zudem hätten viele Priester den Blick für den Dienst am Menschen verloren „Die Menschen lassen sich nicht mehr einfach

dorthin bringen, wo kirchliche Funktions-träger sie haben wollen.“ Bei einigen Geistlichen beobachte er, „dass sie sich nicht damit abfinden, dass die vorfindbaren Realitäten - die nun mal die Wirklichkeiten sind, in denen Menschen heute ihr alltägliches Leben führen müssen - nicht mehr ihren Vorstellungen und Interessen entsprechen.“<sup>23</sup> Leider sind auch (allzu) viele Priester, die sich noch als wirkliche „Seelsorger“ (-*Sorger!*) verstehen und auch so tätig sein möchten, dazu genötigt, an Sonn- und Feiertagen von Transsubstantiation zu Transsubstantiation zu hasten und nur noch als „Sakramentenspendungs-Funktionäre“ zu agieren.

Die Liturgiekonstitution des II.Vatikanums erwartet von der Kirchenleitung: „Alle Gläubigen möchten zu der vollen bewussten und aktiven Teilnahme an den liturgischen Feiern geführt werden, ... zu der das christliche Volk ... kraft der Taufe *berechtigt* und verpflichtet ist“ (SC 14). *Berechtigt (ius habet)*, nicht nur verpflichtet! Die Gemeinden haben ein Recht auf die Eucharistiefeyer. Und die Kirchenleitungen sind verpflichtet, für eine ausreichende Zahl qualifizierter Leiter und Leiterinnen einer Eucharistiefeyer zu sorgen. „Weil diese Pflicht im Wesen der Eucharistie selber wurzelt, ist sie ‚göttliches Recht‘ und überbietet ‚im Konfliktfall das legitime Bestreben der Kirche nach einem zölibatären Seelsorgeklerus“, schreibt *Wolfgang Seibel* unter Berufung auf *Karl Rahner*.<sup>24</sup>

Aber davon will Rom nichts wissen. Nach *Joseph Ratzinger/Benedikt XVI.* sind die Gemeinden selbst daran schuld, wenn sie an Sonn- und Feiertagen keine Eucharistie feiern können: „Wo die Kirche nicht genügend Priester hervorbringt und nicht genügend Menschen zum ungeteilten, auch ehelosen Dienst für Gottes Reich zu begeistern vermag, da ist auch an der Eucharistiefähigkeit zu zweifeln.“<sup>25</sup>

Der emeritierte deutsche Kurienkardinal *Cordes* (\*1934) preist als Ersatz die „geistliche Kommunion“ an.<sup>26</sup> Ganz anders ä-

<sup>21</sup> M. Ebertz in einem Interview mit KNA am 18.7.2016 (KNA - qkrlr-89-00033).

<sup>22</sup> <http://www.katholisches.info/2016/02/15/priesterinnen-alt-68er-kraeutler-fordert-alternativen-zum-zoelibat/>; [blogspot.de/2016/02/bischof-kraeutler-fur-alternativen-zum.html](http://blogspot.de/2016/02/bischof-kraeutler-fur-alternativen-zum.html) (27.7.2016).

<sup>23</sup> H. Haslinger, Wider den Rückzug aus der Wirklichkeit, in: Herder Korrespondenz 8/2016, 48-51.

<sup>24</sup> Stimmen der Zeit 1/1992, 1 f.

<sup>25</sup> J. Ratzinger, Recht der Gemeinde auf Eucharistie?, in: ders., Theologische Prinzipienlehre, München 1982, 300-314; hier 313.

<sup>26</sup> <http://www.die-tagespost.de/aboleserbriefe/leserbrief/Zur-Diskussion-um-die-bdquo-imprimatur>, Heft 3, 2016

ßerte sich vor Jahren der brasilianische Kardinal *Aloisio Lorscheider* (1924-2007) zu dieser Praxis: „Da haben einige das ‚Votum Sacramenti‘ (den Wunsch nach dem Empfang des Sakraments) aus der Mottenkiste geholt, das sei gleich viel wert usw. Aber das steht in ihrem Buch, nicht im Leben. Im Leben ist das anders. Die sollen mal bei uns ins Landesinnere gehen und sehen, was das heißt, wenn monatelang niemand kommt, dass sie zusammen Eucharistie *feiern* können.“<sup>27</sup>

Anstelle der „Sättigung mit den österlichen Geheimnissen“<sup>28</sup> werden „Wortgottesfeiern“ angeboten. So richtig und wichtig es ist, die Worte der Schrift hochzuschätzen – viele Gläubige empfinden das – zu Recht – als ungenügenden Ersatz und bleiben daheim. Sie können sich immerhin auf das II. Vatikanum berufen: „Vor allem durch die heilige Eucharistie wird jene Liebe zu Gott und den Menschen *mitgeteilt und genährt*, die die Seele des ganzen Apostolats ist.“<sup>29</sup> Die Kirchenleitung hat die Pflicht, dafür zu sorgen, dass den Gläubigen diese Nahrung „mitgeteilt“ wird – gegebenenfalls durch Beseitigung von Hindernissen, die sie selbst aufgebaut hat.

### Binnendifferenzierung

„Die Kirche muss einen Lebensbezug herstellen, eine resonante Verbindung zwischen dem, was den Menschen im Leben wichtig ist, und dem Göttlichen. Die Eucharistiefiern sind einseitig transzendenz- und kirchenbezogen, zu weit weg vom Leben der Menschen.“<sup>30</sup> Der Ablauf jeder Feier (sind es wirklich „Feiern“?) ist genau vorgeschrieben. Abweichende Handlungen, nicht approbierte Hochgebete, eigene Formulierungen, andere Texte sind offiziell nicht erlaubt. Dadurch entsteht Monotonie und Stereotypie. Jeder kirchlich hinrei-

chend sozialisierte Teilnehmer weiß, was „dran kommt“. Zwar werden längst von vielen Pfarrern eigene Texte verwendet, aber das ist eigentlich verboten. Die meisten Bischöfe wissen davon, dulden diese Praxis aber inzwischen. Es sei denn, traditionalistische Denunzianten informieren sie, vatikanischer Weisung gemäß, über derartige „Unbotmäßigkeiten“<sup>31</sup>, und die Bischöfe fühlen sich zum Einschreiten verpflichtet (anstatt sich hinter ihre Priester zu stellen und solches Denunziantentum zu verurteilen).

Vielleicht liegt die Wurzel für die liturgische Monotonie in Gedankenlosigkeit oder kultischer Phantasiearmut. Vielleicht ist sie aber auch tiefer zu suchen. Jedem religiösen Ritus, der nach bestimmten, genau geordneten und offiziell approbierten Regeln gehalten wird, wie das bei der Eucharistie der Fall ist, haftet ein magischer Beigeschmack an. Vielen (älteren) Teilnehmern sind die Riten wohlbekannt und bestärken sie in ihnen den Glauben, dass hier alles „mit rechten Dingen zugeht“ und jene Wirkung erzielt wird, die sie erreichen möchten und derentwegen sie zur „Messe“ gekommen sind. Radio Gloria tv weiß von „77 Gnaden, die beim andächtigen Messehören entspringen.“<sup>32</sup>

Hier wäre eine „Binnendifferenzierung“ des Sonntagsgottesdienstes angebracht:

- Kinder-, Jugend-, Familien-, Senioren-gottesdienste, jeweils sorgfältig vorbereitet von einem kompetenten Team. Dabei darf auch kein Bogen gemacht werden um das angeblich unantastbare Hochgebet;
- thematisch an bestimmten (aktuellen) Themen orientierte Eucharistiefiern mit eigens dafür ausgewählten Texten, Medien und Handlungsimpulsen;
- Tisch-Eucharistiefiern im Pfarrsaal oder einem anderen geeigneten Raum.

Geistige-Kommunion-ldquo-von-der-auch-aus-Anlass-der-vatikanischen-Synode-zu-Ehe-und-Familie-verschiedentlich-die-Rede-war-Wiederentdecken-ndash-statt-vergessen;art632,155956; (27.7.2016).

<sup>27</sup> Kardinal A. Lorscheider, Das konkrete Leben zur Sprache bringen ... Brasilianische Perspektiven zur Bischofssynode - Gespräch mit Kardinal A. Lorscheider, in: Orientierung 22/1987, 247 (Kursiv im Original).

<sup>28</sup> II. Vatikanum, SC, Art. 48.

<sup>29</sup> II. Vatikanum, LG, Art. 33.

<sup>30</sup> M. Ebertz in einem Interview mit KNA am 18.7.2016 (KNA - qkrlr-89-00033).

<sup>31</sup> Kongregation für den Gottesdienst und die Sakramentenordnung, *Redemptionis sacramentum* über einige Dinge bezüglich der heiligsten Eucharistie, die einzuhalten und zu vermeiden sind (2004), Nr. 183. 184

([http://www.vatican.va/roman\\_curia/congregations/ccdds/documents/rc\\_con\\_ccdds\\_doc\\_20040423\\_redemptionis-sacramentum\\_ge.html](http://www.vatican.va/roman_curia/congregations/ccdds/documents/rc_con_ccdds_doc_20040423_redemptionis-sacramentum_ge.html)); vgl. dazu:

<http://sancta-simplicitas.de/wp/denunzieren-mit-dem-segen-der-kirche/> (27.7.2016).

<sup>32</sup> gloria tv; <http://www.gloria-patri.de/HEILIGE-MESSE/77-Gnaden> (30.7.2016).

Ein Teilnehmer berichtet: „Vor Beginn der Feier füllte altslawische Kirchenmusik den Raum. Man spürte förmlich, wie eine Atmosphäre des Schweigens, des Öffnens, des Hörens, der Tiefe entstand weg vom geschäftigen Tun. ...Die Gestaltung des anschließenden Gottesdienstes war nicht auffällig. Aber alles, was gesprochen wurde an hl. Texten und selbstformulierten Gedanken und Gebeten, fiel ganz tief hinein bzw. kam aus einer großen Tiefe. Es entstand eine Nähe und Offenheit, vor allem eine überwältigende Freude. Die Teilnehmer wurden (vom Sakrament) 'ergriffen'.“<sup>33</sup>

Dazu bräuchte es allerdings eine größere Anzahl von Ordinierten (Frauen oder Männern). Und damit liegt der Ball wieder in Rom.

Darüber hinaus und ganz grundsätzlich ist zu fragen, ob nicht das Mahl in der ganzen Vielfalt seiner konkreten Gestaltungsmöglichkeiten mehr in den Mittelpunkt gottesdienstlichen Geschehens gerückt werden sollte. Mahlhalten mit Allen als Zeichen für das Reich Gottes war eine der signifikanten Symbolhandlungen Jesu. In den Gemeinden heute könnte dieses Zeichen sehr viel sinnenfälliger zum Ausdruck gebracht werden, als dies weithin geschieht (vielfach aus schlechter Gewohnheit heraus). Das eucharistische Mahl ist auch in seiner 1974 reformierten Gestalt noch zu stark formalisiert und ritualisiert, um als wirkliches Essen und Trinken überhaupt wahrgenommen zu werden. Ein zeichenhafter Charakter ist kaum noch gegeben. Nur gelegentlich wird im Anschluss an den Gottesdienst noch im Kirchenraum an einem anderen Ort das gemeinsame Essen und Trinken nachgeholt.<sup>34</sup>

### Ordination des gesamten Leitungsteams

Die „Binnendifferenzierung“ erfordert eine größere Anzahl von Frauen und/oder Männern, die zur Leitung einer Eucharistiefeier befähigt und beauftragt sind. Bereits 1981 hat *Edward Schillebeeckx* die Ordination

des gesamten Leitungsteams einer Pfarrei angeregt. „Dieses begrenzte ‚pastorale Team‘, von der Gemeinde gerufen oder angenommen ..., muss meines Erachtens ... eine ekklesiale ‚ordinatio‘ empfangen, und zwar, konkret, in einer liturgischen Feier der Gemeinde, die sie akzeptiert: unter Handauflegung des schon bestehenden Leitungsteams der eigenen Gemeinde und der Nachbargemeinden, unter betender Epiklese der ganzen Gemeinde... (Diese) Gemeindeführer – ganz gleich, worin sie spezialisiert sind – können und dürfen aufgrund ihrer amtlichen ‚ordinatio‘ oder Eingliederung in eine Kirchengemeinde letztlich (nach Umständen) alles tun, was für diese Gemeinde als ‚ecclesia Christi‘ nötig ist“<sup>35</sup> – die Leitung einer Eucharistiefeier eingeschlossen. Die Glaubenskongregation beanstandete diese Forderung und leitete eine Untersuchung ein, die jedoch zu dem Ergebnis kam, dass die von Schillebeeckx vertretene Revision von Amt und Kirchenordnung „dogmatisch möglich und pastoral notwendig“ sei.<sup>36</sup> Aber geschehen ist nichts. *Schillebeeckx*‘ Vorschlag knüpft an die Praxis der Urkirche an. Die Leitung der Eucharistiefeier war hier nicht einem eigens bestellten zölibatären, männlichen (Gesamt-) Gemeindeführer vorbehalten, sondern, jedenfalls in den paulinischen Gemeinden, Sache des „Hausvaters“, in dessen Räumen die Feier stattfand (vgl. Röm 16,1-16; bes. 3f.). Dabei darf mit „größtmöglicher Wahrscheinlichkeit“ angenommen werden, dass „in der christlichen Urzeit auch Frauen innerhalb des Gottesdienstes in vollem Umfang gleichberechtigt neben den Männern tätig gewesen sind.“<sup>37</sup> Jedenfalls lassen sich „für eine sakramentale Grundlegung des Amtes in der Eucharistie nirgends biblische Gründe finden.“<sup>38</sup>

<sup>33</sup> G. Kreppold, Sakramente - leere Tradition oder Lebenshilfe? in: Lebendige Seelsorge 3/1987, 167-170. 167.

<sup>34</sup> Sehr gute Anregungen bietet: G. Fuchs, Ma(h) anders. Essen und Trinken in Gottesdienst und Kirchenraum, Regensburg 2014.

<sup>35</sup> E. Schillebeeckx, Das kirchliche Amt, Düsseldorf 1981, 199 f.

<sup>36</sup> Zit. nach U. Engel, Edward Schillebeeckx OP 1914-2009, <http://www.muenster.de/~anger-gun/nachruf-schillebeeckx.pdf>, S. 16 (30.7.2016).

<sup>37</sup> J. Blank, Vom Urchristentum zur Kirche, München 1982, 247.

<sup>38</sup> E. Schillebeeckx, Das kirchliche Amt, Düsseldorf 1981, 58.

## Zeitgemäße Sprache

Die liturgische Sprache der Sakramente (wie die religiöse Sprache überhaupt) ist heute weitgehend zu einer Sondersprache geworden, die selbst von Kirchenmitgliedern nicht mehr gesprochen und vielfach wohl auch nicht mehr verstanden wird.

*Erik Flügge* hat unlängst an diesem Problemfeld aufzuzeigen versucht, „wie die Kirche an ihrer Sprache verreckt.“<sup>39</sup> „Verschrobene, gefühlsduselnde Wortbilder reißen sich Sonntag für Sonntag auf den Kanzeln aneinander... Da werden belanglose Kettensätze aneinander gereiht: ‚Jesus lädt dich ein. Ja, er lädt dich ein zum gemeinsamen Mahl. Ein Mahl, wie er es mit seinen Jüngern gefeiert hat.‘ Das sind lauter Sätze, die ziemlich viel Text produzieren, um ziemlich wenig auszusagen. Ich glaube aber, dass man heutzutage schnell, präzise und spannend mit den Menschen sprechen kann und sogar muss.“ *Flügge* meint, dass die Theologen mehr Feedback brauchen. Auch eine Kultur des Streitens täte der Kirche und ihrer Sprache gut. „Es braucht mehr Mut zur Kontroverse in der Kirche. Ich glaube, dass die katholische Kirche das auch zulässt. Die Gerüchte über die möglichen Konsequenzen sind viel schlimmer als die Realität.“<sup>40</sup>

Sakrale Sondersprache signalisiert den Marsch ins Getto, den Rückzug in die Welt der Unverbindlichkeiten und der inhaltsleeren Sprechblasen. Wer eine Sprache, die gesprochen wird, nicht versteht, fühlt sich ausgeschlossen, nicht dazugehörig. Er wird sich desinteressiert abwenden.

Allerdings ist es gar nicht so einfach, die liturgische Sprache dem heutigen Sprachgefühl anzupassen. Denn der als verbindlich und authentisch von der kirchlichen Hierarchie festgelegte Wortlaut besitzt ein zähes Beharrungsvermögen. Meist sind die Exponenten dieser Sprachklerose subjektiv redliche und gutmeinende Menschen, aber sie sind inzwischen ideologisch fixiert und eingeschüchtert und wagen es nicht, nach neuen sprachlichen Ausdrucksformen des Glaubens und der sakramentalen Praxis zu suchen – aus lauter Angst, es könn-

ten ihnen dabei Wortschöpfungen oder Formulierungen unterlaufen, die zu Missverständnissen führen, oder sie könnten sich an den geheiligten altherwürdigen, aber reichlich verstaubten Traditionen versündigen.

Auch (ältere) Gläubige, die nachhaltig religiös sozialisiert wurden, möchten häufig das ihnen vertraute und wohlbekanntes Vokabular nicht aufgeben, mit dem sie aufgewachsen sind und das ihnen vielleicht sogar über lange Zeit hinweg große Glaubenschwierigkeiten bereitet hat.

So wird die religiöse Sondersprache gleichsam „von oben“ und „von unten“ gestützt. Aber das ist auf Dauer nicht ungefährlich. Wer Klischees anbietet, offeriert alles und nichts. Er setzt sich nicht der Gefahr der Rückfrage aus, er erzeugt auch keine Unruhe; denn niemand fühlt sich davon betroffen, weil er genau weiß, dass hier mit mehr oder weniger großem Wortaufwand im Grunde nichts gesagt wird. „Ein neuer Auftritt von Kirche muss sich auch im Sprechen ausdrücken. ...Denken wir die Kirche neu, sie hat eine passende Oberfläche zu ihrem lebenswerten Inhalt verdient.“<sup>41</sup>

## Nicht nur biblische Texte

Für die Lesungen bei der Eucharistiefeier werden Abschnitte aus der Bibel vorgelesen: zwei Texte aus dem Alten Testament bzw. statt des zweiten ein Text aus den neutestamentlichen Briefen, der Apostelgeschichte oder der Geheimen Offenbarung und eine Perikope aus den Evangelien. Alle sind angesiedelt in längst vergangenen Zeiten und in einem fremden Milieu. Gewiss, einige zeitlose, existentiell-ansprechende und kritisch-relevante sind darunter – wie die Lesungen aus den Propheten oder die Psalmen. Hier müsste insgesamt eine sorgfältigere Auswahl getroffen werden, die den Zeitbezug, die Situation der Eucharistiegemeinde und die Relevanz des Textes berücksichtigt. Es darf nicht der Eindruck entstehen, die Bibel spiele in einer anderen Welt, die uns heute nichts mehr angeht und nichts mehr zu sagen hat.

Während auf eine Lesung aus den Evangelien kaum zu verzichten ist, erscheint es mir durchaus angebracht, anstelle der ers-

<sup>39</sup> E. Flügge, *Der Jargon der Betroffenheit. Wie die Kirche an ihrer Sprache verreckt*, München 2016.

<sup>40</sup> <http://www.katholisch.de/aktuelles/aktuelle-artikel/verreckt-die-kirche-an-ihrer-sprache> (28.7.2016).

<sup>41</sup> E. Flügge, a.a.O., 157.

ten und zweiten Lesung gelegentlich auf andere, profane, zeitgenössische Texte zurückzugreifen. Hier bieten sich Abschnitte aus Büchern von Literaten an, die mit dem Text des Evangeliums im Zusammenhang stehen. Zu denken wäre auch an ein Gedicht, an Lyrik, an einen Zeitungs- oder Zeitschriftenartikel. Auch das Bild eines Künstlers, ein eindrucksvolles Foto, eine Skulptur, irgendein profaner Gegenstand könnten vorgestellt und in Bezug zur Botschaft Jesu gebracht werden.

So könnte deutlich werden: unsere Zeit mit ihren speziellen Problemen und Fragestellungen kommt ansatzweise schon in der Schrift vor. Es führt eine Brücke vom Damals ins Heute. Das Evangelium geht uns auch hier und heute an. Es hat uns, es hat mir höchstpersönlich etwas zu sagen.

## Predigt

Das II. Vatikanum hat der Predigt innerhalb der Eucharistiefeyer (= Homilie) einen besonderen Platz eingeräumt. Sie „wird als Teil der Liturgie selbst sehr empfohlen.“ An Sonn- und Feiertagen soll und darf sie deshalb nicht ausfallen, es sei denn, es liege ein schwerwiegender Grund vor.<sup>42</sup>

*Papst Franziskus* hat sich in seinem Apostolischen Schreiben „*Evangelii gaudium*“ (EG) auch zur Predigt geäußert.<sup>43</sup> Da ist zu lesen: „Die Homilie ist der Prüfstein, um die Nähe und die Kontaktfähigkeit eines Hirten zu seinem Volk zu beurteilen. ... Wer predigt, muss das Herz seiner Gemeinde kennen, um zu suchen, wo die Sehnsucht nach Gott lebendig und brennend ist und auch wo dieser ursprünglich liebevolle Dialog erstickt worden ist oder keine Frucht bringen konnte.“ (EG 135. 137) Die Predigt dürfe „keine Unterhaltungs-Show“ sein, sie soll „kurz sein“ und „vermeiden, wie ein Vortrag oder eine Vorlesung zu erscheinen“ (EG 138). Gleichzeitig empfahl der Papst, sich gut vorzubereiten, auf menschliche Erfahrungen einzugehen („Kommentare zur Wirklichkeit“: EG 155) und nicht abstrakt dahin zu dozieren: „Der Prediger muss auch ein Ohr beim Volk ha-

ben, um herauszufinden, was für die Gläubigen zu hören notwendig ist.“ (EG 154)

Von einer Reservierung der Homilie für die Amtsträger ist beim Konzil nicht die Rede. Erst von *Papst Johannes Paul II.* wurde verfügt, dass die Homilie den „geweihten Amtsträgern“ (= Priestern und Diakonen) vorbehalten bleiben müsse.<sup>44</sup> Die Aussage des Konzils, die Homilie sei ein „Teil der Liturgie“, muss zur Begründung herhalten, „Laien“ von der Predigt innerhalb der Eucharistie auszuschließen. Diese Argumentation des Papstes – nicht des Konzils! – übernimmt das vom gleichen Papst 1983 in Kraft gesetzte kirchliche Recht im Can. 767 § 1: „Unter den Formen der Predigt ragt die Homilie hervor, die Teil der Liturgie selbst ist und dem Priester oder dem Diakon vorbehalten wird; in ihr sind das Kirchenjahr hindurch aus dem heiligen Text die Glaubensgeheimnisse und die Normen für das christliche Leben darzulegen.“ Nur zwei mutige Schweizer Bischöfe (von Basel und St. Gallen) lassen sich nicht irritieren und erlauben „Laien“-Predigten (beispielsweise durch theologisch ausgebildete „Laien“, die im kirchlichen Dienst stehen). Und Rom lässt sie gewähren.

Der Liturgiewissenschaftler *Liborius Luma* gibt zu bedenken: „Die Homilie dient der Weitergabe des Wortes Gottes, nicht der Demonstration des ordinierten Amtes. Es gibt schon jetzt Sonderfälle, in denen Laien am Predigtendienst mitwirken können (z.B. ‚Kinderkatechese‘ durch Katechetinnen und Katecheten; Dialogpredigt als ‚Glaubensgespräch‘ in Eucharistiefeyern von kleinen Gruppen; persönliches Glaubenszeugnis in Ergänzung zur eigentlichen Homilie; Glaubenszeugnis oder Unterweisung außerhalb der Eucharistiefeyer oder nach dem Schlussgebet; Statio zu Beginn der Eucharistiefeyer). Demnach kann der Predigtendienst durch Laien nicht so verwerflich sein, wie es die rechtlichen Regelungen zunächst nahelegen, zumal eine Unterscheidung zwischen einem ‚persönlichen Glaubenszeugnis‘ und einer Homilie ohnehin nicht genau durchgeführt werden kann. Auch die Bischöfe und Presbyter sind zunächst Glaubende und ‚Hörer des Wortes‘ (Röm 10,17). Dies muss – zumindest

<sup>42</sup> II. Vatikanum, SC Nr. 52.

<sup>43</sup> *Evangelii gaudium* (24.11.2013); [https://w2.vatican.va/content/francesco/de/apost\\_exhortations/documents/papa-francesco\\_esortazione-ap\\_20131124\\_evangelii-gaudium.html](https://w2.vatican.va/content/francesco/de/apost_exhortations/documents/papa-francesco_esortazione-ap_20131124_evangelii-gaudium.html) (29.7.2016).

<sup>44</sup> *Catechesi Tradendae* Nr. 48; [http://w2.vatican.va/content/john-paul-ii/de/apost\\_exhortations/documents/hf\\_jp-ii\\_exh\\_16101979\\_catechesi-tradendae.html](http://w2.vatican.va/content/john-paul-ii/de/apost_exhortations/documents/hf_jp-ii_exh_16101979_catechesi-tradendae.html) (Zugriff 19.7.2016).

gelegentlich – auch in der Eucharistiefeyer als zentralem Selbstvollzug der Kirche sichtbar werden. ... Die Kirche sollte dankbar dafür sein, wenn andere geeignete Personen die Presbyter und Diakone in ihrem aufwändigen Verkündigungsdienst unterstützen können. Wenn Diakone predigen dürfen, obwohl sie nicht Vorsteher der Eucharistie sind und durch ihr Amt nicht Christus als Haupt der Kirche repräsentieren, dann ist der Ausschluss anderer geeigneter Personen vom Predigtamt nicht zu begründen (zumal Pastoralassistentinnen und Pastoralassistenten in der Regel eine umfassendere theologische und homiletische Ausbildung haben als die Diakone). Wenn nur Bischöfe, Presbyter und Diakone die Homilie halten, dann steht diese immer unter dem Blickwinkel von Männern, und zwar meistens ehelos lebenden Männern. Diese existenziell verengte Perspektive schadet der Vielfalt der Zugänge zum Wort Gottes und dessen Übersetzung in das konkrete Leben. Es ist absurd, dass ein Presbyter sich bei seiner Homilie einer publizierten Predigtvorlage eines ‚Laien‘ bedienen kann, dieser ‚Laie‘ dieselbe Homilie aber nicht vortragen darf. Es ist auch niemandem zu vermitteln, dass die Kirche ‚Laien‘ – darunter Frauen wie *Teresa von Avila*, *Katharina von Siena* oder *Hildegard von Bingen* – in den Rang heiliger Kirchenlehrerinnen und Kirchenlehrer erhebt, diese Personen aber nach geltendem Recht keine Homilie halten dürften.“<sup>45</sup>

## Theologie

Allerdings werden alle hier vorgeschlagenen Reformen kaum den Abwärts-Trend stoppen, wenn nicht endlich auch eine grundlegende und einschneidende Änderung der gesamten theologischen Begriffssprache angepackt wird. *Papst Franziskus* scheint bereit und willens zu sein, diese höchst schwierige Arbeit, die auf erbitterten Widerstand traditionalistischer Kreise stoßen dürfte, in Angriff zu nehmen.

Dabei kann er sich auf das IV. Laterankonzil (1215) berufen, in dem feierlich erklärt wird: „Zwischen dem Schöpfer und dem Geschöpf kann man keine so große Ähnlichkeit feststellen, dass zwischen ihnen

keine noch größere Unähnlichkeit festzustellen wäre.“<sup>46</sup> Oder, anders ausgedrückt: Alle theologische Rede über Schöpfer und Geschöpf ist unvollkommen, bleibt vorläufig, steht unter dem Vorbehalt einer je größeren Unähnlichkeit. Sie kann daher von anderen, vielleicht ähnlicher und treffender erscheinenden, aber dennoch letztlich immer unähnlich und unzutreffend bleibenden Aussagen überholt werden. Es sind theologische Denkmodelle, Versuche der Annäherung an das Geheimnis „Gott“. Darum sind alle kirchlichen Glaubensaussagen nicht derart verbindlich, dass keine anderen sie ersetzen könnten, die ihren Sinn in einer bestimmten Situation treffender und verständlicher wiedergeben (z.B. bei einem veränderten gesellschaftlichen, kulturellen, philosophischen Milieu). Keine von Menschen formulierte Definition, kein historisch zustande gekommenes Dogma ist unüberholbar.

## „Gott“

Am problematischsten und auch ökumenisch höchst brisant ist ein Neu-Denken und Neu-Formulieren der Frage nach Gott. *Karl Rahner* sagte in seinem letzten berühmten Vortrag über die „Erfahrungen eines katholischen Theologen“ wenige Wochen vor seinem Tod: „Wir reden von Gott, von seiner Existenz, von seiner Persönlichkeit, von drei Personen in Gott, von seiner Freiheit, seinem uns verpflichtenden Willen und so fort. [...] Aber bei diesen Reden vergessen wir dann meistens, dass eine solche Zusage immer nur dann einigermaßen legitim von Gott ausgesagt werden kann, wenn wir sie gleichzeitig auch immer wieder zurücknehmen, die unheimliche Schwebelage zwischen Ja und Nein als den wahren und einzigen festen Punkt unseres Erkennens aushalten und so unsere Aussagen immer auch hineinfallen lassen in die schweigende Unbegreiflichkeit Gottes selber.“<sup>47</sup>

Wer oder was ist das eigentlich – Gott? An wen oder was denken die Menschen, wenn sie das Wort „Gott“ in den Mund nehmen? Welche Vorstellungen verbinden sie damit? Welches Bild von Gott machen sich die Pre-

<sup>45</sup> Vgl. L. Lumma, Laienpredigt – ein Überblick über die Argumente pro und contra; <https://www.uibk.ac.at/theol/leseraum/texte/979.html> (19.7.2016).

<sup>46</sup> IV. Laterankonzil (1215), DH 806.

<sup>47</sup> K. Rahner, Von der Unbegreiflichkeit Gottes. Erfahrungen eines katholischen Theologen, Freiburg 2004, 27.

diger, wenn sie – häufig allzu selbstverständlich und problemlos – lange Reden und Predigten zu diesem Thema halten? Wenn sie den Eindruck erwecken, als sei Gott für sie die natürlichste und für jedermann unmittelbar einleuchtende Sache der Welt?

### Christologie

Ähnliches gilt für die Rede von Jesus als dem „Sohn Gottes“. Ein Jesus, der von aller Erdschwere in himmlische Sphären entrückt ist, hat den Menschen „hier unten im irdischen Jammertal“ nicht viel zu sagen. Sein Anspruch ist nicht mehr vernehmbar. Der riesige Abstand verdünnt seine Einflussnahme. Die Vergöttlichung Jesu ist eine theologisch vornehme, scheinbar von tiefer Religiosität getragene Möglichkeit, „einen historisch lästigen Menschen und Spielverderber und eine gefährliche Erinnerung an eine provozierende, lebendige Prophetie aus unserer Geschichte zu beseitigen – eine Art, Jesus als Propheten Schweigen aufzuerlegen.“<sup>48</sup> Oder wenn man es ganz scharf formulieren will: „Jesus ist nicht nur am Kreuz, er ist auch – zum zweiten Mal – im christologischen Dogma gestorben.“<sup>49</sup>

### Weitere Themen

Einige weitere theologische Themen, die einer Neuformulierung dringend bedürfen, seien hier nur noch kurz genannt: Trinitätstheologie, Sakramententheologie (insbesondere Ehe und kirchliches Amt), Eschatologie, Schöpfungstheologie.

### Einige Grundsätze für die Reform

Gefragt ist eine Theologie

- die nicht in besserwisserischer Manier Antworten auf Fragen gibt, die gar nicht gestellt werden, sondern unvoreingenommen und neugierig die großen Fragen und die ungelösten Probleme der Zeit aufgreift und im Dialog mit Profanwissenschaften und Betroffenen nach akzeptablen Antworten sucht,
- die auf der „Höhe der Zeit“ steht und die mit-, voraus- und nachdenkend das pro-

fane, Forschen und Denken zu nüchterner Selbsteinschätzung und zur Selbstkritik aufruft,

- die sich selbst mutig und offen der fundierten Kritik und dem berechtigten Zweifel stellt,
- die sich nicht an archaische Gottesvorstellungen und antiquierte theologische Sprachmuster klammert, sondern sich darum bemüht, ihre Glaubensinhalte in heutige Denk- und Erfahrungshorizonte zu übertragen und in einer für alle verständliche Sprache zu formulieren,
- die ihre Aussagen über Gott, die Schöpfung im allgemeinen und den Menschen im Besonderen so formuliert, dass sie mit den Profanwissenschaften nicht in unüberbrückbarer Spannung stehen,
- die Menschen dazu ermutigt, nach Spuren des Göttlichen in der gesamten uns umgebenden Natur, in den großen und kleinen Dingen des Alltags zu suchen.<sup>50</sup>

Für die Zukunft wird es darauf ankommen, neue und überzeugende Antworten auf die fortschreitende Säkularisierung zu finden, die nicht nur als Bedeutungsverlust und Glaubensverlust, sondern als eine tiefgreifende Umgestaltung der Glaubensformen und -formeln zu deuten ist. Sonst wird sich der Exodus aus den Kirchen weiter fortsetzen.

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## 25 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag

Am 17. Juni 1991 unterzeichneten in Bonn der polnische Premier Jan Bielecki und Bundeskanzler Helmut Kohl sowie die Außenminister beider Länder, Hans-Dietrich Genscher und Krzysztof Skubiszewski,

<sup>48</sup> E. Schillebeeckx, Jesus. Die Geschichte von einem Lebenden, Freiburg/Basel/Wien <sup>5</sup>1975, 596.

<sup>49</sup> F. Stier, An der Wurzel der Berge, Freiburg/Basel/Wien 1984, 207.

<sup>50</sup> Vgl. N. Scholl, Glauben im Zweifel. Der moderne Mensch und Gott, Darmstadt 2016, 203.

den deutsch-polnischen Vertrag über „gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“. Die insgesamt 38 Artikel umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen, die auf der Basis von Konsultation und Kooperation geregelt werden sollen beider Völker anzuknüpfen. Dabei stellen sie die bilateralen Beziehungen betont in einen übergreifenden europäischen Rahmen und erteilen damit im Grunde allen nationalen Alleingängen und nationalistischen Bestrebungen, die in der Vergangenheit das beiderseitige Verhältnis so tragisch belastet haben, eine Absage.

### Der Vertrag – eine Frucht des europäischen Umbruchs

Der deutsch-polnische Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag ist eine Konsequenz des europäischen Umbruchs, der 1989 in Polen seinen Ausgang nahm. Mit dem Ende des kommunistischen Systems und dem Übergang zu einem demokratischen Rechtsstaat unter der vom einstigen Dissidenten Tadeusz Mazowiecki angeführten Regierung verband sich die Hoffnung auf eine Neuordnung der deutsch-polnischen Beziehungen sowie die Aussicht auf eine „Rückkehr nach Europa“, um so die Jahrzehnte lange Hegemonie der Sowjetunion zu beenden.

Auch auf deutscher Seite verlangten die Ereignisse der Jahre 1989/90 eine Neuregelung des Verhältnisses zu Polen. Nach dem von den Bürgern erzwungenen Ende der SED-Herrschaft und dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich der Bundesrepublik erforderten die deutsch-polnischen Beziehungen eine neue Rechtsgrundlage. Der von Bundeskanzler Willy Brandt und Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz am 7. Dezember 1970 unterzeichnete Vertrag „über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen“ war zwar im Rahmen der damaligen Entspannungspolitik von hoher Bedeutung und entsprach mit der Anerkennung der polnischen Westgrenze (Art. I) sowie aufgrund der Perspektive einer engeren Zusammenarbeit, zumal auf wirtschaftlichem Gebiet, polnischem Interesse. Aber er ließ wegen des unüberbrückbaren Systemgegensatzes wenig Raum, die gegenseitigen Beziehungen im Sinne freundschaftlicher Nachbarschaft

und die Grundlage für eine Fülle von Einzelverträgen bilden.

In der Präambel bekunden beide Seiten, „die leidvollen Kapitel der Vergangenheit abzuschließen“ und an die „guten Traditionen“ im geschichtlichen Zusammenleben

weiter auszubauen. Zudem stand der Vertrag nach Rechtsauffassung der Bundesregierung unter dem Vorbehalt einer künftigen Friedensregelung für Gesamtdeutschland, was konkret bedeutete, dass nach vollzogener Wiedervereinigung mit Polen ein seine Westgrenze völkerrechtlich sichernder Grenzvertrag abgeschlossen werden musste. Diese vertragliche Grenzbestätigung nach vollzogener deutscher Einheit erfolgte am 14. November 1990, und erst sie machte den Weg frei für den Vertrag über „gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“.

### Politische Verständigung basiert auf Versöhnung

Eine wesentliche Grundlage des Vertrages bildet – wie die Präambel anmerkt – der Wunsch unserer „beiden Völker nach Versöhnung und Verständigung“. Er fand bereits seinen Ausdruck im Kontext des Warschauer Vertrages von 1970 durch den Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Warschauer Ghettodenkmal. Diese Demutsgeste bildet gleichsam die politische Antwort auf den Versöhnungsbrief der polnischen Bischöfe von 1965 sowie eine notwendige Ergänzung zur damaligen Entgegnung der deutschen Bischöfe. Denn mit seinem Kniefall hat Willy Brandt deutlich gemacht, dass eingedenk der belasteten deutsch-polnischen Vergangenheit eine politische Verständigung der moralischen Grundlage einer Versöhnung bedarf, um auf Dauer Bestand zu haben. Dieser unlösliche Zusammenhang zwischen Versöhnung und Verständigung fand am 12. November 1989 zeitgleich zum Fall der Berliner Mauer während der Kreisauer Versöhnungsmesse im Austausch des liturgischen Friedenswunsches zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Premier Tadeusz Mazowiecki seine Bekräftigung. Auch in den Folgejahren fehlte es nicht an symbolischen Gesten guter Nachbarschaft durch ranghohe Politiker beider Seiten. Der Symbolwert solcher Gesten kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Sie verpflichten

ten allerdings zu einer entsprechenden Politik wechselseitiger Verständigung und Interessenwahrung, zu welcher der Partnerschaftsvertrag die Grundlage bildet.

## Die Lösung der Minderheitenfrage

Die politische Führung im kommunistischen Polen hatte konsequent die Existenz einer deutschen Minderheit geleugnet und die sich deutsch fühlenden Oberschlesier einem starken Polonisierungsdruck ausgesetzt. Es versteht sich daher, dass die Minderheitenfrage in den Verhandlungen über den Nachbarschaftsvertrag von 1991 eine besondere Rolle spielte. Ihr Gewicht lässt sich daran ermessen, dass sie im Vertrag mit den umfangreichen und sehr detaillierten Artikeln 20-22 den weitaus größten Raum einnimmt. Während die polnische Seite die lange geleugnete Existenz einer deutschen Minderheit nunmehr anerkannte und ihr die ihr zukommenden Rechte garantierte, verpflichtete sich die deutsche Seite, „Personen deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen“, die gleichen Rechte zu gewähren, wie sie der Vertrag der deutschen Minderheit garantiert. In einem dem Vertrag beigegebenen Briefwechsel erklärte die polnische Seite allerdings einschränkend, dass sie „derzeit keine Möglichkeit (sieht)“, der deutschen Minderheit die „Zulassung offizieller topographischer Bezeichnungen [...] in deutscher Sprache“ zu ermöglichen.

Trotz der umfangreichen Rechtsgarantien zeigten sich weder die in der Bundesrepublik lebenden Polen noch die deutsche Minderheit in Polen mit den vertraglichen Vereinbarungen voll zufrieden. Die polnische Seite bemängelt bis heute, dass ihr der rechtliche Status einer Minderheit versagt wurde, der ihr nach Auffassung der Bundesrepublik nicht zukommt, weil es sich bei den in Deutschland lebenden Polen nicht wie bei den Oberschlesiern um eine autochthone Gruppe in einem traditionellen Siedlungsgebiet handle. Bislang scheiterte die polnische, auch im Zusammenhang mit dem diesjährigen Jubiläum erneut erhobene Forderung, den in der Bundesrepublik lebenden, weit über eine Million zählenden Polen den Minderheitenstatus zukommen zu lassen.

Die deutsche Minderheit hielt sich ihrerseits nicht an die im Briefwechsel festgelegte Einschränkung. So tauchten bald in einigen mehrheitlich von Deutschen bewohnten Orten in Oberschlesien bislang versteckte Denkmäler wieder auf, und neben den polnischen Ortsbezeichnungen wurden deutsche Namensschilder angebracht. Diese Eigenmächtigkeit führte zeitweise zu lokalen Spannungen, deutschfeindlichen Attacken in der Presse und einer politischen Verstimmung auf Regierungsebene. Dass sich die Situation letztlich beruhigte, ist vor allem dem Opperlener Bischof Alfons Nossol zu verdanken. Selbst zweisprachig und bereits zur kommunistischen Zeit ein Förderer der deutschen Minderheit, verstand er es mit seiner persönlichen Autorität und pastoralen Klugheit, die Gemüter zu beruhigen und ein relativ konfliktfreies Zusammenleben der unterschiedlichen ethnischen Gruppen in seinem Bistum sicherzustellen. Neben zahlreichen anderen Ehrungen wurde ihm 2010 in Würdigung seiner Verdienste um die deutsch-polnische Versöhnung sowie für die in Europa beispielhafte Integration von Minderheiten der Deutsche Nationalpreis verliehen.

## Die Wiederentdeckung des deutschen Kulturerbes in seiner Bedeutung für Versöhnung und Identität

Artikel 28.1 des Partnerschaftsvertrages enthält die Verpflichtung, „bei der Erhaltung und Pflege des europäischen Kulturerbes“ zusammenzuarbeiten und „sich für die Denkmalpflege“ einzusetzen. Die Bedeutung dieser Absprache kann man nur ermessen, wenn man sich die Situation in den 1945 von den Deutschen durch Flucht und Zwangsausweisung verlassenen Gebieten, den Zustrom der aus ihrer Heimat vertriebenen Ostpolen sowie die Integrationspolitik des kommunistischen Regimes vor Augen hält. Die Ankömmlinge aus dem Osten kamen in ein ihnen fremdes Land. Sie taten sich schwer, Wurzeln zu schlagen. Die Politik der „Wiedergewonnenen Gebiete“ negierte die Jahrhunderte deutscher Besiedlung und Kultur. Nicht nur die Namen der Ortschaften wurden polnisch, auch das, was an kulturellen Gütern vorhanden war, wurde entweder im Sinne einer Polonisierung umgedeutet, dem Verfall preisgegeben oder schlicht beseitigt. Damit

war die polnische Bevölkerung in den ehemals deutschen Gebieten dazu verurteilt, in einem gleichsam geschichtslosen Raum zu leben. Unter diesen Voraussetzungen konnte sich schwerlich ein Gefühl von Heimat und regionaler Identität herausbilden.

Mit dem Epochenjahr 1989 änderte sich diese Situation grundlegend. Der neue demokratische, sich Europa öffnende polnische Staat setzte der Geschichtsfälschung vergangener Jahrzehnte ein Ende. Damit begann in den ehemals deutschen Gebieten ein Prozess der Wiederentdeckung des deutschen Kulturerbes.<sup>1</sup> Er erleichterte den jetzigen polnischen Bewohnern die heimatische Verwurzelung, prägte entscheidend ihre lokale und regionale Identität und begünstigte zugleich die Versöhnung der deutschen Vertriebenen mit dem Schicksal ihres Heimatverlustes. Sie konnten ihre einstige Heimat nach Jahrzehnten wieder aufsuchen und sich für die Rettung vom Verfall bedrohter Kulturgüter einsetzen. An die Stelle der Geschichtsvergessenheit in der kommunistischen Nachkriegszeit trat eine regionale Gedächtniskultur, die als eine neue niederschlesische Identität der jetzigen polnischen Bevölkerung gelten kann.

### Deutsch-polnische Interessengemeinschaft im europäischen Kontext

Erstmals sprach, noch vor Abschluss des Vertrages, der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski am 22. Februar 1990 auf dem deutsch-polnischen Forum von einer „deutsch-polnischen Interessengemeinschaft“. Die Bedeutung dieser Aussage lässt sich nur ermessen, wenn man sie auf dem Hintergrund eines dreihundertjährigen deutsch-polnischen Antagonismus betrachtet. Dieser nahm seinen Anfang mit der Zeit der polnischen Teilungen, an denen bekanntlich Preußen beteiligt war, setzte sich fort über den Revisionismus der Weimarer Republik mit ihrer politischen Ausrichtung auf die Rückgewinnung der aufgrund des Versailler Vertrages verlorenen Ostgebiete, verstärkte sich extrem

durch den für Polen verheerenden Zweiten Weltkrieg, bestimmte die Nachkriegszeit aufgrund der Weigerung der Bundesrepublik, die Oder-Neiße-Grenze völkerrechtlich anzuerkennen, und fand erst mit dem Grenz- und Nachbarschaftsvertrag sein Ende. Dabei ist zu bedenken, dass die deutsch-polnische Interessengemeinschaft gemäß des Partnerschaftsvertrages in einem europäischen Zusammenhang zu sehen ist. Ihre Europäisierung ist die unverzichtbare Sicherung vor einem Rückfall in den mühsam überwundenen Antagonismus. Nicht umsonst betonen daher in der Präambel die Vertragspartner die Bedeutung, welche „die politische und wirtschaftliche Heranführung der Republik Polen an die Europäische Gemeinschaft für die künftigen Beziehungen der beiden Staaten“ hat. Der Vertrag belässt es nicht bei diesen Absichtserklärungen. In Art. 8 verpflichtet sich die Bundesrepublik, Polen auf dem Weg in die Europäische Gemeinschaft „im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Kräften“ zu fördern (Art. 8, 2). Und den Artikel abschließend heißt es: „Die Bundesrepublik steht positiv zur Perspektive eines Beitritts der Republik Polen zur Europäischen Gemeinschaft, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind“ (Art. 8, 3). Die Bundesregierung ist in all den Jahren im polnischen wie im eigenen Interesse ihrer aus dem Vertrag resultierenden Verpflichtung nachgekommen und hat sich als entschiedene Befürworterin der Aufnahme Polens in die europäischen Institutionen erwiesen. Am 1. Mai 2004 war mit der Aufnahme Polens in die Europäische Gemeinschaft dieses wesentliche Ziel deutsch-polnischer Interessengemeinschaft erreicht.

### Streit um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ und die „Preußische Treuhand“

Die deutsch-polnische Interessengemeinschaft ist ein Schatz von hohem Wert, der stets gefährdet ist und den es daher zu hüten und zu pflegen gilt. Das ist in den vergangenen 25 Jahren nicht immer gelungen. Während für das erste Jahrzehnt des Vertrages über „gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ eine uneingeschränkt positive Bilanz gezogen werden kann, zeigten sich mit Beginn des neuen Jahrtausends Unstimmigkeiten in

<sup>1</sup> Vgl. die umfassende Untersuchung des von Zbigniew Mazur herausgegebenen Sammelbandes „Das deutsche Kulturerbe in den polnischen West- und Nordgebieten“, Wiesbaden 2003, S. 296.

den deutsch-polnischen Beziehungen, welche die Interessengemeinschaft in Frage stellten und den Partnerschaftsvertrag einer Belastungsprobe aussetzten. Beide Seiten hatten es versäumt, sich neue gemeinsame Ziele zu setzen, nachdem sich die Dynamik der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft mit der EU-Aufnahme Polens weitgehend erschöpft hatte. Zudem wurde das dem Vertrag zugrunde liegende Prinzip von Konsultation und Kooperation in seiner Bedeutung präventiver Konfliktbewältigung nicht ausreichend beachtet.

Die in den 1990er Jahren von deutschen und polnischen Staatsmännern gemeinsam gepflegte Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg hätte es nahe gelegt, sich über die Art und Weise eines Gedenkens an das Leid der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen zu verständigen. Dies ist leider nicht geschehen. So kam es, nachdem Anfang 2000 die Initiative des Bundes der Vertriebenen (BdV) zur Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ bekannt wurde, zu einem sich über Jahre hinziehenden Konflikt. Nicht nur wenig deutschfreundlich eingestellte polnische Politiker und Journalisten empörten sich, auch höchst angesehene Freunde Deutschlands, wie etwa Władysław Bartoszewski, übten scharfe Kritik, und dies aus einer tiefen Sorge, die deutsch-polnische Versöhnung könne als Teil ihres Lebenswerkes Schaden nehmen, falls alte Wunden wieder aufbrechen.

Die polnische Seite sah in der BdV-Initiative eine geschichtspolitische Instrumentalisierung. Sie diene – so die Vermutung – nicht nur dazu, den Leiden der Flüchtlinge und Vertriebenen durch die Errichtung eines „Zentrums“ Respekt zu zollen, sondern solle für die Forderung nach Entschädigung und Eigentumsrückgabe in Anspruch genommen werden. Dass diese Sorge berechtigt war, sollte sich zeigen, als auf Initiative der Landsmannschaft Ostpreußen eine „Preußische Treuhand“ gegründet wurde. Ihre Initiatoren beriefen sich ausgerechnet auf den deutsch-polnischen Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag, zu dem beide Seiten in dem beigefügten Briefwechsel erklärt hatten, dass sich der Vertrag „nicht mit Vermögensfragen“ befasst. Die Preußische Treuhand interpretierte dies dahingehend, die Vermögensfragen seien demnach offen und bedürften –

natürlich im Sinne der Ansprüche der Vertriebenen – einer abschließenden Klärung. Obgleich die von Gerhard Schröder wie auch die von Angela Merkel geführte Bundesregierung unmissverständlich gegenüber Polen erklärt hatte, die Initiative der Preußischen Treuhand nicht zu unterstützen, sich selbst einige Vertriebenenorganisationen von ihr distanzieren und Rechtsexperten sie als chancenlos einstufen, löste sie doch in unserem Nachbarland scharfe, ja empörte Reaktionen aus. Als die Preußische Treuhand ihre Absicht bekundete, die Vertriebenenansprüche vor dem Straßburger Gerichtshof für Menschenrechte einzuklagen, verabschiedete der polnische Sejm am 10. September 2004 nach einer äußerst emotional geführten Debatte fast einstimmig eine Resolution, in der die damals von einem postkommunistischen Linksbündnis angeführte Regierung aufgefordert wurde, mit der Bundesregierung über eine Entschädigung für die im Zweiten Weltkrieg erlittenen materiellen Schäden zu verhandeln. Dem stand zwar der am 23. August 1953 seitens der polnischen Regierung ausgesprochene Verzicht auf Reparationen entgegen, doch Jarosław Kaczyński, Chef der national-konservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit (PiS), argumentierte, der damalige Beschluss sei nicht rechtskräftig, weil er nicht von einer souveränen Regierung getroffen, sondern auf Druck der Sowjetunion zustande gekommen sei. Zwillingbruder Lech, zu der Zeit Warschauer Stadtpräsident, ließ schon einmal vorsorglich die Warschau betreffende Schadenssumme errechnen. Derlei Forderungen wurden durch eine vom national-konservativen Lager ins Leben gerufene „Polnische Treuhand“ propagandistisch unterstützt, die sich sogar für eine Neuverhandlung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages aussprach. Die Gemüter beruhigten sich wieder, als der Europäische Gerichtshof am 7. Oktober 2008 die von der Ostpreußischen Landsmannschaft eingereichte Klage abwies.

Es hat auch nicht an Versuchen gefehlt, den Streit um das vom BdV geplante „Zentrum“ beizulegen. So beschloss die von Angela Merkel geführte schwarz-rote Koalitionsregierung 2005, mit der Schaffung eines, die polnischen Bedenken berücksichtigenden „Sichtbaren Zeichens“ die Initiative des BdV ihrerseits aufzugreifen. Es dauerte

jedoch bis 2008, ehe mit dem Regierungsantritt von Donald Tusk und seiner liberal-konservativen „Bürgerplattform (PO) die polnische Regierung ihren Widerstand gegen das Projekt aufgab. Dass damit allerdings nicht sämtliche Schwierigkeiten ausgeräumt sind, zeigen anhaltende Konflikte innerhalb der zur Umsetzung des Regierungsbeschlusses inzwischen gegründeten unabhängigen Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Kontroverse Positionen im wissenschaftlichen Beirat führten beispielsweise dazu, dass namhafte tschechische und polnische Historiker aus dem Gremium ausschieden.

In Polen wurde diese Entwicklung als Wandel deutscher Gedächtniskultur von einem Täter- zu einem Opferbewusstsein wahrgenommen, zumal über fünfzig Jahre nach Kriegsende mit einem Male die Erinnerung an die Opfer alliierter Luftangriffe sowie an die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten gleichsam explosionsartig ausbrach und in zahlreichen Fernsehdokumentationen, Buchveröffentlichungen und Zeitschriftenbeiträgen ihren Niederschlag fand.

### Eine Phase politischer Abkühlung

Die dargelegten Belastungen in den deutsch-polnischen Beziehungen trugen das Ihre dazu bei, dass sich in Polen eine wenig deutschfreundliche Stimmung verbreitete und im Herbst 2005 die diese Stimmung befördernde national-konservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) als Siegerin aus den Parlamentswahlen hervorging. Erschwerend kam noch hinzu, dass sich fast zeitgleich mit den Wahlen Bundeskanzler Gerhard Schröder und der russische Präsident Wladyslaw Putin über den Bau einer Ostsee-pipeline verständigten, ohne dass dieses Projekt mit Polen abgesprochen worden wäre. Nicht allein die politische Rechte sah in diesem Vorgehen eine mit einer ehrlichen Partnerschaft und mit dem Geist des Vertrages von 1991 unvereinbare Geringschätzung Polens und seiner Interessen. Die zwischen Deutschland und Russland vereinbarte, Polen umgehende Gaszufuhr weckte denn auch die im polnischen kollektiven Bewusstsein tief verankerte Angst vor einer deutsch-russischen Verständigung auf Kosten Polens. So wurde dieser Ostsee-pipeline-Vertrag mit dem 1939 kurz vor dem Überfall auf Polen

abgeschlossenen Hitler-Stalin-Pakt verglichen.

Von einer deutsch-polnischen Interessengemeinschaft konnte jedenfalls mit Übernahme der Regierungsverantwortung durch „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) keine Rede sein. Die neue Regierung maß denn auch dem deutsch-polnischen Verhältnis eine nur geringe Bedeutung bei. Die durch den Nachbarschaftsvertrag begründete deutsch-polnische Interessengemeinschaft sei in Wahrheit eine Preisgabe polnischer Interessen. Jarosław Kaczyński charakterisierte sogar die Deutschlandpolitik seiner Vorgängerregierungen – und dies in einem ausgesprochen negativen Sinn – als „Versöhnungspolitik“ und rührte damit an das Fundament des Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrages.

Während auf der diplomatischen Ebene die deutsch-polnischen Beziehungen stagnierten, trugen die Medien beiderseits der Oder das Ihre zu einer deutsch-polnischen Eiszeit bei. Die deutsche Regierung war in dieser Phase bemüht, kein Öl ins Feuer zu gießen. Sie hoffte auf bessere Zeiten, die denn auch nach den vorgezogenen Wahlen vom Oktober 2007 mit dem Sieg der liberal-konservativen „Bürgerplattform“ (PO) und dem Regierungsantritt von Donald Tusk anbrach, der im Wahljahr 2005 von den Kaczyński-Brüdern wegen seiner Deutschfreundlichkeit scharf attackiert worden und im Kampf um das Präsidentenamt Lech Kaczyński unterlegen war.

Donald Tusk wusste sich der von Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki vorgezeichneten Linie einer Politik auf der Basis der Versöhnung verpflichtet, die indes bestehende Probleme nicht ausspart, aber bemüht ist, sie einvernehmlich zu lösen. So waren denn auch die deutsch-polnischen Beziehungen während der zwei Wahlperioden (2007 – 2015), in denen die „Bürgerplattform“ (PO) in Koalition mit der Bauernpartei (PSL) Polen regierte, gemäß des Vertrages von „guter Nachbarschaft und freundschaftlicher Zusammenarbeit“ bestimmt.

### Ein Ende der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft?

Ausgerechnet im Jubiläumsjahr des 25jährigen Bestehens des Nachbarschaftsvertrages stellt sich die Frage, ob mit der

seit Herbst 2015 nach einem Jahrzehnt erneut und diesmal allein regierenden Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) die durch den Vertrag begründete deutsch-polnische Interessengemeinschaft ihr Ende gefunden hat. Offiziell aufgekündigt wurde sie zwar nicht. Die Staatsbesuche aus diesem Anlass – Andrzej Duda in Schloss Bellevue, Joachim Gauck in Warschau sowie Beata Szydło bei Angela Merkel in Berlin – vermittelten sogar den Anschein von Normalität. Man sprach sich für eine weitere enge Zusammenarbeit aus und betonte ihre Wichtigkeit als Fundament der Europäischen Union. In einem Interview zog zudem der polnische Außenminister Witold Waszczykowski eine durchaus positive Bilanz des Nachbarschaftsvertrages: So habe dieser „dazu beigetragen, dass Polen sich in den europäischen Strukturen fest verankern konnte.“ Er hob das Verdienst der Bundesrepublik hervor, Polen auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft „in der Praxis unterstützt“ zu haben. Gefragt nach den Defiziten in den beiderseitigen Beziehungen begnügte sich der Außenminister mit der immer wieder erhobenen Forderung nach einem Minderheitenstatus der in der Bundesrepublik lebenden Polen sowie nach Rückerstattung von Kulturgütern, die während des Zweiten Weltkriegs von Deutschen geraubt wurden, deren Ermittlung sich jedoch als äußerst schwierig darstellt. Auffällig ist allerdings, dass Waszczykowski auf die direkte Frage, ob „man noch, wie 1991, von einer deutsch-polnischen Werte- und Interessengemeinschaft sprechen“ könne, die Antwort schuldig blieb. Er verwies lediglich auf die in der Tat engen Wirtschaftsbeziehungen und die Partnerschaft in der NATO. Den Begriff „Interessengemeinschaft“ benutzte er indes bewusst nicht.<sup>2</sup>

Derlei Feststellungen reichen jedoch nicht aus, um von einem möglichen Ende deutsch-polnischer Interessengemeinschaft zu sprechen. Dazu ist eine Analyse der politischen Konzeption der PiS-Regierung erforderlich, die ihrem innen- wie außenpolitischen Handeln zugrunde liegt.

Mit ihrer Regierungsübernahme setzte die Kaczyński-Partei neue, sich von der Vor-

gängerregierung deutlich abhebende Prioritäten. So äußerte sich Jarosław Kaczyński, der, ohne ein Regierungsamt zu bekleiden, die Geschicke Polens bestimmt, kurz nach der gewonnenen Parlamentswahl, er sehe innerhalb der EU nicht in Deutschland, sondern in Großbritannien Polens engsten Partner. Die Art und Weise, wie die britische Regierung gegenüber der Europäischen Kommission ihre Interessen vertrete, sei vorbildlich für Polen. Doch zu einem „Polexit“ will es Kaczyński, wie er nach dem „Brexit“ erklärte, nicht kommen lassen. Nicht ein Austritt aus der EU ist sein Ziel, sondern ihre Reform in Richtung auf eine Union der Vaterländer unter weitgehender Wahrung der eigenen Souveränität, also eine Konzeption, die anstelle einer fortschreitenden Integration der Mitgliedstaaten auf eine Desintegration der Europäischen Union hinausläuft. Auf diesem Hintergrund ist der gegenwärtige Konflikt der polnischen Regierung mit der Europäischen Kommission zu verstehen. So beschreitet sie gegen alle Einwände und Warnungen der Europäischen Kommission unter Verletzung der für eine Zugehörigkeit zur EU unbedingt erforderlichen Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien konsequent den Weg zu einer „souveränen Demokratie“<sup>3</sup> und verabschiedet unter Missachtung der Rechte der Opposition die dazu dienlichen Gesetze.

Der Politologe Aleksander Smolar kommt in seiner Analyse des politischen Konzepts von Kaczyński zu dem Schluss, dass sich dieses „an den geopolitischen Traditionen des 19. Jahrhunderts und der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen“ orientiere. Es ist jene geschichtliche Epoche der folgenschweren, zu zwei verheerenden Kriegen führenden Kämpfe zwischen den Nationalstaaten, in denen „die Großen die Kleinen dominieren wollen und die Kleinen Koalitionen gegen die Großen bilden.“ Obgleich sich die Europäische Union als Überwinderin eben dieser Geschichte epoche und als Garant einer dauerhaften europäischen Friedensordnung begreift, sehe Kaczyński in der EU eine Institution, in der die Kleinen weiterhin von den Großen dominiert würden. Daraus resultiere, so

<sup>2</sup> „Einige Aspekte unserer Zusammenarbeit müssen wir kritisch betrachten“. DIALOG-Gespräch mit Witold Waszczykowski, dem Außenminister der Republik Polen, Dialog. Deutsch-polnisches Magazin, Nr. 115, 01/2016, S. 28.

<sup>3</sup> Zum Begriff der „souveränen Demokratie“ vgl. meinen Beitrag „Die polnische Regierung vollzieht einen Systemwandel“, in imprimatur 1/2016, Anm. 3.

Smolar, sein „Widerwille gegen Deutschland“ sowie sein Bemühen, „Widerstand gegen das stärkste Land in Europa zu organisieren.“<sup>4</sup>

Gemäß dieser politischen Konzeption scheint die PiS-Regierung wenig Interesse an der Belebung des Weimarer Dreiecks einer engen Kooperation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen zu haben; dafür aber an einer Intensivierung der Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn umfassenden Visegrád-Gruppe, und dies mit der Perspektive ihrer Vergrößerung um weitere kleinere EU-Mitgliedstaaten.

Unterstützt wird diese gegen die Europäische Union in ihrer gegenwärtigen Gestalt gerichtete und auf weitgehende nationale Eigenständigkeit bedachte Politik von „Recht und Gerechtigkeit“ durch den überwiegenden Teil der polnischen Bischöfe und ihres Klerus. Und dies aufgrund der Erfahrung, dass die von den „liberalen“ Demokratien der EU ausgehende Säkularisierung mit ihren negativen Folgen für die Kirche zunehmend auch die polnische Gesellschaft erfasst hat. Gegenüber dieser Entwicklung verspricht man sich von der die Einheit von Nation und Christentum betonenden national-konservativen Regierung die Förderung einer religiös-nationalen Erneuerung. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Predigt des Bischofs von Płock, Piotr Libera, während eines Gottesdienstes im Gedenken an die Arbeiterproteste von Radom im Juni 1976, in der er u. a. sagte: „In den letzten Tagen und Wochen beobachten wir, wie eine so genannte moderne Demokratie hier im Land sowie im geistig verlorenen Westen vor Polen in Angst geriet. Es geht schließlich nicht um diese oder jene Verfassungsgerichte, sondern um dieses Polen, um das seine Identität im Christentum erneuernde Polen, das mit dem Glauben und den Hoffnungen des einfachen Menschen solidarisch ist, das sich um Heilung des Unrechts und der Ungerechtigkeiten seitens des Ostens wie des Westens, seitens der eigenen Eliten und Banker sorgt.“<sup>5</sup>

<sup>4</sup> Reinold Vetter, Säbelrasseln? Polen und der NATO-Gipfel, Polen-Analysen Nr. 185 v. 05. 07. 2016, S. 3.

<sup>5</sup> Tomasz Dybalski, Jak można popierać lewacką politykę multikulti (Wie kann man eine linke Multikulti-Politik unterstützen), Gazeta Wyborcza v. 25. 06. 2016.

Die deutsch-polnische Interessengemeinschaft ist, um die Frage nach ihrem möglichen Ende abschließend zu beantworten, weniger durch die bilateralen Beziehungen gefährdet, sondern prinzipiell, aufgrund der faktischen Aufkündigung ihrer Einbettung in die Rechtsordnung der EU, deren Grundlage die polnische Regierung durch die Verletzung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien in Frage stellt.

\*\*\*

Werner Müller

## „Zombie-Katholizismus“? – Kirche in Frankreich in der Krise

Es ist ein sehr trauriger Anlass, der die Aufmerksamkeit auch der säkularen Medien auf die katholische Kirche in Frankreich gelenkt hat: die Ermordung des 85-jährigen französischen Priesters Jacques Hamel während des Gottesdienstes in Saint-Etienne-du-Rouvray (Normandie) durch islamistische Terroristen am 26. Juli und eine Woche später der eindrucksvolle Trauergottesdienst in der Kathedrale von Rouen. Dabei zeigte sich in der Trauer eine breite Solidarität der ganzen sonst vielfach gespaltenen Nation mit dem ermordeten Geistlichen und seiner Kirche. Sie gipfelte in dem – seit dem Terroranschlag auf die Zeitschrift Charlie Héβδο im Januar 2015 sozusagen zum Ritual gewordenen – Satz „Wir sind alle Katholiken“ aus dem Munde des Vorsitzenden des französischen Islamrats.

Diese Vorgänge können laut FAZ vom 3. August nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kirche in Frankreich kränkelt, sich in einer tiefen Krise befindet. Dies belegen zunächst die statistischen Zahlen – die noch schlechter sind als die entsprechenden für Deutschland; siehe oben S. 178. Die Taufen haben mit 290.282 schon 2012 - dem letzten Jahr, für das genaue Zahlen vorliegen – einen neuen Tiefstand erreicht, der heute noch tiefer liegen dürf-

te. Im Jahr 2000 waren es noch leicht über 400.000.

Die Zahl der Firmungen, die generell ein tieferes Niveau hat, hat sich seit 1990 halbiert auf nunmehr 44.000. Auch kirchliche Trauungen gibt es nur noch halb so viele wie 1990: 70.369.

Da es in Frankreich wegen der strikten Trennung von Kirche und Staat (seit 1905) keine offiziellen Zahlen zur Religionszugehörigkeit gibt, ist man auf Befragungen angewiesen, die das subjektive religiöse Zugehörigkeitsgefühl der Franzosen erfassen. Das Umfrageinstitut IFOP, das solche regelmäßig durchführt, hat für 2010 herausgefunden, dass sich noch 64% der Franzosen der katholischen Kirche zugehörig fühlen und 4,5 % regelmäßig praktizieren – wobei fast die Hälfte über 65 Jahre alt ist; 1952 waren die entsprechenden Zahlen noch bei 81 bzw. 27 %.

Katholische Priester gab es 2012 insgesamt 16.830, etwa halb so viele wie 20 Jahre zuvor. In diesem Jahr werden nach Angaben der Bischofskonferenz 100 Priester geweiht; auch diese Zahl geht in den letzten Jahren kontinuierlich zurück: zwischen 195 und 125 in den Jahren 2000 bis 2013, 140 in 2014, 120 in 2015.

Soweit die Zahlen. Bei ihrer Analyse und Interpretation ist zu berücksichtigen, dass die Trennung von Kirche und Staat und die daraus resultierende Laizität des Staates dazu führen, dass der Einfluss der Kirche über den innerkirchlichen Bereich hinaus, auf Staat und Gesellschaft, laut Verfassungsnorm, gleich Null ist, in der konkreten Wirklichkeit - die sich bekanntlich nicht an Normen hält - je nach Regionen, Orten und handelnden Personen zwar durchaus vorhanden, aber doch recht gering ist. Jedenfalls ist die Zivilreligion, ohne die auch eine laizistische Republik nicht auskommt, wie sich gerade in Zeiten terroristischer Erschütterungen zeigt, weniger christlich bzw. katholisch geprägt als z.B. in Deutschland.

Stark zurückgehende private Praktizierung des Glaubens und geringe Präsenz in der Öffentlichkeit von Staat und Gesellschaft - daraus leitet Michaela Wiegel die Diagnose ab: „In wohl keinem anderen europäischen Land ist die Säkularisierung so weit vorangeschritten wie in Frankreich“ (FAZ 3.8.2016, S.3 – andere sprechen diesen „Rekord“ den Niederlanden zu). Der Spre-

cher der französischen Bischofskonferenz bestätigt: „Es gibt eine Krise der Berufungen in unserem Land, weil wir eine Krise des Glaubens, der Glaubensvermittlung, eine Sinnkrise und eine Krise der Familie erleben“ (ebd.).

Kränkeln, Krise, Säkularisierung – das sind ihrerseits interpretationsbedürftige Bilder bzw. Kategorien. Was bedeuten sie in der sozialen Realität? Dazu haben zwei Forscher vom „Nationalen Institut für Bevölkerungsstudien“ (INED) eine Untersuchung angestellt, die zu dem - für sie selber erstaunlichen - Ergebnis kommt, dass der Katholizismus trotz allgemeiner Säkularisierung dennoch eine strukturierende Kraft bleibt und dabei starke regionale Unterschiede aufweist: Hervé Le Bras, Emmanuel Todd, *Le Mystère Français*, Paris: Seuil 2013, als Taschenbuch 2015. Das „Mysterium“ bzw. Paradox ist, „dass die soziale Kraft der Religion erstarkt ist, obwohl sie sich als metaphysischer Glaube verflüchtigt hat“ (zit. ebd.). Die strukturierende Kraft wirkt sich mittelbar aus, vermittelt über fortbestehende katholische Familienstrukturen. Diese schlagen sich in einem hohen Bildungsideal und besseren Berufsqualifikationen nieder, die wiederum zu einer besseren Anpassung an die Wirtschaftskrise beitragen. Leicht zynisch formulieren die Autoren: „Der Katholizismus hat sein Ziel eines Lebens nach dem Tod erreicht. Da es sich um ein weltliches Leben handelt, sprechen wir von einem Zombie-Katholizismus“ (zit. ebd.). Weniger metaphorisch könnte man vielleicht von „Pseudokatholizismus“ reden, von einem katholischen Glauben, der sich nur noch auf sozial-wirtschaftlichem Gebiet zeigt.

Das Bild vom Zombie - einem seiner Seele und eigenem Willen beraubtem Untoten oder Wiedergänger - weist aber den Weg zur Bewältigung der Krise: dem Katholizismus seine „Seele“, oder was Le Bras und Todd „metaphysischen Glauben“ nennen, wiedergeben. Claude Dagens, der emeritierte Bischof von Angoulême und Mitglied der Académie Française, schlägt in seiner Schrift „Proposer la foi dans la société actuelle“ (Den Glauben anbieten in der heutigen Gesellschaft“) eine Rückkehr zum strikt Religiösen vor. Nur so könne der Glaube in einer säkularisierten Gesellschaft bestehen oder – um im Bild zu bleiben – wieder zu echtem Leben erweckt werden.

Diese Schrift wiederholt im Titel wortgleich den „Brief an die Katholiken Frankreichs“, den die französischen Bischöfe 1996 geschrieben haben, unter Federführung von Dagens, der nun seine Vorstellungen hier nochmals zusammenfasst. Dieser Brief war Gegenstand ganzer Akademietagungen auch in Deutschland und hat auch die deutschen Bischöfe offenbar sehr beeindruckt, sonst hätten sie nicht 2000 eine deutsche Übersetzung herausgegeben (Stimmen der Weltkirche 37, Bonn 11. Juni 2000). Der Brief – und wohl auch die Schrift von Bischof Dagens (konnte nicht im Original eingesehen werden) – setzen offenbar mehr auf die Inhalte, eben die „Seele“ des katholischen Glaubens, während die deutschen Kollegen bei ihren pastoralen Entwicklungs- und Perspektivüberlegungen mehr auf Strukturen Wert legen (Verräterischerweise ist der entsprechende Studientag 2007 der Bischofskonferenz unter dem Titel „Mehr als Strukturen...“ dokumentiert (Arbeitshilfen Nr. 213)).

Die eingangs genannten statistischen Zahlen sprechen nicht dafür, dass die 1996 eingeschlagene Strategie der französischen Bischöfe geeignet war und ist, die sich rapide verschlimmernde Krise zu beheben. Aber vielleicht braucht es mehr als 20 Jahre – oder von Soziologen nicht vorhersehbarer Ereignisse und Entwicklungen –, um einen „Zombie“ wieder zu beleben.

\*\*\*

Horst Hohmann

## **Die abgeschnittenen und verschütteten Wege**

Es sind nicht immer nur unverbindliche Empfehlungen, wenn uns wohlmeinende Mitmenschen sagen, welche Wege wir einschlagen sollten, auf welchen Pfaden man angeblich am schnellsten und sichersten ans Ziel kommt und welche Wege unbedingt gemieden werden müssten, weil sie „Holzwege“ seien, die ins Verderben führen. Der Streit um die „richtigen Wege“, die auf verlässliche Weise zu irdischem und himmlischem Glück führen, findet seit ewigen

Zeiten statt. Tote, Millionen von Toten hat es absurderweise deswegen gegeben, und viele von denen, die bei den zahllosen Religionskriegen und weltanschaulichen Schlammschlachten der Menschheitsgeschichte überlebten, sind anschließend „getrennte Wege“ gegangen. Andere haben sich mit Gleichgesinnten auf „Inseln der Rechtgläubigkeit“ zurückgezogen oder erklären – des ganzen Debattierens und Fragens überdrüssig – den von ihnen gewählten Weg samt der am Wegrand eingerichteten spirituellen und gruppenspezifischen „Verpflegungs-Stationen“ als letztgültig. „So und nicht anders“, sagen sie. Trennungslinien werden gezogen, alte Verbindungen werden gekappt, Beziehungen zur eigenen Familie und zu den Eltern werden abgebrochen. Wer nicht Mitglied des „Neokatechumenalen Weges“ oder des „Werkes“ geworden ist, bleibt außen vor.

Wünscht man sich angesichts solch abwegiger, sektiererischer Bunkermentalität nicht Figuren wie den griechischen Philosophen Sokrates oder den dänischen Theologen Sören Kierkegaard herbei – Originale, die auf die Straßen und Plätze gehen, Fußgänger in Gespräche verwickeln und irgendwann dann deduktiv mit ihnen zu dem Schluss kommen, dass wir alle sehr wenig über uns selbst sowie über Gott und die Welt wissen und von der „vollen Wahrheit“ noch Lichtjahre entfernt sind?

Haben wir nicht allen Grund, „den Ball flach zu halten“, wenn wir der intriganten Frage nachgehen, welche Wege der liebe Gott für uns vorgesehen hat? Und ist es letztlich nicht doch in unserem Interesse, wenn Gott vorsorglich ein paar Geheimnisse für sich behält?

Mir genügt es, wenn der liebe Gott – bildlich gesprochen – immer mal wieder „die Tür einen Spalt weit öffnet“, damit ich beispielsweise eine kleine Vorstellung davon bekomme, welche unkonventionellen Wege unser Schöpfer bereits in ferner Vergangenheit gegangen ist.

Dem Gespräch zweier Astrophysiker durfte ich so unlängst entnehmen, dass es der liebe Gott vor rund 4 Milliarden Jahren schon richtig krachen ließ, als er die ersten, wichtigen Voraussetzungen für die Entwicklung organischen Lebens auf unserem Planeten schuf: er schleuderte einen Himmelskörper von der Größe des Mars auf unsere Erde, trieb durch den Aufprall des

Geschosses eine riesige Gesteinsmasse aus der Erde heraus und machte aus dieser zunächst noch unförmigen Masse den Mond. Der neue Erdtrabant sorgte sodann peu à peu dafür, dass aus dem lebensfeindlichen Klima unseres Planeten ein lebensfreundliches wurde, dass sich winzige „Lebenskeime“, die von Asteroiden aus dem All zur Erde gebracht worden waren, langsam ausgestalten konnten und dass schließlich hochentwickelte Wesen wie wir Menschen auf diesem blauen Planeten „ihre Wege“ gehen dürfen.

Wenn wir von den Wegen ganz allgemein und von den uns besonders ans Herz gewachsenen Wegen sprechen, vergessen wir selbstverständlich nicht, dass zum Beispiel meine Vorfahren in den Herkynischen Wäldern Ost Hessens vor 5000 Jahren noch kaum damit begonnen hatten, sich im Sinne der biblischen Schöpfungsgeschichte „die Erde untertan zu machen“, d.h. die Landstriche, in denen sie ansässig waren, großräumig zu erschließen: langsam, sehr langsam rodeten sie Wälder, legten Äcker an und bauten befestigte Straßen.

Grenzüberschreitende Handels- und Heeresstraßen sind über die Jahrhunderte daraus geworden, internationale Reiserouten, welche die wichtigsten Hauptstädte unseres Planeten miteinander verbinden, Versorgungs- und Fuhrwege – ein Verbindungsnetz von unvorstellbarer Größe und Dichte, wo über Straßen und Schienen, auf Flussläufen und Meeren sowie per Flugzeug der gesamte Personen- und Güterverkehr abgewickelt wird. „Infrastruktur“ nennen das unsere Planungsexperten, und in Artikel 2 des deutschen Grundgesetzes steht dann sogar ausdrücklich, dass auf all diesen Wegen ein freies Kommen und Gehen gewährleistet werden muss.

„Moment mal“ werden da viele von uns gleich sagen und indigniert fragen, wie es denn kommt, dass wir mit unserer so feierlich garantierten „Bewegungsfreiheit“ allenthalben an Grenzen stoßen? Dass man auf unsere Empfindungen „pfeift“, wenn man angeblich unverzichtbare Autobahnschneißen durch unsere Felder, Wälder und Fluren meißeilt? Dass „unsere Schritte und unser Gemüt nicht mehr zählen“, wie der große saarländische Lyriker Johannes Kühn in seinem „Autobahn“-Gedicht feststellt, und dass von einem Tag auf den anderen der „Gesprächsfaden“ zwischen uns

und einer vertrauten Landschaft durchschnitten wird?

Wenn entfesselte Naturgewalten über Menschen und ihr Habitat hereinbrechen und „aus dem Blauen“ ganze Straßenkarten zu Makulatur machen, kommt uns bestenfalls ein trauriges, ja fast stummes „Warum“ über die Lippen. Warum hier und nicht anderswo? Warum in diesem Ausmaß?

Ich denke heute an drei solcher Katastrophen, die sich in Regionen ereigneten, die ich auf Reportagereisen kennenlernte: an den gigantischen Ausbruch des Vulkans Pinatubu, der 1991 im Norden der philippinischen Insel Luzon ganze Dörfer und Siedlungen unter seiner tödlichen Asche begrub. An den verheerenden Tsunami vom Dezember 2004, ausgelöst durch ein unterseeisches Mega-Erdbeben von der Stärke 9,1 im Indischen Ozean, als die Wassermassen in Südthailand, Malaysia und Indonesien schlagartig 230.000 Menschenleben auslöschten, 1,7 Millionen Menschen obdachlos machten und alles vernichteten, was zur „Infrastruktur“ der westlichen Küstenregionen in den genannten Ländern gehörte. An die schweren Erdstöße, die im April und Mai vorigen Jahres in Nepal den Tod von weit über 1.200 Menschen verursachten, Zigtausende von Häusern und Kultstätten in Schutt und Asche legten sowie ungezählte Überlandstraßen und sonstige Verbindungswege zerstörten.

Während wir nach den meisten Naturkatastrophen keinen Letztverantwortlichen benennen und den Opfern inmitten ihres „unbegreiflichen Schicksals“ nur dürftigen Trost spenden können, ist uns nach anderen „Unglücksfällen“ dann doch sehr schnell bewusst, wer die abgeschnittenen und verschütteten Wege verursacht hat. Manche unserer Leserinnen und Leser werden sich bestimmt an die Meldungen aus Brasilien erinnern, als Anfang November 2015 in der traditionsreichen Bergbauregion des brasilianischen Bundeslandes Minas Gerais der Erddamm eines der mehr als 420 dort registrierten Staubecken brach und eine Lawine von schätzungsweise 34 Millionen Kubikmeter hochgiftigen, aus der Metallverarbeitung stammenden Schlamm freisetzte. Die Lawine, welche die Ortschaft Bento Rodrigues ausradierte und in dem Dorf 19 Menschen unter sich begrub, stürzte weiter talabwärts in den Rio Doce und erreichte – eine beispiellose Serie von Um-

weltschäden entlang des Flusses verursachend – nach rund 800 Kilometern den Atlantik.

Als ich vor Monaten eine Luftaufnahme der zum Bergbau-Unternehmen „Saramarco“ gehörenden Eisenerzmine sah, kamen mir Bilder der von Wildschweinen umgepflügten Waldwege in den Sinn, die ich von heimatlichen Spaziergängen so gut kenne – Symbole eines verantwortungslosen, gierigen „Abbaus von Bodenschätzen“, wo das Gemeinwohl in den Gewinnkalkulationen keine Rolle mehr spielt.

Vergleichbare, folgenschwere „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ werden auch heute noch immer überall dort begangen, wo skrupellose Kriegsherren im Zuge von Boykottmaßnahmen Versorgungswege sperren und in Krisengebieten die Auslieferung von Nahrungsmitteln und Medikamenten an Zivilisten verhindern. Wo Kommunikationswege abgeschnitten werden, um lästige Minderheiten zu isolieren. Wo Bücher und Archive verbrannt oder auf den Index gesetzt werden, um den Zugang zu angeblich „subversivem Gedankengut“ zu unterbinden.

Wege werden täglich abgeschnitten und verschüttet – mit zum Teil sehr unterschiedlichen Auswirkungen für die Betroffenen.

Ein Blick auf die Weltkarte genügt, um schnell zu begreifen, dass in den Bürgerkriegsregionen von Afghanistan, im südphilippinischen Mindanao, in Syrien oder in Burundi die Wege nicht einfach an einer Schranke enden, sondern häufig an einem gefährlichen „Todesgürtel“, wo du nie weißt, ob nicht vielleicht doch schon beim nächsten Schritt eine Anti-Personen-Mine unter deinen Füßen explodiert. Sind da unsere gelegentlichen Reklamationen wegen der kleinen Umwege, zu denen man uns bei sogenannten „Landschafts-Korrekturen“ zwingt, im Grunde nicht eher ein peinliches Aufbegehren von verwöhnten Bürgern?

Trotzdem: als nach den Zeiten des „Kalten Krieges“ in meiner osthessischen Heimat die ganzen Warnschilder und Grenzbefestigungs-Anlagen verschwanden, als Du auf einmal von den Rhönkuppen hinter Rasdorf wieder hinunter ins liebe Geisaer Land schauen und am Sonntagnachmittag die „Ostverwandten“ drüben in Dermbach auf einen Sprung besuchen konntest, ha-

ben wir uns wie kleine Kinder darüber gefreut, dass man es jetzt auf den alten Verbindungswegen wieder so richtig „rollen“ lassen kann.

Wenn ich abschließend einen Blick auf die großen Überlandstraßen in meiner derzeitigen Wahlheimat Brasilien werfe, die vor allem im Norden des Landes voller Schlaglöcher sind und von Last- und Personewagen nur im Schrittempo befahren werden können, werde ich mich natürlich – ohne den Bau neuer Straßen zu vergessen – unentwegt für die Instandhaltung der alten stark machen.

\*\*\*

Maria Hollering-Hamers

## **Leipzig war eine Reise wert**

Impressionen vom 100. Katholikentag

Es war schon ein wenig ein Dilemma: sollten wir noch einmal auf einen Katholikentag gehen... oder lieber doch nicht...? Ist ja anstrengend, so eine Reihe von Tagen mit Programm von morgens bis abends! Ja, aber es ist der 100. Katholikentag, das ist schon etwas Besonderes! Und er findet in Leipzig statt, auch nicht alljährlich, ein Katholikentag im Osten des Landes, wo es überhaupt nur 4-5% Katholiken gibt. Nachdem wir das Für und Wider gegeneinander abgewogen hatten, entschieden wir uns doch pro Katholikentag (25.-29. Mai) und erledigten alle Formalitäten vorab.

Ein Katholikentag verwandelt eine Stadt - wenigstens für eine halbe Woche. Er schafft einen Wandel zum Positiven. Die weißen Zelte und die großen Bühnen überall im Stadtgebiet verteilt verheißen eine festliche Atmosphäre. Und die fröhlichen, gutgelaunten Christen und Christinnen, die in die festlich geschmückte Stadt kommen, tragen wesentlich dazu bei, dass solche Tage gelingen. Christen/innen sind friedliche Menschen, stellte ich fest. Die Polizisten lehnten entspannt an ihren Autos und hatten wenig zu tun. Vielleicht langweilten sie

sich sogar... prima fand ich das. Schön, dass man an dem Publikum merkt, dass hier Christen/innen unterwegs sind! "Seht, da ist der Mensch" – so war dieser Katholikentag überschrieben. Welcher Mensch? Der, der von sich selber sagte: „Ecce Homo“ am Karfreitag – der geschundene, gedemütigte Mensch? Oder auch der ganz normale Mensch, Männer und Frauen, gottebenbildlich, die sich in Leipzig trafen, um über ihren Glauben und vieles darum herum nachzudenken und zu diskutieren? Wenn man davon ausgeht, dass man im Nächsten Christus begegnet, dann sind wohl beide gemeint.

Leipzig bot für alle diese Menschen bei den offiziellen großen Gottesdiensten mit der prächtig wieder hergestellten Universitätsfassade am Augustusplatz eine würdige und imposante Kulisse für das rituelle Geschehen.

Am Mittwochabend erlebten wir die Eröffnungszereemonie mit. Der Bundespräsident life, der Papst auf der Großleinwand. Das war schon das erste Mal, dass die Füße vom langen Stehen wehtaten!

Meine Themen an solchen Tagen sind die Ökumene, die Frauenfrage in der katholischen Kirche und diesmal auch das so heiß umstrittene Genderthema.

Erstaunlich war es für uns als „konfessionsverbindendes Ehepaar“, dass beim zentralen ökumenischen Gottesdienst am Freitagabend in der Nikolaikirche so viele Menschen kamen. Die große Kirche mit den zweistöckigen Emporen war von vorne bis hinten, von unten bis oben absolut voll. Für mich war das ein Zeichen! Warum wollen so viele Menschen an einem Katholikentag, an dem während vier Tagen unzählige katholische Gottesdienste gefeiert werden, unbedingt auch den „zentralen ökumenischen Gottesdienst“ miterleben und mitfeiern? Das sagt etwas Wichtiges aus – das bedeutet nach meiner Meinung, dass für Christen und Christinnen die Zeit reif ist - reif für die so lang ersehnte „Einheit in Verschiedenheit“. Christen/innen wollen gemeinsam feiern, möchten die Einheit spüren.

Sie erkennen die „Zeichen der Zeit“ und wollen durch ihre Anwesenheit bei einem solchen Gottesdienst die „Obrigkeit“ darauf aufmerksam machen: *DIE ZEIT IST REIF! Hemmt und bremst nicht länger den Fortschritt in der Ökumene, hört auf die Stim-*

*me des Volkes Gottes, legt all eure Machtgelüste und Machtinsignien ab und begegnet den anderen auf Augenhöhe. Tut endlich, was Jesus als der „Eckstein“ der Kirche sich von uns allen wünscht: ... dass alle eins seien, so wie er eins ist mit Gott, damit die Welt glaubt... (Joh. 17, 21).*

Gerade dort im säkularisierten Osten hätte es ein wichtiges Signal sein können, dass Christen/innen zusammenstehen, dass sie zeigen, dass nicht ihr Glaube unterschiedlich ist, sondern nur die Rituale der Ausübung des Glaubens, also im Grunde nur die „Randerscheinungen“ der Konfessionen, nicht der Kern. Der Kern ist das Fundament auf dem wir alle stehen: Jesus Christus.

Erstaunt und mittlerweile auch ein wenig des Kämpfens um die Einheit müde, frage ich mich: warum riskiert ihr Bischöfe und ihr männlichen Kirchenleiter so viel, warum setzt ihr so viel aufs Spiel, nur um eure bröckelnde Macht nicht noch mehr zu gefährden? Merkt ihr denn nicht, dass wir als Christen/innen ein scharfes Profil brauchen? Nicht ein evangelisches oder ein katholisches Profil, sondern ein eindeutig christliches... Unsere Welt wird immer bunter, der Sport ist schon längst zum Religionsersatz geworden, die nachkommende Generation interessiert sich kaum noch für die Kirchen, vielleicht sogar kaum noch für den christlichen Glauben. Ein Traditionsabbruch steht uns bevor, Umwälzungen, die ohne weiteres mit denen aus der Reformationszeit zu vergleichen sind und ihr... ihr wollt sinnlose und längst überkommene Traditionen erhalten und die Macht, die Titel und die Prachtgewänder nicht zur Disposition stellen. Nichts bleibt je wie es war, das wusste auch der große Theologe des vorigen Jahrhunderts, Karl Rahner, der sagte: „Wer will, dass die Kirche bleibt wie sie ist, will, dass sie nicht mehr ist!“ Und an diesen Punkt sind wir gefährlich nahe herangekommen.

Umso mehr bewunderten wir das ökumenische Ehepaar Beyer aus Tübingen, das auf jedem Katholikentag und Kirchentag anwesend ist und die Einheit der Kirchen nicht aus dem Blick lässt. In diesem Jahr hatten sie sich für einen schönen ökumenischen Gottesdienst in kleinem Rahmen entschieden. „Ökumene Paarweise“ war ihr Thema und Socken (im Paar) sollten das verdeutlichen!

Das war witzig und machte wieder neu bewusst, dass Ökumene immer ein PLUS ist.

Um mit Annette Schavan, Frauenbundsfrau und mir deshalb irgendwie nahe und vertraut, in Kontakt zu kommen, musste man am Freitagmorgen früh aufstehen. Sie gab den biblischen Impuls zum Katholikentagsthema in der Nikolaikirche: „Seht, da ist der Mensch“, wobei sie selbstverständlich auch auf die Flüchtlingsproblematik einging und ihr Publikum inständig bat, es Christus nachzumachen: die Armen und Bedrängten freundlich aufzunehmen und zu helfen wo es möglich ist. Eigentlich tut es mir Leid, dass Frau Schavan ihren wichtigen Posten als „Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl“ angetreten hat. Vor zwei Jahren sprach sie noch „erfüllt von der heiligen Geistkraft“ beim Tag der Diakonin in Ulm vor einigen Hundert Frauen. Klar und deutlich rief sie in die Kirche hinein, dass doch heute nicht falsch und verboten sein kann, was in der jungen Kirche völlig normal und akzeptiert war! Heute zitiert sie vielfach den Papst....

Sehr passend fanden wir es, dass in Leipzig einige Male das Thema vorkam: „Ich glaub´ nichts, mir fehlt nichts! Leben ohne Religion“. Da wir aber „etwas“ glauben, besuchten wir diese Veranstaltungen nicht. Wir machten aber einige zaghafte Versuche beim Essen in den verschiedenen Restaurants mit Leipziger/innen über den Katholikentag ins Gespräch zu kommen. Die meisten störte der Trubel nicht, aber sie zeigten sich nur mäßig neugierig und kaum interessiert.

Gender, Gender Mainstreaming, Gendertheorie oder Genderideologie: das sind momentan große Streitthemen in den christlichen Kirchen, vor allem unter konservativen oder fundamentalistischen Mitgliedern. Mit dem Thema „Überall ist Gender“ kamen in einem „Worldcafé“ interessante Personen zu Wort.

Da wundere ich mich, dass sich intelligente Menschen wie die beiden Päpste, Benedikt und Franziskus, von diesen Themen beunruhigen lassen und ziemlich unqualifizierte Meinungen von sich geben. Das gleiche gilt für einige deutsche Bischöfe. Leider war der Saal, wo diese Themen beim 100. Katholikentag behandelt werden sollten, schon überfüllt und ich hatte keine Möglichkeit mir die Meinungen, Thesen und

Theorien (vielleicht auch die Ängste) anzuhören, mit der diese Gendertheorie befrachtet ist.

Allen, die denken, noch zu wenig über Gender zu wissen, oder die unsicher sind, was damit nun genau gemeint ist, kann ich nur dringend empfehlen, die Info-Flyer von der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) und vom Katholischen Deutschen Frauenbund (KDFB) zu besorgen (oder einfach im Internet zu suchen) und sorgfältig, unvoreingenommen zu lesen. Es gibt nämlich de facto gar keinen Grund zur Aufregung: eine Genderideologie gibt es nicht! (so sagt die Sprecherin von „Agenda“, dem Theologinnenforum des KDFB, Regina Heyder, in den „Salzkörnern“ des ZdK). Sie wurde nur erfunden, um Ängste zu schüren und Gegensätze zu verschärfen. Im Internet kann man das hervorragend nachvollziehen. Die sogenannten „guten“ (besseren...?) Katholiken beschimpfen sich gegenseitig und fahren großes verbales Geschütz auf. Dabei geht es bei der Gendertheorie nur um ein „Instrument“, das eingesetzt wird, um für die Gleichberechtigung der Geschlechter Sorge zu tragen – dass keine Maßnahmen ergriffen oder Gesetze erlassen werden, die das eine Geschlecht bevorzugen oder das andere benachteiligen. Dieses „Gendermainstreaming“ ist in den Handlungskonzepten der Ministerien oder Konzerne, bei Großveranstaltungen wie Kirchen- oder Katholikentagen schon lange eine Selbstverständlichkeit. Für manche Menschen in unseren Kirchen, scheint es aber nicht relevant zu sein, dass Frauen gerade in kirchlichen Kontexten immer noch als „Christen zweiter Klasse“, als „Gottes zweite Garnitur“ - angesehen und auch so behandelt werden. Gerade das trägt sehr stark zu der zunehmenden Unglaubwürdigkeit dieser Institutionen bei! Und hier kann das Gender-Denken uns ein ganzes Stück weiterhelfen.

Als diskriminiertes Mitglied der rk-Kirche kann ich mir natürlich gut vorstellen, warum so negativ und kontrovers über Gender geredet wird. Wenn die katholische Kirche sich als Handlungsoption das Gendermainstreaming aneignen würde, müsste sie ab sofort Frauen zu allen Diensten und Ämtern zulassen. Da sie das für unmöglich und nicht mit dem „göttlichen Willen“ zu vereinbaren ansieht, muss sie das Konzept zu mehr Geschlechtergerech-

tigkeit verteufeln, damit innerhalb der Kirche niemand auf die Idee kommt, das Wort des Paulus aus dem Brief an die Gemeinde in Galatien ernst zu nehmen:

„Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr alle seid «einer» in Christus Jesus“. Die Einheitsübersetzung erklärt dazu noch:

„*Dass alle in Christus «einer» sind, heißt, dass alle Christen eine Einheit bilden, und auch, dass sie vor Gott gleich sind*“. Schon krass, finde ich, dass Männer und Frauen „vor Gott“ gleich sind, vor seinem Bodenpersonal aber nicht!

Kurz vor Beginn des 100. Katholikentages hat Papst Franziskus sich auf einer Zusammenkunft mit weiblichen Ordensoberen auf deren Nachfrage hin zum Diakonat der Frau geäußert. Die Medien berichteten daraufhin, dass er versprach, eine Kommission einzuberufen, die prüfen sollte, ob Frauen zum Diakonat zugelassen werden könnten. Später korrigierte er das und sagte, er sei „ein wenig wütend“ gewesen, dass er falsch zitiert wurde. Er will eine Kommission einsetzen, die herausfinden soll, wie Frauen in der frühen Kirche diakonisch tätig waren. Vielleicht kann man /frau es einem Papst nicht übel nehmen, dass er nicht alles, was so im Laufe der Zeit geschrieben und untersucht wurde, gelesen hat. Meines Erachtens braucht es so eine Kommission nicht. Etliche Theologen und Theologinnen haben zu diesem Thema gearbeitet und es ist längst erforscht, dass es in der jungen Kirche Frauen als Diakoninnen gegeben hat, man kennt ihre Namen, weiß wo sie wirkten und es sind sogar Weiheformulare zur bischöflichen Einsetzung von Diakoninnen in den Klerusstand überliefert. In unserem Frauenbundzelt am Katholikentag bekam ich die Gelegenheit meine Meinung dazu in einem Interview des Bayerischen Rundfunks zu äußern. Auch bei einem Fünfer- oder Sechser-Gespräch mit der französischen Theologin und Kämpferin für Frauenrechte in der rK-Kirche, Frau Anne Soupa, konnte ich dabei sein. Anne Soupa war von Franziskus' Vorstoß begeistert und meinte, wir sollten den Papst unterstützen. Das Gespräch unter uns Frauenbundsfrauen fand ich sehr anregend und interessant, konnte aber ihre Begeisterung nicht teilen, weil ich schon lange jegliche Hoffnung auf Geschlechter-

gerechtigkeit in unserer Kirche ad acta gelegt habe... Wenn wir den Papst unterstützen, unterstützen wir ein monarchisches, absolutistisches System, das Frauen ausschließt, und das wir nicht befürworten sollten.

Überraschend für viele, auch für mich war, dass der Katholische Deutsche Frauenbund durch eigens angefertigte Buttons darauf aufmerksam machte, dass es für Frauen erst der 40. Katholikentag war! 60 Katholikentage lang, haben die katholischen „Laienmänner“ es geschafft, Frauen von diesem Geschehen fern zu halten. „Eine aktive Beteiligung an Katholikentagen war für Frauen über viele Jahrzehnte nicht möglich, wie ein Blick in die Geschichte zeigt. „1848 waren Frauen nur als Gäste bei den öffentlichen Versammlungen des Katholikentreffens zugelassen. Eine vollgültige Teilnahme wurde ihnen erst ab dem 61. Katholikentag im Jahr 1921 zugestanden. Für uns Frauen ist es also erst der 40. Katholikentag. Darauf wollen wir an unserem Stand auf der Kirchenmeile aufmerksam machen,“ so die KDFB-Präsidentin Dr. Maria Flachsbart. Der ökumenische Frauengottesdienst stand dann auch unter dem Motto: „Seht da, die Frauen!“

Der Katholische Deutsche Frauenbund und die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands hatten ihre Höhepunktveranstaltung bis zum letzten Tag aufgehoben. Am Samstag ging es um das Thema: „FRAUEN –MACHT –KIRCHE“. Das Podium war hochkarätig besetzt mit einer Seelsorgeamtsleiterin, Frau Dr. Anne Rademacher vom Bistum Erfurt, Bischof Franz Josef Bode aus Osnabrück, dem Kirchenrechtler Dr. Thomas Schüller aus Münster und zwei jüngeren Mitgliedern, dem Bundespräsidenten des BDJK und Michaela Labudda, Vertreterin der Gemeindereferentinnen und Religionslehrerinnen.

Obwohl die Fragen und Gespräche da oben auf dem Podium wirklich spannend und interessant waren, kam ich auch aus dieser Veranstaltung mit einem unbefriedigten, schalen Gefühl heraus: welchen Sinn hat es, offen und klar miteinander zu reden, wenn sich am Ende doch nichts ändern wird? Unsere Kirche ist antimodernistisch und absolut beratungsresistent. Denn auch hier hätte jede<sup>®</sup> erkennen können: wenn so viele Menschen ein in der Kirche so sehr marginalisiertes Thema an einem Samstag-

vormittag, wenn schon so vieles gelaufen ist, noch besuchen, dann sagt das etwas aus! Ich interpretiere es so: Frauen sind wichtig in der Kirche und es wird nicht mehr als selbstverständlich oder gottgegeben hingegenommen, dass sie ausgegrenzt und diskriminiert werden. Frauen sind es, die die Kirche tragen, sie möchten nun endlich auch diese Kirche mitprägen. Das jahrhundertelange Missachten der „anderen Hälfte des Volkes Gottes“ muss ein Ende haben!

Schon vor 50 Jahren wurde die „Frauenfrage“ als „Zeichen der Zeit“ von den Konzilsvätern erkannt - und nichts geschah. Bei einem nächsten Konzil sollten paritätisch genau so viele Konzilmütter in der Aula sitzen. Oder wird es vielleicht nie ein solches nächstes Konzil geben, weil es dann kaum noch Frauen als Kirchenmitglieder geben wird? Auf die Frage, warum sich in diesem Punkt so gar nichts ändert, antwortete Dr. Schüller: „Weil es dort in Rom so viele Männer gibt, die so unendliche Angst vor Frauen haben....“! Das mag wahr sein, normal ist es aber nicht. Normaler könnte es werden, wenn diese Männer jeweils selber eine Frau hätten, die als „Hals“ den „Kopf“ zu drehen wüsste!

Nach dem Katholikentag las ich, dass er irgendwie langweilig gewesen wäre, dass weniger Gäste da gewesen seien, dass die Besucher bei den großen politischen und kirchlichen Persönlichkeiten nicht Schlange gestanden hätten. Persönlich haben wir das so nicht wahrgenommen, für uns waren es schöne, erfüllte Tage mit netten Begegnungen und interessanten Themen und Gesprächen.

Trotzdem: Kirche wird sich etwas einfallen lassen müssen, wenn sie weitermachen will. Denn so weitermachen wie bisher - das wird nicht mehr lange gut gehen. Es bröckelt und das nicht nur von den Rändern her!

\*\*\*

Paul Glotter

## **„Charlie Brown“ und der päpstliche Nuntius**

Als Papst Benedikt XVI. im Spätherbst 2011 den US-Amerikaner Charles Brown zum neuen Nuntius von Irland ernannte, haben wir uns bei der Nachricht aus Rom die vielleicht gar nicht so abwegige Frage gestellt, ob es wohl „verwandtschaftliche Beziehungen“ zwischen dem irisch-stämmigen, künftigen Botschafter seiner Heiligkeit in Dublin und der Gallionsfigur „Charlie Brown“ aus der herrlichen Comic-Serie von „Sparky“ Schulz gibt und welche Sympathien der Kirchenmann unter Umständen für seinen legendären Namensvetter empfindet – jenen „Charlie Brown“ mit seinen ewigen Frustrationen, mit seiner sprichwörtlichen Unsicherheit, mit seinen kläglichen Versuchen, einen Drachen steigen zu lassen, welcher aber fast immer in einem dieser „verdammten Bäume“ hängenbleibt? Liebend gerne gewusst hätten wir natürlich auch, wie oft der US-Amerikaner dem bedauernswerten „Charlie Brown“ zwischendurch die Daumen gedrückt hat, damit der große Traum des kleinen Kämpfers eines Tages doch noch in Erfüllung geht, und er „das Mädchen mit den roten Haaren“ in die Arme schließen und küssen darf?

Nuntius Charles Brown, der vor seiner Ernennung nach Dublin 16 Jahre lang in den Diensten der römischen Glaubensbehörde stand und dort zu den engsten Mitarbeitern Ratzingers zählte, hat uns während seiner nun schon ins sechste Jahr gehenden irischen Amtszeit leider nicht davon überzeugen können, dass für ihn das Lebensglück einzelner Menschen absolute Priorität hat. Wir sehen ihn zwar unentwegt lächeln und Hände schütteln. Wir beobachten, wie er jedes Jahr mindestens zwei neue Bischöfe „aus dem Hut zaubert“ und wir wundern uns, warum er solche wichtigen Entscheidungen ohne jegliche Konsultation kirchlicher Basisgruppen herbeiführt und ohne nach den Vorstellungen und Wünschen synodaler Gremien zu fragen. Glaubt Brown

allen Ernstes, dass nach allen Skandalen der vergangenen Jahrzehnte mit ein paar Auswechslungen von Bischöfen der Eindruck einer „geläuterten irischen Kirche“ vermittelt werden kann?

Von bescheidener Zurückhaltung oder gar von der „Unsicherheit“ seines Namensvetters ist beim Nuntius nichts zu spüren. Er tritt selbstbewusst auf und zeigt allenthalben, dass sich ein guter Botschafter des Heiligen Stuhles „keine Schwächen gibt“. Erzbischof Charles Brown, das sei hier eigens betont, ist seit seinem Amtsantritt nie im Büßergewand erschienen, obwohl er allen Grund gehabt hätte, ein öffentliches Schuldbekennnis abzulegen. Denn er war mitverantwortlich für die berüchtigten „Weisungen aus Rom“, die weltweit und besonders in Irland dazu führten, dass Ortsbischöfe salbungsvoll über den Schutz des Lebens redeten und derweil tatenlos zusahen, wie klerikale Triebtäter die Lebensträume Zigtausender von jungen Menschen zerstörten, oder dass dieselben Bischöfe die Arbeit staatlicher Untersuchungs-Kommissionen systematisch behinderten, indem sie „schwer belastendes Material aus Bistumsarchiven“ nicht herausrückten.

Transparenz ist von kurialen Apparatschiks wie Erzbischof Charles Brown nicht zu erwarten. Dafür hat er viel zu lange und mit erschreckender Selbstverständlichkeit die Demütigungen und Qualen hilfloser Kinder heruntergespielt.

Mehr denn je gilt im katholischen Irland heutzutage wieder die alte Regel, dass man sich die Herzen der Menschen mit aufrichtigen Gesten erobern muss und nicht meinen sollte, sie flögen einem einfach so zu!

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## Polnische Jungnationalisten mit geistlichem Beistand

Am 16. April 2016 bot sich in der Kathedrale von Białostock ein ungewöhnlicher Anblick: Schwarz gekleidete Jugendliche und junge Männer, unter ihnen auch einige junge Frauen, bildeten mit Fahnen, die mit dem Emblem des Nationalradikalen Lagers (ONR) versehen waren, im Hauptschiff Spalier und füllten die Kirchenbänke. Man feierte mit einer Messe den 82. Jahrestag der Gründung dieser politischen Bewegung von Jungnationalisten. Die Predigt hielt ein junger Priester, Jacek Międlar. In der von ihm verkündeten „frohen Botschaft“ finden sich Sätze wie diese: „Nicht Oligarchen, Mafia, Establishment sind das große Hindernis auf dem Weg in die Freiheit, sondern die gewöhnliche Feigheit, die gewöhnliche Tatenlosigkeit. Unterdrücker und ein jüdischer Pöbel vermögen uns in die Knie zu zwingen, zu überrollen, zu zermalmen, zu schlucken, zu verdauen, und am Ende werden sie uns als würdelos anspucken.“ Und weiter: „Keine Toleranz gegenüber dem in Polen und unter Polen um sich greifenden bösartigen Krebs. Dieses Geschwulst erfordert eine Chemotherapie, und diese Chemotherapie ist der kompromisslose nationalkatholische Radikalismus.“

Nach dem Gottesdienst zogen diese Jungnationalisten mit ihren fremdenfeindlichen Parolen und Transparenten durch die Straßen der Stadt. Sie skandierten lautstark „Wir wollen hier keinen Islam, keine Terroristen, keine Moslems.“ Im Übrigen hatten sie die ostpolnische Bischofsstadt für ihre Zwecke gut gewählt, gilt sie doch neben Breslau und Posen gleichfalls als ein Zentrum rechtsextremistischer Aktivitäten und Ausschreitungen. In der Vergangenheit wurden hier Ausländer verprügelt, ihre Wohnungen angezündet, und eine orthodoxe Prozession war vor nicht langer Zeit das Ziel tätlicher Übergriffe. So hatte man denn auch die ausländischen Studen-

ten des örtlichen Polytechnikums vorsorglich gebeten, am Tag jener nationalistischen Manifestation ihre Unterkunft nicht zu verlassen.

## Geschichte und Ideologie der Nationaldemokratie und des ONR

Nicht zu seinen Gründern, wohl aber zu seinen geistlichen Vätern zählt das Nationalradikale Lager in erster Linie Roman Dmowski (1864 – 1939), den Begründer des neuzeitlichen polnischen Nationalismus. In Warschau geboren, war er bereits in jungen Jahren politisch aktiv. So hatte er eine patriotische Studentendemonstration organisiert und war deswegen von den Behörden der damaligen russischen Teilungsmacht verhaftet und verbannt worden nicht in der völkischen Zugehörigkeit, sondern in den allen Bürgern gemeinsamen Wertvorstellungen und ihrer staatlichen Loyalität begründet sah, schwebte Dmowski ein weitgehend ethnisch homogenes Polen vor, in dem der Katholizismus als quasi nationale Religion das wesentliche Element nationaler Identität bilden sollte. Die Konsequenz dieses nationalen Selbstverständnisses war ein negatives Verhältnis zu den im wiedererstandenen Polen zahlenmäßig starken Minderheiten, insbesondere ein ausgeprägter Antisemitismus, der darauf abzielte, jüdische Bürger durch entsprechende Gesetze zu diskriminieren.

Die Langzeitwirkung der auf Dmowski zurückgehenden Konzeption nationaler Identität zeigt sich, wenngleich modifiziert, in ihrer bis in die Gegenwart reichenden Kontinuität. Aufgrund der Barbarei des Zweiten Weltkriegs wurde Polen seiner Minderheiten beraubt, so dass aus der von den Siegermächten in Jalta beschlossenen Nachkriegsordnung ein ethnisch homogenes Polen hervorging, das in den Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft durch die Konkurrenz zweier nationaler Konzeptionen bestimmt war. So repräsentierte die Kirche in Auseinandersetzung mit dem politischen System die Einheit von Glaube und Nation, während die kommunistische Partei und Staatsführung, wenngleich letztlich erfolglos, ein auf ihrer Ideologie basierendes und gegen die Kirche gerichtetes nationales Einheitsverständnis vertrat.

Auch nach dem Ende kommunistischer Herrschaft sah sich Polens Kirche weiter-

den. Als Mitbegründer der Nationaldemokratie, der so genannten *Endecja*, war Dmowski in der Zwischenkriegszeit neben Józef Piłsudski (1864 – 1935) sowie als dessen Gegenspieler der in seiner Langzeitwirkung wohl bedeutendste polnische Politiker und Ideologe. Wenngleich beide die Lösung der über die lange Zeit der Teilungen des Landes ungelösten „polnischen Frage“ in der Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit sahen und ein freies, unabhängiges Polen anstrebten, so unterschieden sich Dmowski und Piłsudski doch grundsätzlich in der Auffassung nationaler Identität. Während Piłsudski eingedenk der über Jahrhunderte durch eine ethnische und kulturelle Vielfalt geprägten polnischen Geschichte die nationale Identität

hin als Anwalt einer Einheit von Glaube und Nation, was über weite Phasen zu einem gewissen Spannungsverhältnis zu den jeweiligen Regierungen führte, mitunter sogar zu kirchenpolitischen Konflikten. Mit dem Wahlsieg der *Kaczyńskipartei* „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) im Herbst 2015 zeigt sich nunmehr eine gewisse Konvergenz zwischen ihrem nationalen Verständnis und dem der Kirche. Diese Situation schafft zugleich ein günstiges Klima für die Aktivitäten der Jungnationalisten des ONR, die sich ebenso auf die Einheit von katholischem Glaube und Nation berufen. So nutzen sie beispielsweise, ähnlich wie die PiS-Regierung, die islamistischen Terrorakte im Westen als Vorwand, um die Aufnahme islamischer Flüchtlinge ausnahmslos abzulehnen, gehen aber in ihrer Radikalität über die bloße Ablehnung weit hinaus, versehen sie mit Hassparolen und diffamieren den Islam unterschiedslos als terroristisch. So heißt es in der im Internet nachlesbaren Selbstdarstellung des ONR: „Wie oft kann man sich noch nach jedem Terrorakt mit den dümmlichen Politikern Deutschlands und Frankreichs solidarisieren, die unfähig sind, die Dinge beim Namen zu nennen: Ursache der Terrorakte ist der Islam.“ Nach dem Motto des ONR „Worte ohne Taten sind nur leere Slogans“ rechtfertigen die Jungnationalisten denn auch Übergriffe auf Flüchtlinge, die es allerdings in Polen nur vereinzelt gibt.

## Statt Seelsorger ein Sprachrohr des ONR

Doch zurück zu dem eingangs erwähnten Gottesdienst mit der Predigt von Jacek Międlar in der Kathedrale von Białostock. Diese Veranstaltung stieß bei liberalen wie auch bei manchen der Kirche nahestehenden Politikern und Journalisten, unter Gläubigen sowie in weiten Teilen der Bevölkerung auf Empörung. Die Kurie, die wohl hätte wissen müssen und es sicher auch gewusst hat, wem sie die Türen der Kathedrale geöffnet hatte, sah sich zu einer Entschuldigung genötigt. Es habe sich bei dieser Erlaubnis um „ein Versehen der Pfarradministration“ gehandelt, und man versicherte: „Die Kirche in Białostock steht keiner Partei nahe, und ihr ist Nationalismus fremd.“ Auch Erzbischof Stanisław Gądecki, Vorsitzender der Bischofskonferenz, meldete sich zu Wort: „Entschieden spreche ich mich dagegen aus, das Gotteshaus dafür zu nutzen, um Ansichten zu verkünden, die dem christlichen Glauben fremd sind.“ Er nannte allerdings die Ereignisse in Białostock, auf die sich seine Äußerung bezog, nicht ausdrücklich beim Namen, was nationalistischen katholischen Kreisen die Möglichkeit bot zu erklären, der Erzbischof habe sich auf ein Ereignis bezogen, bei dem eine Feministin während des Gottesdienstes gegen eine kirchliche Verlautbarung zur Abtreibung protestiert hatte.

Jacek Międlar, der als Missionspriester keinem Diözesanbischof, sondern seinem Oberen untersteht, erhielt nach dem 16. April ein „totales Verbot öffentlicher Auftritte sowie der Organisation jeglicher Art Versammlungen, Treffen und Pilgerfahrten und aller Art von Aktivitäten in den Massenmedien, einschließlich der elektronischen.“

Es ist nicht das erste Verbot, das gegen Jacek Międlar in seinem noch jungen Werdegang als Priester des ONR verhängt wurde. Und an das er sich nicht gebunden fühlt. Schließlich weiß er sich von Gott zu diesem „Dienst“ berufen: Auf seiner ersten Stelle als Vikar in einer Breslauer Gemeinde habe er „Gott gefragt, womit er sich in der Seelsorge befassen solle.“ Das Zeichen vom Himmel habe er wenige Tage später empfangen, als er in einem Geschäft auf ein Mitglied des Nationalradikalen Lagers ge-

stoßen sei. Und zu allem Überfluss beruft er sich noch auf Papst Franziskus, der in seinem Apostolischen Schreiben *Evangelii gaudium* dazu aufgerufen habe, aus der eigenen „Verschlossenheit“ und „Bequemlichkeit“ aufzubrechen, die „eigenen Sicherheiten“ hinter sich zu lassen, „auf die Straßen“ hinauszugehen und sich mit Menschen am „Rande der Gesellschaft“ zu befassen.

Kurz nach dieser „Erleuchtung“ steht Jacek Międlar in Breslau bereits auf einem Autodach und stimmt unter den Fahnen des ONR, umgeben von Transparenten mit der Aufschrift „Tod den Feinden des Vaterlandes“ die versammelten Jungnationalisten auf einen Marsch gegen die Aufnahme von Flüchtlingen ein: „In unseren Herzen ist das Evangelium, in unseren Herzen ist Jesus Christus, in unseren Herzen sind die Werte, für die jeder von uns bereit ist, sein Leben zu geben – für Polen und für das Christentum. Gott, Ehre und Vaterland.“ Fragt sich nur, welche Vorstellungen dieser junge Priester und seine nationalistische Gemeinde vom Evangelium, von Jesus Christus, von Polen und dem Christentum, von Gott, Ehre und Vaterland haben.

Bereits vor dieser Manifestation hatte die niederschlesische ONR-Brigade auf einer ähnlichen Veranstaltung, bei der Jacek Międlar jedoch nicht anwesend war, eine einen Juden symbolisierende Puppe öffentlich verbrannt. Auf diesen antisemitischen Akt angesprochen, erklärte Międlar, dies sei das Ergebnis einer Frustration der Jugend, und man habe mit dieser Verbrennung nicht den Juden als Person gemeint, sondern nur die „schlimme Ideologie“.

Dieser erste öffentliche Auftritt blieb für den jungen Vikar nicht ohne Folgen. Der Ortsbischof intervenierte bei Międlars Oberen, und der untersagte ihm Auftritte bei ähnlichen Demonstrationen. Doch das hielt ihn nicht davon ab, einige Wochen später nach Warschau zu fahren, um am 11. November 2015, Polens Unabhängigkeitstag, beim Marsch der Nationalradikalen erneut das Wort zu ergreifen: „Wir sind eine kämpfende Kirche, Krieger eines großen Polen.“ Obwohl es in Polen nur eine geringe Zahl an Personen muslimischen Glaubens gibt und das ONR lediglich ein paar tausend Jungnationalisten umfasst, heißt es in seiner Rede weiter: „Meine Lieben, ihr seid eine große Armee der Kirche, ihr seid eine

große Armee Polens; ich weiß nicht, ob ihr das bemerkt habt, aber die Geschichte wiederholt sich: Einst sprach man davon, die Rote Armee habe uns befreit, jetzt dringt der islamische Fundamentalismus bei uns ein. Evangelium und nicht der Koran! [...] Wir haben das Recht uns zu ängstigen, wir haben das Recht, uns zu fürchten vor dem Untergang des national-christlichen Erbes.“

Mit seinen nationalistischen Aussagen und Aktivitäten wurde Jacek Międlar für Polens Kirche zunehmend zum Problem. Sowohl von vielen Gläubigen als auch in der säkularen Öffentlichkeit wurde sein Auftreten als Skandal empfunden. Die für Międlar zuständige Ordensleitung sah sich daher zu handeln genötigt. Sie verhängte allerdings keine Suspendierung, die, wie der administrative Umgang mit dem Priester Lemański<sup>1</sup> gezeigt hat, selbst einen untadeligen Priester treffen kann, wenn er das Missfallen seines Bischofs erregt, sondern versetzte ihn weit weg von der niederschlesischen Metropole in ein entlegenes Dorf bei Zakopane. Diese ebenso geläufige wie in der Regel wenig wirksame Methode, mit „schwierigen“ Priestern fertig zu werden, blieb auch im Falle Międlars erfolglos. Drei Tage nach seiner dortigen Ankunft organisierte er eine ONR-Manifestation am Denkmal des 1947 im Partisanenkampf gegen die kommunistischen Sicherheitskräfte umgekommenen Majors Józef Kuraś. Auch die ihm verordneten Exerzitien in einem Krakauer Kloster seines Ordens konnten ihn von seiner „Berufung“ nicht abbringen. Im April 2016 machte er sich aus jenem Beskidendorf nach Białostock auf den Weg, um in der dortigen Kathedrale seine nationalistische Predigt zu halten.

Die andauernden nationalistischen Hetzattacken hatten auch die dortigen Behörden tätig werden lassen. Man wolle, wie es hieß, prüfen, ob Międlar mit seiner Predigt zum Hass aufgerufen habe. Auf die bloße Ankündigung hin reagierte er auf Twitter mit dem Hinweis, würde man gegen ihn vorgehen, dann wäre dies „der erste Prozess gegen einen Priester nach 1989.“ Und obgleich es, wie es scheint, bei der bloßen Ankündigung einer Untersuchung bleibt, wird im Internet unter der Losung „Ganz

Polen in Verteidigung des Priesters Jacek Międlar“ auf Facebook zu seiner Unterstützung und Solidarität aufgerufen. Auch unter dem Klerus gibt es Stimmen, die sich öffentlich für ihn und gegen jegliche Art von Sanktionen aussprechen. Und so kann Jacek Międlar, zumindest vorläufig, seiner „Berufung“ weiter nachkommen.

Benutzte Literatur:

Błażej Strzelczy, Ksiądz Jacek Międlar Narodowców (Der Priester Jacek Międlar von den Nationalisten), Tygodnik Powszechny v. 29. 11. 2015, S. 28-31.

B. S., 1050 lat później: dobro i zło w kościele (1050 Jahre später: Gutes und Schlechtes in der Kirche) ebd. v. 17. U. 24. 04. 2016, S. 5.

B. S., Kościół mówi ‚nie‘ nacjonalizmowi (Die Kirche sagt nein zum Nationalismus), ebd. v. 05. 05. 2016, S. 5.

Artur Sporniak, Trudni księza (Schwierige Priester) ebd. v. 06. 03. 2016. S. 34f.

\*\*\*

Mit **2€** im Monat helfen:

[www.2-Euro-helfen.de](http://www.2-Euro-helfen.de)

**MISEREOR**  
● DAS HILFSWERK

<sup>1</sup> Vgl. Theo Mechtenberg, Der Fall Lemański, imprimatur 2/2015.

## ***Wir sind Kirche: Hoffnung auf neuen Leitungsstil im Bistum Limburg***

Pressemitteilung zur Bischofsbestellung im Bistum Limburg, München/Limburg 1. Juli 2016

---

Die KirchenVolksBewegung *Wir sind Kirche* wünscht dem neuen Bischof von Limburg, dessen Name heute bekannt gegeben wurde, dem Trierer Generalvikar Dr. Georg Bätzing, dass es ihm gelingen möge, mit einem partizipativen, kooperativen und delegierenden Leitungsstil möglichst bald das Vertrauen der Priester und aller Gläubigen im Bistum zu gewinnen. Ein wichtiger Schritt dazu könnte die baldige Einberufung einer Diözesansynode über den zukünftigen Weg des Bistums Limburg sein, so wie sie vor kurzem im Bistum Trier beendet worden ist.

Als neuer Bischof sollte Georg Bätzing die vielfachen Reformimpulse von Papst Franziskus aufgreifen und ihnen innerhalb der Deutschen Bischofskonferenz mehr Gewicht verleihen. Sehr zu wünschen ist auch, dass er die mutigen und weitreichenden Vorschläge des Volkes Gottes aufgreift und daran anknüpft, wo Bischof Franz Kamphaus aufgehört hat, der das Bistum von 1982 bis 2007 in bemerkenswerter Weise geleitet hatte.

Die Causa Limburg hatte, abgesehen vom Finanzskandal, große Mängel im Kommunikations- und Leitungsstil des direkten Vorgängers Franz-Peter Tebartz-van Elst (2008 bis 2014) offenbar werden lassen, die zu bis heute andauernden tiefgehenden Verwerfungen und Verletzungen innerhalb des gesamten Bistum geführt hatten.

Zu hoffen ist, dass die seit 2010 von Kurienerkardinal Marc Ouellet geleitete Bischofskongregation – anders als bei der Wahl des letzten Freiburger Erzbischofs im Jahr 2014 – nicht die vom Limburger Domkapitel erstellte Kandidatenliste völlig übergangen und drei andere Personen auf die „Dreier-Liste“ (Terna) gesetzt hat.

Wie mittlerweile auch andere kirchliche Gremien (z.B. Hauptausschuss des ZdK) und Initiativen sieht die KirchenVolksBewegung die dringende Notwendigkeit, eine viel stärkere Mitsprache der Ortskirchen bei künftigen Bischofsbestellungen vorzunehmen.

> *Wir sind Kirche* zu Bischofsbestellungen  
Pressekontakt *Wir sind Kirche*-Bundesteam  
Christian Weisner, Tel. 0172-5184082, E-Mail: presse@wir-sind-kirche.de

\*\*\*

Werner Müller

## **Erfrischend normal**

---

Ob die – vorstehend wiedergegebenen – Wünsche und Desiderate der KirchenVolksBewegung „Wir sind Kirche“ an den designierten Bischof von Limburg in Erfüllung gehen werden, hängt nicht zuletzt von der Persönlichkeit des künftigen Amtsinhabers ab. Aus dem Bistum Trier, wo Dr. Georg Bätzing bisher in verschiedenen Funktionen tätig war, hört man dazu durchweg Positives. Auch eigene, allerdings begrenzte Erfahrungen bei zufälligen privaten Begegnungen sowie das, was man beim „Umhören“ bei Studienkollegen, „Mitbrüdern“ und Mitarbeitern, erfährt, sprechen für den vom Limburger Domkapitel – das sich sicherlich auch „umgehört“ hat – Gewählten. Auch in der weiteren Öffentlichkeit sind, seit diese Personalentscheidung am 1. Juli bekannt wurde, die Erwartungen – und Vorschusslorbeeren – recht hoch.

Sein Werdegang zum Priesterberuf ist völlig der – in dieser Generation noch – übliche: Geboren 1961 in Kirchen (Sieg) und aufgewachsen im Westerwald, in der so genannten Trierischen Insel – wo Limburg näher ist als Trier –, Messdiener, Organist, Mitglied im Kirchenchor und Liturgiekreis – macht er 1980 Abitur und tritt danach ins Trierer Priesterseminar ein. Studium der Philosophie und Theologie in Trier und Freiburg - „Der Klügste in unserem Semester“ gibt ein Studienkollege zu Protokoll –, 1985 Diplom in Theologie, danach ein Jahr Diakon in St. Wendel im Saarland und 1987

Priesterweihe. Danach 3 Jahre Kaplan und 6 Jahre Subregens; in dieser Zeit Promotion zum Dr. theol. mit einer Dissertation zum Thema „Kirche im Werden. Ekklesiologische Aspekte des Läuterungsgedankens“ (Paulinus Verlag Trier 1996, 262 Seiten), dann bis 2012 Regens des Priesterseminars in Trier, zugleich ab 2007 vom damaligen Bischof Reinhard Marx berufener Leiter der Hl.-Rock-Wallfahrt 2012. Von Papst Benedikt XVI. wurde er zum „Kaplan seiner Heiligkeit“ (Monsignore) ernannt<sup>2</sup>. Nach erfolgreicher Wallfahrt mit gut einer halben Million Pilgern wurde Bätzing im November 2012 Generalvikar – „zur Strafe“, wie Bätzing mit ironischer Selbstdistanz sagt. Am 1. Juli 2016 wurde er von Papst Franziskus zum 13. Bischof von Limburg ernannt.

Der Leiter des Wahlgremiums, Domdekan Günther Geis, nennt die für die Wahl wohl wichtigsten Kriterien: „Er ist ein Seelsorger mit Herz und Verstand, mit Organisations-talent und Leitungstärke, mit Charisma und Bodenständigkeit“<sup>3</sup>. Sie decken sich nur zum Teil mit denen des Codex: fester Glaube, gute Sitten, Frömmigkeit, Seeleneifer, Lebensweisheit und Klugheit.

Zweifel an seiner seelsorgerlichen Kompetenz, weil er nie Pfarrer war, spricht er bei seiner ersten Pressekonferenz in Limburg offen an und verweist auf seine Zeit als Diakon und Kaplan sowie auf die seelsorgerlichen Aufgaben in der Priesterausbildung, in der er die längste Zeit tätig war. „Ich bin Seelsorger aus tiefstem Herzen heraus, auch wenn ich nie Pastor sein durfte“. Dass er ein guter, sorgfältig vorbereiteter Prediger ist, wird im und „hinter dem Dom“ in Trier bestätigt.

Was das Kriterium Bodenständigkeit betrifft, wird ihm diese von vielen, die mit ihm Umgang hatten, ebenfalls bestätigt. Kein schlechtes Zeichen dafür: Er hat seiner großen Verwandtschaft vor der Bischofsstadt einen Besuch abgestattet (sie war ein wenig „neben der Kapp“). Auf seine Selbsteinschätzung angesprochen, auf seine Stärken und Schwächen, sagt er von sich selbst: „Ich bin so realistisch zu

wissen, dass ich ziemlich normal bin“. Dazu gehört auch, dass er das überaus große Medieninteresse bei der Pressekonferenz mit 70 Journalisten und 7 Kamerateams – bei der er übrigens nicht mit dem „römischen“, sondern mit „Oratorianerkragen“ erscheint – nicht nur sich selbst, sondern auch der Limburger „Vergangenheit“ zu-rechnet.

Damit ist die aktuelle Besonderheit des Bischofsstuhls in Limburg angesprochen, der durch den „Limburger Skandal“ seines Vorgängers Tebartz-van Elst sehr gelitten hat. Auf die ‚Gretchenfrage‘, ob er in das dortige luxuriös ausgestattete Bischofs-haus, das mit weiteren Gebäuden 31 Millionen gekostet hat, einziehen werde, gibt sich Bätzing betont zurückhaltend. Es sei zunächst eigentlich eine Entscheidung des Bistums, welche Wohnung der Bischof beziehen solle; andererseits könne der vom Vorgänger vorgesezte Komplex nicht ungenutzt bleiben. Sein Bauchgefühl sage ihm aber, dass die Wohnung, die er noch nicht gesehen hat, nicht so recht zu ihm passe. Er geht sogar so weit, dem deutschlandweit beachteten Limburger Finanz-Skandal eine gute Seite abzugewinnen, die Offenlegung der kirchlichen Finanzen sei dadurch forciert worden.

Was den anderen Komplex des Limburger Skandals betrifft, den Führungsstil des Bischofs, lautet Bätzings Grundaussage: „Der Bischof soll sich nicht zu dick machen“! Das ist natürlich metaphorisch gemeint, denn seine körperliche Statur ist keineswegs asketisch-schlank, jedenfalls „dicker“ als die seines Vorgängers. Als Generalvikar in Trier hat sich Bätzing nach Aussage vieler als gesprächsbereiter, offener, vorsichtiger und verlässlicher Partner erwiesen, der erst zuhört und dann entscheidet. Manche hätten ihm dabei noch etwas mehr Mut gewünscht („ein wenig ängstlich und auf der Flucht vor der eigenen Courage“), und dass er seine konservative Haltung – kein Wunder bei dieser kirchlichen Sozialisation! – etwas stärker überwindet. Hierfür bietet sein Lebenslauf – Leiter der Wallfahrt, Regens – bisher keine Anzeichen. Als GV habe er auch nicht immer eine glückliche Figur abgegeben, was daran liegen mag, dass er kein ausgesprochener Verwaltungsfachmann ist („... da ihm das Verwalten nicht unbedingt gegeben ist“) – was er aber als Bischof ja auch nicht mehr sein muss;

<sup>2</sup> Was u.a. unser Redaktionsmitglied Heribert Hürter (+) zu einer heute noch lesenswerten Persiflage der „Monsignoritis“ veranlasste; vgl. 1/2012, S. 27, teilweise nachgedruckt im Nachruf in 1/2016, S. 69.

<sup>3</sup> Frankfurter Neue Presse 8.7.2016

dafür wird er seinen eigenen Generalvikar haben.

Der Wunsch, er möge durch einen „partizipativen, kooperativen und delegierenden Leitungsstil möglichst bald das Vertrauen der Priester und aller Gläubigen im Bistum gewinnen“, ist, - wenn man die Superlative mal streicht – nicht ganz unrealistisch. Viele Menschen aus seiner bisherigen Umgebung trauen ihm das zu, haben es ihm auch vielstimmig gesagt: „Menschen, die mich kennen, sagen: Das kannst Du!“. Er gewinnt daraus das Selbstvertrauen, dass er das auch schaffen werde. Er hat offene Sympathie für seinen Vorvorgänger Franz Kamphaus geäußert, der sehr große Fußstapfen für den neuen Bischof hinterlassen habe. Die Fußstapfen seines unmittelbaren Vorgängers, den er in diesem Zusammenhang nicht erwähnt und zu dem er in mehrfacher Hinsicht ein Gegenentwurf ist, gilt es wohl zu verwischen. Ein Leserbriefschreiber im Trierer Bistumsblatt „Paulinus“ drückt es sehr schön aus: „Wenn er an die bescheidene, offene und den Menschen zugewandte Art von Altbischof Franz Kamphaus anknüpft, ...wird er das verloren gegangene Vertrauen bald wieder zurückgewinnen“ (31.7.2016).

Dazu gehört sicherlich nicht nur guter Wille, sondern auch Kenntnis der Menschen, deren Vertrauen man gewinnen will. Da gibt Bätzing noch Nachholbedarf zu, er kenne noch nicht das große Zentrum des Bistums, die Stadt Frankfurt. Auf die Frage, welches Buch er gerade lese, nennt er den Stadtführer von Frankfurt auf seinem Nachttisch – auch dies ein gutes Zeichen von Normalität.

\*\*\*

Horst Hohmann

## **Zum Tod von Rupert Neudeck: Ein guter Samariter**

Am 31. Mai dieses Jahres, zwei Wochen nach seinem 77. Geburtstag, starb Rupert Neudeck. Er war ein Mensch, dem wir uns besonders verbunden fühlten, weil er Zeit

seines turbulenten Lebens Tugenden verkörperte, die viele, auch das Redaktionsteam von „imprimatur“, anstreben.

Rupert Neudeck hat oft gestanden, dass er in jungen Jahren lange nicht wusste, was er wollte und was in ihm steckt. In dieser Phase seines Lebens versuchte der 1939 in Danzig geborene Sohn einer mittelständischen Familie sein Glück im Priesterseminar des Bistums Paderborn, fand aber den dortigen Erziehungsbetrieb schon nach wenigen Monaten für seinen Geschmack „reichlich lasch“. Er wechselte zu den strengeren Jesuiten auf dem Jakobsberg bei Bingen, wo er knapp zwei Jahre verbringt. „Eine schöne und glückliche Zeit“, urteilt er, „eine Zeit, in der ich endlich zu mir selbst fand und mehr über meine Stärken und Schwächen erfuhr“.

Vom Jakobsberg und aus den „Geistlichen Übungen“ des Hl. Ignatius von Loyola nahm Rupert Neudeck die Erkenntnis mit nach Hause, dass „ein bisschen Abstinenz“ nie schaden kann und er beschloss, fortan spartanisch zu leben. „Dass du dadurch immer auch hochsensibel für die Not anderer Menschen bleibst“, stand für den langjährigen Mitarbeiter des Deutschlandfunks außer Zweifel. „Im Übrigen haben Verbrechen gegen die Menschlichkeit in mir schon von kleinauf Zorn und Empörung ausgelöst“.

Als Ende der 1970-er Jahre, nach dem Ende des Vietnamkriegs, immer häufiger auch über den Tisch des politischen Redakteurs Neudeck Meldungen gehen, die von den Leiden der Südvietnamesen in den KZs des kommunistischen Ho-Chi-Min-Regimes sowie von der verzweifelten Flucht Zigtausender übers Südchinesische Meer berichten, ist für den mit seiner Familie in Troisdorf lebenden Journalisten die „Stunde der Wahrheit“ gekommen: „Ich konnte einfach nicht länger feige wegschauen. Ich musste etwas tun.“

Zusammen mit seiner Frau Christel, die er 1970 geheiratet hatte, und mit einigen Freunden gründet Rupert Neudeck 1979 das Notärzte-Hilfs-Komitee Cap Anamur. Um den gleichnamigen Stückgutfrachter zu chartern und für die Rettung vietnamesischer „Boat-People“ umbauen zu können, benötigen die Initiatoren der geplanten Aktion potente Sponsoren und prominente Fürsprecher. Neudeck angelt sich Heinrich Böll, der ihm übers Telefon knapp mitteilt:

„Ich mache mit. Wenn Menschen Hilfe brauchen, spielt das Parteibuch keine Rolle.“

In dem zur „Kommandozentrale“ umfunktionierten Wohnzimmer der Neudecks in Troisdorf steht für die Hilfsstrategen schnell fest, dass Presse, Rundfunk und Fernsehen „an Bord“ geholt werden müssen. Die Chancen stehen gut. So gut, dass Rupert Neudeck launig kommentiert: „Mit Heinrich Böll auf unserer Seite hätten wir auch einen Kaninchenzuchtverein gründen können. Böll sorgt bei den Medien garantiert für das gewünschte, öffentlichkeitswirksame Interesse.“

Franz Alt mit „Report Baden-Baden“ steigt kurz darauf ein, und die Spenden-Millionen für das ehrgeizige Hilfsprojekt beginnen zu fließen. Über 10.400 Bootsflüchtlinge werden innerhalb der nächsten drei Jahre gerettet und dürfen auf Grund einer von Neudeck mit Bund und Ländern hartnäckig ausgehandelten Einwanderungsregelung in Hamburg an Land gehen.

Angesichts des atemberaubenden Tempos, mit dem Rupert Neudeck und seine Mitarbeiter ihre Hilfsaktionen dann weltweit auf neue Krisengebiete ausdehnen und dort u.a. Schulen, Krankenhäuser und Trinkwasserstationen bauen – ein Programm, für das die 2003 gegründeten „Grünhelme“ und ihre paritätisch mit Muslimen und Christen besetzten Aktionsteams verantwortlich zeichnen – hat es an zum Teil gut begründeter Kritik nicht gefehlt. „Kaum noch zu bewältigen“, hieß es. „Nicht gründlich genug sondiert und durchdacht.“

In Interviews kurz vor seinem plötzlichen Tod schlug Rupert Neudeck mehrmals reumütig an die Brust und gestand, dass er nun halt mal zu den „verrückten Hunden“ auf dieser Erde gehöre, die sich schwer ausbremsen lassen. Doch es brauche mehr denn je solcher „durchgeknallten Typen“, um den „unter die Räuber Gefallenen Öl in die Wunden zu gießen“.

Das humanitäre und zutiefst christlich geprägte „Unternehmen Neudeck“ ist nach den Worten des Troisdorfers ein authentisches Gemeinschaftswerk: „Ohne meine liebe Frau Christel, die sich immer wieder höchst subversiv und erfolgreich in mein Leben einmischte, und ohne unsere drei Kinder, die mich zeitweilig nur vom Fernsehen her kannten, hätte ich nicht tun können, was ich getan habe“.

Rupert Neudeck, der nach eigenem Bekunden bereit gewesen wäre, sein Haus zu verpfänden, um Menschen „vorm Ersaufen“ zu retten, wird uns und vielen anderen Bürgern fehlen, weil Leute seines Kalibers – Leute, die sich einmischen und im Notfall auch mal „gegen die Regeln verstoßen“ – rar geworden sind. Vor einem, der trotz aller üblen Nachrede den Mut besaß, zusammen mit jüdischen Freunden die wiederholten Menschenrechtsverletzungen Israels gegenüber Palästinensern zu geißeln, ziehen wir respektvoll den Hut. Ob der an seinem 75. Geburtstag geäußerte Wunsch Neudecks, sich noch einmal an einem Marathon im Gazastreifen zu beteiligen und durchzuhalten, in Erfüllung ging, entzieht sich unserer Kenntnis.

\*\*\*

Volker Popp

## Die Koran-Sure 112, auch "Thron-Sure" genannt: Wenige Worte, große Wirkung

Teil des Freitagsgebets ist die Sure "al-Ikhlâs" und somit, neben der "Schahada", Bestandteil des islamischen Credo.

Die Sure lautet in der Übersetzung von Rudi Paret: „im Namen des barmherzigen und gnädigen Gottes

1 Sag: er ist Gott, ein Einziger, 2 Gott, durch und durch (er selbst)(?) (w. der Kompakte) (oder: der Nothelfer (?), w. der, an den man sich (mit seinen Nöten und Sorgen) wendet, genauer: den man an-geht?). 3 Er hat weder gezeugt, noch ist er gezeugt worden. 4 Und keiner ist ihm ebenbürtig.“

Schon dieser Übersetzungsversuch zeigt, wie schwierig und unfassbar der Wortlaut ist, der sich mit arabischer Philologie nicht erschließen lässt. Dennoch spielt diese Sure im Islam eine zentrale Rolle, weil in ihr der für diese Religion grundlegende Monotheismus verankert sei.

Der Text der Sure, nur vier Verse umfassend, beschäftigt sich mit Überlegungen zur Natur Allahs. Dieser ist demnach Einzig (*ahad(un)*), aber nicht fern, denn er ist Allem verbunden (*s-samad(u)*). Ein Einwirken mittels biologischer Fortpflanzung (Zeugen und Gebären) entspricht aber nicht seiner Natur. Hier bietet sich stattdessen die Hypostasierung an.

Dieses Textverständnis beruht auf der Annahme, dass der Begriff "*as-samad(u)*" zu verstehen ist als "der Verbundene". Dies ist aber nur möglich, wenn man hier die Wurzel *s-m-d* als aramäisch oder ugaritisch<sup>4</sup> oder hebräisch auffasst und von einer entsprechenden Entlehnung aus diesen Sprachen ausgeht. Dies gilt ebenso von dem Begriff *ahad* (einzig), den es im Arabischen nicht gibt, der aber eine Wiedergabe des hebräischen *ehad* ist. In der Islamwissenschaft wehrt man sich gegen diese offensichtlichen Übernahmen, weil alles im Koran arabisch sein soll. Die in der Islamwissenschaft und demnach auch in der islamischen Koranexegese vorherrschende Doktrin von der Originalität und Reinheit des Arabischen postuliert fälschlich einen Ursprung des Arabischen in der heutzutage als Arabische Halbinsel bezeichneten Region. Dieser theologischen Idealisierung steht entgegen: Die Sprache Mekkas und Medinas steht dem Nordwestsemitischen, wie etwa dem Ugaritischen und Aramäischen, nahe. George E. Mendenhall<sup>5</sup> schlägt vor, von einer Einwanderung des Arabischen in die Arabische Halbinsel aus Nordwest Syrien während der Bronzezeit auszugehen. Auf diese Weise will er der Sprache des arabischen Propheten zu einer Vorgeschichte in Mekka und Medina verhelfen. Was aber wäre, wenn die Einwanderung des Arabischen in den Raum, der heutzutage Arabische Halbinsel genannt wird, erst mit der Ausbreitung des Islams erfolgt wäre?

Die Vorstellung, die Arabische Halbinsel sei Heimat der Araber und des Arabischen seit Anbeginn gewesen, verdanken wir Herodot und der Herodot-Rezeption. George E. Mendenhall stellt dies, wie folgt, dar: "However,

in some circles a major handicap to progress is the persistence of the old nineteenth-century obsession with nomads, and the concomitant idea that the Semitic language population groups originated in nomadic tribes of the Arabian Peninsula (Kupper 1957:xiv-xv). This misguided idea doubtless originated from the observation of Herodotus who reported that: According to the Persians best informed in history, the Phoenicians began the quarrel. This people, who had formerly dwelt on the shores of the Red Sea, having migrated to the Mediterranean and settled in the parts which they now inhabit ... For centuries scholars have jumped to the conclusion that if the Phoenicians came from Arabia, then the other speakers of Semitic languages, Akkadians, Babylonians, Assyrians, Arameans, and Hebrews, must also have migrated to their respective part of the Near East from the Arabian homeland".

Aber, in bestimmten Kreisen besteht eine gewichtige Behinderung des Fortschritts der Wissenschaft im Fortleben der alten Besessenheit des neunzehnten Jahrhunderts von Nomaden und der damit verbundenen Vorstellung, die Volksgruppen der semitischen Sprachenfamilie hätten ihren Ursprung in nomadisierenden Stämmen auf der Arabischen Halbinsel (Kupper 1957: xiv-xv). Diese fehlgeleitete Vorstellung leitete sich zweifelsfrei von einer Beobachtung Herodots her, der berichtet hatte: "Den Persern zufolge, welche über die beste Kenntnis der Historie verfügten, begannen die Phönizier den Streit. Dieses Volk, welches vormals an den Küsten des Roten Meeres gelebt hatte, nachdem es ans Mittelmeer weitergezogen war und sich in den Gegenden niedergelassen hatte, welche es jetzt bewohnt ...". Seit Jahrhunderten ziehen Gelehrte daraus den Schluss, dass - wenn schon die Phönizier aus Arabien gekommen waren - die anderen Vertreter semitischer Sprachen, Akkader, Babylonier, Assyrer, Aramäer, wie auch die Hebräer, ebenfalls in ihr jeweiliges Siedlungsgebiet im Nahen Osten aus der Heimat in Arabien zugewandert waren - ein absurdes Konstrukt.

Dem Wiener Arabisten Arne A. Ambros „verdanken“ wir eine ausführliche Darstel-

<sup>4</sup> Cyrus H. Gordon, Ugaritic Manual, Rome 1955, 316. Nos. 1630-32.

<sup>5</sup> George E. Mendenhall, Arabic in Semitic Linguistic History, Journal of the American Oriental Society 126 (2006), 17-26.

lung<sup>6</sup> der philologischen Problematik der Sure 112 aus islamwissenschaftlicher Sicht. Er folgt der traditionellen Vorstellung vom Arabischen als Sprache der Arabischen Halbinsel seit altersher und kann sich daher eine Entlehnung des Begriffs "samad" aus dem Aramäischen mangels nachvollziehbarem Entlehnungsvorgang nicht vorstellen. Zu seiner eigenen Verwunderung stellt er das Vorkommen von "samad" im Aramäischen fest. Obwohl die Wurzel s-m-d im Aramäischen belegt sei, ist ihm eine Entlehnung aus dieser Sprache nicht vorstellbar. Das aramäische "*samad*" und das arabische "*samad*" seien getrennt zu betrachten und hätten nichts miteinander zu tun. Das Vorkommen von "*samad*" im Ugaritischen findet bei ihm keine Beachtung. Aber die frühen islamischen Exegeten fanden einen Ausweg. Da auch sie keine Etymologie für "*samad*" hatten, boten sie zur Erklärung einfach eine andere Bildung nach dem Paradigma des Arabischen an, nämlich "*musmat*": *samad* = *musmat*. Josef van Ess<sup>7</sup> erklärt dies: "Gott ist massiv und kompakt (*musmat*)." So übersetzt auch Rudi Paret.

Eine Etymologie für "*samad*" hat man damit zwar noch immer nicht, aber einen Ansatz für eine Semantik von "*samad*". Von diesem semantischen Ansatz wird fleißig Gebrauch gemacht. Eine Betrachtungsweise führt zu einem monarchianischen Verständnis und impliziert damit die Vorstellung vom "Thron" Allahs. So könnte die Sure zu ihrem Namen gekommen sein. Die Vorstellung vom Thron Allahs evoziert aber einen Anthropomorphismus, welcher nicht zulässig ist in der sunnitisch-islamischen Orthodoxie. Daher geht man derzeit davon aus, dass man sich Allahs Präsenz im Raum über seinem Thron vorstellen muss. Avicenna<sup>8</sup> (lebte und wirkte etwa 980 bis 1037 n. Chr. im Raum zwischen Buchara

im heutigen Usbekistan und Hamadhan im Westen Irans, sein "Künstlernername" Ibn Sinâ weist auf eine Affinität zum chinesischen Kulturraum hin) hat einen philosophischen Zugang zu dieser semantischen Problematik gefunden und bietet mit seiner Exegese einen Ausweg aus der philologischen Misere. Für ihn sind der Begriff "Allah" und "*al-samad*" nur zwei Attribute einer zwangsläufig existenten Wesenheit.

So ist die Aussage der Sure bis heute umstritten. Gott ist „einzig“ (mit einem Wort aus dem Hebräischen) und zugleich „verbunden“ (ebenfalls aus dem Hebräischen oder Aramäischen), mit wem oder was? Ein Hinweis auf die Trinität (wohl weniger wahrscheinlich) oder seine Verbundenheit mit der Schöpfung und uns? Gott ist keine Monade und hat mit uns zu tun.

\*\*\*

## Das Interview

### „Es dauert Jahre bis du endlich ankommst“

*Der aus dem Osthessischen stammende Architekt Joseph Reith hat im Auftrag der Misereor-Tochtergesellschaft AGEH 20 Jahre lang die „Nyanza Building Cooperation“ in Kenia geleitet, eine genossenschaftlich organisierte Baufirma, in welcher junge Männer in den verschiedenen Sparten des Bauhandwerks ausgebildet wurden. Reith: „Damit Matinda und Juma irgendwann mal beruflich auf eigenen Füßen stehen würden“.*

*Mit dem ehemaligen kirchlichen Entwicklungshelfer sprach unser Redaktionsmitglied Horst Hohmann über Bauchlandungen und Etappensiege bei dem schwierigen Versuch, „Kenianer mit den Kenianern“ zu werden.*

**Frage:** Herr Reith, weit über 400 Millionen Menschen sind derzeit in fremden Ländern auf der Suche nach einem neuen Zuhause.

<sup>6</sup> Arne A. Ambros, Die Analyse von Sure 112 - Kritiken, Synthesen, neue Ansätze. Der Islam, Band 62, Heft 2(1986), 219-247.

<sup>7</sup> Josef van Ess, Theologie und Gesellschaft im 2. und 3. Jahrhundert Hidschra: Eine Geschichte des religiösen Denkens im frühen Islam, IV, Berlin 1997, 367.

<sup>8</sup> Daniel De Smet, Meryem Sebti, Avicenna's Philosophical Approach to the Qur'an in the Light of his Tafsir Sûrat al-Ikhlâs, Journal of Qur'anic Studies 112(2009), University of Edinburgh Press, 134-148).

Rund ein Drittel von ihnen hat die Heimat wegen Kriegen und materieller Not verlassen. Die große Mehrheit aber ist aus familiären und beruflichen Gründen zu „neuen Ufern“ unterwegs. Schnellstmögliche „Integration“ wird den Migranten in ihrer neuen Umgebung empfohlen und dabei nicht selten der Eindruck erweckt, als ob es für diesen Prozess nur eines „freundlichen Lächelns“ bedürfe. Aber, sind die Hürden der Integration nicht vielleicht doch etwas höher?

**Antwort:** Die Hürden sind hoch, manchmal sogar unüberwindbar, und wir sollten sie auf keinen Fall kleinreden. Es war 1978, und ich erinnere mich noch sehr gut. Wir waren gerade mal 3 Tage in Kenia und hatten unseren künftigen Wohnsitz Kisumu am Viktoriasee schon erreicht, als die lieben Verwandten in Deutschland besorgt wissen wollten, ob wir gut angekommen seien. „Ja“, haben wir gesagt, dann aber im Laufe der Zeit feststellen müssen, dass du in einer dir fremden Umgebung nicht über Nacht „ankommst“, sondern meist erst nach vielen Jahren. Du musst dir – bildlich gesprochen – „Blasen an den Füßen“ holen, musst lernen, weite Wege zu gehen für Dinge, die du in Deutschland per Knopfdruck haben kannst. Du musst dir abgewöhnen, mit deinem „weißen Gesicht“ hausieren zu gehen, um deine neuen Weggefährten nicht zu demütigen. Du musst Rückschläge wegstecken, darfst aber gleichzeitig nie vergessen, daraus Lehren zu ziehen. Und wenn du dich zwischendurch einsam fühlst, weil du vorerst noch kaum jemanden hast, mit dem du deine 1000 Fragen bereden kannst, darfst du dich um Gottes willen nicht in deine eigenen vier Wände zurückziehen und die Tür hinter dir verschließen.

**Frage:** Das A und O aller Integrationsbemühungen scheint die Sprache zu sein ...

**Antwort:** Ohne die Sprache bist du eine halbe Portion. Schließlich ist es ja auch nicht ganz unerheblich, welche Worte du bei der Beerdigung eines beim Brückenbau tödlich verunglückten Mitarbeiters findest oder wie du deinem Bautrupp die Funktion des Eisens in einem Betonpfeiler erklärst. Mit Englisch konnte ich mir von Anfang an eigentlich recht gut helfen. Mein Kisuaheli dagegen war eine einzige Katastrophe. Die

Jungens haben sich vor Lachen gebogen, wenn ich ihnen mit meinem „Mimi huko hapana kujua – ich hier nicht wissen“ erklären musste, dass mir ihre Welt halt doch noch häufig ein Rätsel ist.

Allein die Vorstellung, mich mit anderen Menschen nicht mehr austauschen zu können, war für mich schon immer schrecklich.

Vielleicht habe ich auch deshalb die biblische Geschichte vom „Turmbau zu Babel“ immer mit besonderem Interesse gelesen, weil dort so aufschlussreich beschrieben wird, wie die Menschen aneinander vorbeireden, wie nichts mehr zusammenläuft und wie sie plötzlich aufhören, „an der gemeinsamen Stadt zu bauen“ ...

**Frage:** Aber ganz offensichtlich nicht, weil die Leute im „Lande Schinar“ unterschiedliche Sprachen redeten, sondern weil sie unterschiedliche Ziele verfolgten ...

**Antwort:** Genau das ist der Punkt. Wenn Menschen bei einem Gemeinschaftsprojekt nur daran denken, „sich selbst einen Namen zu machen“ geht das Ganze den Bach runter. Wir sind uns in der „Nyanza Building Cooperation“, das kann ich stolz sagen, wohl auch deshalb relativ schnell näher gekommen, weil meine kenianischen Mitarbeiter „in guten wie in schlechten Zeiten“ sehen konnten, dass ich uneigennützig rede und handle, dass es mir wurscht ist, ob ich bei dem korrupten (inzwischen verstorbenen) Bischof Okoth von Kisumu oder bei irgendwelchen deutschen „Entwicklungs-Strategen“ in hohem Ansehen stehe. Wenn du irgendwo reinmarschierst, arrogant und besserwisserisch auftrittst und dich für den Größten erklärst, stehst du dir bei der Integration über kurz oder lang selbst im Weg.

**Frage:** Wenn ich Sie richtig verstanden habe, kann bei dem Versuch, „Kenianer mit den Kenianern“ zu werden, unsympathisches Verhalten enorm kontraproduktiv sein ...

**Antwort:** Damit uns die Menschen in einem fremden Land bei sich willkommen heißen - das hängt natürlich ein gutes Stück auch davon ab, ob wir sie für uns einnehmen können. In meinem konkreten Fall bedeutete das unter anderem, dass meine kenianischen Freunde nach gründli-

cher Prüfung sagen konnten: ach, dieser „Msungu“, dieser Europäer, ist im Grunde ja doch ein recht umgänglicher und sympathischer Typ: Er feiert mit uns, wenn es Anlass zur Freude gibt. Er weint mit uns, wenn wir um unsere lieben Toten trauern. „Kenianer mit den Kenianern“ beginnst du dann zu werden, wenn die Leute anfangen, dich in ihr Herz zu schließen. Das ist ein unbeschreiblich schöner und beglückender Vorgang.

**Frage:** Es kann also ganz offensichtlich nicht schaden bei so einer „Inkulturation“ zwischendurch immer auch Gesten und Taten sprechen zu lassen?

**Antwort:** Leider vergessen wir sehr oft, wie ausdrucksstark Gesten und konkrete Taten sein können, welchen großen Eindruck sie manchmal hinterlassen, aber auch welche schlimmen Folgen sie bisweilen haben.

In die „positiven Schlagzeilen“ geriet ich beispielsweise, als ich hochnäsigen deutschen Projekt-Kontrolleuren bei ihrem Besuch in Kisumu sagte, dass sie ruhig auch meinen kenianischen Mitarbeitern die Hand reichen können, oder als ich einen indischen Klub-Besitzer am Kragen packte, weil er meine schwarzen Freunde aus der Führungsriege unserer Genossenschaft abweisen wollte. Und als unser Team dann geschlossen – ich mit meinem weißen und die Kenianer mit ihrem schwarzen Gesicht – in den Klub rein durfte, da konnte man an den glänzenden Augen meiner Mitarbeiter sehen, dass Taten mitunter mehr sagen als Worte bzw. zu einer größeren gegenseitigen Wertschätzung beitragen.

Das war sowieso eine meiner ersten Entdeckungen, dass symbolische Gesten sowohl im ganz normalen täglichen Leben wie auch in den traditionellen Kultzeremonien der Kenianer einen sehr viel höheren Stellenwert haben als hier in Europa.

**Frage:** Wenn man solche Fakten in seiner neuen Umgebung entdecken will, muss man bestimmt gut beobachten...

**Antwort:** Kein Zweifel. Und bei der Kunst des Beobachtens waren die Massai-Hirten Kenias meine großen Vorbilder. Wenn ich zu Baustellen runter in den Süden, Richtung Kisii, fahren musste, hätte ich drauf wetten können, dass unter demselben

Mangobaum am Straßenrand immer derselbe Massai-Hirte steht: bei der Hinfahrt auf dem rechten Bein, bei der Rückfahrt auf dem linken Bein – stumm, eine leblos erscheinende Figur, aber mit hellwachen Augen, denen nichts entgeht.

Da ich wegen der vielen Baustellen-Inspektionen auf fast allen Straßen Kenias unterwegs war, habe ich langsam verstanden, wie die Landschaften das Denken und die Lebensgewohnheiten ihrer Bewohner prägen. Ich habe oben auf der Hochebene von Eldoret und Iten den legendären kenianischen Langläufern beim Training zugehört und mir dadurch die fantastische Ausdauer und Leidenschaft der Schwarzafrikaner etwas besser erklären können.

Klar, sehr oft haben mir Matinda und andere Freunde aus dem Leitungs-Team unserer Baugenossenschaft die Augen geöffnet. Sie haben mir geschildert, wie die Verwandtschaftsbeziehungen funktionieren und warum deshalb wegen der vielen finanziellen und sonstigen Verpflichtungen gegenüber den lieben Verwandten, der Lohn schon am Ersten des Monats weg ist, oder ein Maurer zum Beispiel mal eine geschlagene Woche nicht am Arbeitsplatz erscheint.

**Frage:** Und wenn man zwischendurch mal nicht so genau hingeschaut hat oder meint, die Einheimischen nicht unbedingt konsultieren zu müssen, erlebt man da nicht oft seine blauen Wunder?

**Antwort:** Was bringt das ganze Gerede schon, dass wir angeblich alle „im selben Boot“ sitzen, wenn wir nicht miteinander sprechen und uns wechselseitig nach unserer jeweiligen Meinung fragen! Es hat mich vor Jahren tieftraurig gemacht, als in Somalia, Nachbarland im Nordosten Kenias, die Truppen einer sogenannten Anti-Terror-Allianz einmarschierten und der Premierminister der von der UN anerkannten Übergangsregierung von allem nichts wusste. Niemand hatte vorher Kontakt mit ihm aufgenommen, geschweige denn nach dem Standpunkt seiner Regierung gefragt. Demütigungen dieser Art müssen ja die Vertreter ärmerer Länder laufend hinnehmen.

Beispiele solcher blauen Wunder, wie sie der damalige somalische Premierminister

Hassan A. Farah erlebte, könnte ich aus meiner Zeit in Kenia haufenweise auflisten – wo über die Köpfe der Einheimischen und der eigentlich Betroffenen hinweg am grünen Tisch Entscheidungen getroffen wurden.

Stattliche Geldsummen wurden so etwa von Köln an den Bischof von Kisumu überwiesen, um in der Westregion Kenias „Kolpingfamilien“ zu gründen, ohne dass man sich zuvor ein Bild von den dort herrschenden Familienstrukturen gemacht hatte.

Völlig daneben lag man auch mit dem Brunnenbau im Turkana-Land, im Norden Kenias: man hielt es für überflüssig, die Wanderrouen der Nomaden zu studieren und unterschätzte deren Bedeutung für das friedliche Zusammenleben der Klans. Rund um die an zentraler Stelle gebauten Brunnen blieb innerhalb kürzester Zeit kein Grashalm mehr übrig, weil alle Nomaden der Gegend mit ihrem ganzen Vieh zu diesen zentralen Wasserstellen gekommen waren – von „Weißen Elefanten“ spricht man solchen blauäugig konzipierten „Entwicklungs-Projekten“.

**Frage:** Muss man, Herr Reith, nach derart drastischen Erfahrungen und nachdem man in seiner neuen Umgebung endlich „angekommen“ ist, nicht Vieles relativieren, was in der alten Heimat gepflegt und hochgehalten wird?

**Antwort:** Wenn ich die miserable medizinische Versorgung meiner kenianischen Freunde mit der Überversorgung der Einwohner Fuldas vergleiche und feststelle, dass in einem von mehreren Ärztehäusern Fuldas, wo ich wegen meiner Krebserkrankung vorbeischaute, sage und schreibe 16 Ärzte residieren, kann man doch eigentlich nur ganz laut rufen: „Leute, tretet doch bitte bei Eurem irren Anspruchdenken gelegentlich ein wenig auf die Bremsel!“ Geholfen wäre uns ja allen, wenn wir – über Grenzen hinweg – etwas feinfühlicher miteinander umgingen und beispielsweise im „Zeitmagazin“ oder in anderen Publikationen die Sekt-Reklame künftig nicht mehr neben die Reportage über den „Hunger in Äthiopien“ gesetzt wird.

\*\*\*

Lutz Lemhöfer

## Die Reformation als theologischer Western

Zu Luther Blissett: Q . Roman. 699 S. Verlag Assoziation A, TB-Neuausgabe 2016, 19,80 €

Romane zur Reformation gibt es eine ganze Reihe. Aber dieser hier fällt aus dem Rahmen. Erst einmal im Umfang: Über fast 700 Seiten zieht sich hier der Kampf zwischen den unterschiedlich radikalen Flügeln der Reformation auf der einen Seite und ihren katholisch-päpstlich-kurialen Gegnern auf der anderen Seite. Zum zweiten bleiben die Helden namenlos – oder sie haben ganz viele wechselnde Namen, was ebenso wie Namenlosigkeit keine persönliche Identität erkennen lässt. Also das Gegenteil eines frömmelnden Heldenepos um eine der historischen Gestalten der Reformation. Anonym bleiben drittens auch die Verfasser, die sich – als Kollektiv – den Namen „Luther Blissett“ gegeben haben. Ein bekannter Name ist nicht dahinter, auch nicht der oft vermutete Umberto Eco. Auch das spiegelt eine der vielen Botschaften dieses Buches: Es sind nicht die großen Namen, die Geschichte machen, sondern schwerer zu durchschauende geschichtliche Kräfte setzen sich durch.

Dieses Buch spiegelt auf seine spezielle Weise circa 40 Jahre Reformationsgeschichte in Erlebnisberichten, Briefen und Tagebuchnotizen. Es beginnt um die Mitte der 1550er Jahre und blendet von dort immer wieder zurück, bis hin zum Jahr 1517, in dem Martin Luther seine 95 Thesen zur Reform der Kirche veröffentlichte (ob er sie wirklich an die Pforte der Kirche zu Wittenberg geschlagen hat, ist historisch umstritten). Der Protagonist, der sich im Lauf des Buches mal Brunnengert nennt, mal Gustav Metzger, mal Don Ludovico, er zählt zu den Schülern Luthers in Wittenberg, fühlt sich aber bald zu den Radikalen unter den Reformatoren hingezogen. So schließt er sich der geistlichen Leitfigur des Bauernkrieges an, Thomas Müntzer. Bei

dessen vernichtender Niederlage in Frankenhausen 1525 kann er entkommen und ist in den folgenden Jahrzehnten mit wechselnden Namen überall zu finden, wo neue Formen des christlichen Glaubens und des gesellschaftlichen Zusammenlebens erprobt werden: bei den militanten Wiedertäufern in Münster 1534/35, bei den friedliebenden Täufern in Belgien, die der Gewalt abgeschworen haben und wirtschaftlich vom wachsenden Handel profitieren, um 1550 schließlich beim rasch wieder erstickten Aufflackern der italienischen Reformationsbewegung, die durchaus katholische Sympathisanten hatte, bis hin zu Bischöfen und Kardinälen.

Es fällt auf, dass hier nicht die theologischen Hauptstränge der Reformation im Vordergrund stehen samt ihren Vordenkern wie Luther, Calvin, Zwingli, sondern eher die, welche neben dem Glauben in den Köpfen vor allem die Gesellschaft und ihre Spielregeln verändern wollen, die eine neue Gesellschaft mit der vorbehaltlosen Leidenschaft suchen, die auch dem Reich Gottes gilt. Zur Verdeutlichung hier ein längeres Zitat; es stammt von einem Protagonisten des Täuferreichs in Münster, der hier in einer flammenden Rede oder Predigt (das ist kaum zu unterscheiden) zwei Abgesandte der Täufer aus den Niederlanden wie Propheten begrüßt: *„Brüder und Schwestern, die Wanderer, die wir erwartet haben, sind eingetroffen. Sie kommen nach Münster, um zu verkünden, dass die Stunde unmittelbar bevorsteht, dass die Tage der Reichen gezählt sind, dass die Macht des Bischofs für immer hinweggefegt wird. Heute wissen wir mit Sicherheit, dass uns Freiheit und Gerechtigkeit erwarten: Gerechtigkeit für alle jene, die in Knechtschaft gehalten werden, gezwungen, für einen Hungerlohn zu arbeiten, für all jene, die glauben und die mit ansehen müssen, wie das Haus des Herrn mit Bildern beschmutzt wird und kleine Kinder mit Weihwasser gewaschen werden wie Hunde in einem Brunnen. (...) Die Altgläubigen behaupten, gute Christen können sich nicht um die Welt kümmern, sie sollen daher ihren Glauben für sich pflegen, weiter still die Übergriffe erdulden, weil wir alle Sünder sind, zur Buße verurteilt. – Doch hier sind nun Boten der Hoffnung! Diese beiden Männer haben unseren Schrei der Empörung vernommen und sind nun hier,*

*um Zeugnis zu geben. Uns zu sagen, dass wir nicht allein sind, dass die Zeit gekommen ist. Die Mächtigen der Erde werden entmachtet, von ihren Thronen gestoßen durch die Hand des Herrn. Christus kommt nicht, um den Frieden zu bringen, sondern das Schwert. Die Tore sind jetzt offen für jene, die das Wagnis eingehen. Wenn sie gedenken, uns mit dem Schwert zu vernichten, werden wir diesen Schlag parieren und hundertfach erwidern.“ (S.258 ff)*

Die Apokalypse als Abrechnung mit den Reichen und Mächtigen, die Gottes Boten selbst in die Hand nehmen – sozusagen als Schild und Schwert des Höchsten: Dieses Denkmuster ist ein klassisches Modell in den besseren Sekten-Krimis wie Henning Mankells „Vor dem Frost“. Es ist aber auch real in der Kirchengeschichte vorhanden, und ganz exemplarisch beim so genannten Täuferreich in Münster. Es hat aber seine Tücken, wie wiederum in Münster exemplarisch zu besichtigen ist: Die Propheten, allen voran der als Heilsbringer erwartete Jan Matthys, wandeln sich binnen kurzem zu vermeintlich göttlich legitimierten Despoten, Alleinherrschern, vor denen auch langjährige Mitkämpfer keine Gnade finden, wenn sie den blinden Gehorsam verweigern. Im Roman liest sich das so: *„Hubert Ruecher. Eisenschmied. Münsteraner. Täufer. Held der Schanzen vom 9. Februar. Der Sache ergeben. Er hat Kugeln gegossen, für die Befreiung Münsters von der Tyrannei des Bischofs gekämpft. Hubert Ruecher wird in Ketten auf den Marktplatz geschleppt: ein Verräter, ein niederträchtiger Kerl. Er hat Zweifel geäußert, Widerworte gegeben. (...) Aufrecht steht er da, reglos in den Ketten, und wartet, dass Gott dem Propheten Jan Matthys eingibt, was er tun soll.*

*„Die Zeit ist an ihr Ende gekommen. Die Entscheidung ist gefällt. Wer das Banner des Herrn verlässt, offenbart, dass er immer unentschlossen war, dass er nur den anderen gefolgt ist, ohne wirklich den inneren Ruf zu den heiligen Waffen erhalten zu haben. Er ist ein Feind. Und heute erweckt er Unsicherheit in den Reihen der Heiligen, um unseren Sieg zu unterhöheln. Doch dieser Sieg ist unausweichlich, denn der Herr führt uns. Wenn wir nicht so gleich den Sünder aus dem Volk der Heiligen ausstoßen, wird der Zorn des Herrn sich gegen alle richten‘. Mit dem Schwert in*

*der Hand geht er um Ruecher herum. Das Gesicht des Schmieds ist dunkelrot, voller Entsetzen. „Heute seid Ihr Zeugen des größten aller Ereignisse. Ihr bezeugt die Geburt Jerusalems. Münster gibt es nicht mehr. In der Stadt Gottes ist sein Wort das einzige Gesetz. Und er spricht und handelt durch seinen Propheten. Ihr seid die Zeugen.“ Die Klinge schwingt in hohem Bogen durch die Luft, trifft auf Ruechers Kehle und enthautet ihn mit einem Schlag.“ (S.333 ff)*

In Münster wie auch auf allen früheren und späteren Stationen hat der Revolutionär „Brunnengert“ den gleichen Gegenspieler, der ihm aber nicht bekannt ist. Seine Identität wird erst kurz vor Schluss des

*kirchliche Autorität für überflüssig erachtet werden, die sagen, was Recht und Unrecht ist und eben darüber befinden, wer würdig ist, ins Reich Gottes einzugehen, und wer nicht. Euer Gnaden werden sich sicherlich daran erinnern, dass eine der ersten Dreistigkeiten Luthers eben die war, dem Heiligen Vater die Autorität abzusprechen, den Bann zu verkünden.“ (S. 427 f)*

Allmählich keimt der Verdacht, dass dieser „Q“ nicht etwa aus sicherer Ferne gegen den Protagonisten, den ewigen Revolutionär, agiert und agitiert, sondern unerkannt als Schatten ganz in seiner Nähe. Alles drängt auf einen finalen Showdown; nicht umsonst haben die Autoren im Nachwort

\*\*\*

Buches enträtselt, wie sich das für das Lösen von kriminalistischen Rätseln gehört. Er ist so etwas wie der V-Mann aus dem Vatikan, der seinem Chef unter den Kurialen, dem Bischof Carafa (eine historische Gestalt, der katholische Scharfmacher und spätere Papst Paul IV.) nicht nur Geheimnisse aus dem Umfeld der reformatorischen Bewegungen mitteilt, sondern auch als ‚agent provocateur‘ dort mitmischet. „Q“ nennt er sich in seinen Lageberichten nach Rom, nach dem biblischen Buch Qohelet, Prediger. Seine Deutung des theologisch-gesellschaftlichen Weltgeschehens offenbart er in einem seiner vielen Briefe so: „*Es erscheint unnötig, daran zu erinnern, wie gefährlich die lutherische Lehre für die rechte christliche Orientierung ist. Ich zögere nicht zu behaupten, dass die als Rechtfertigung sola fide, allein aus dem Glauben bekannte Lehre der tragende Pfeiler aller von den Lutheranern in den letzten 25 Jahren begangenen Schandtaten ist. Sie ist die Säule ihrer verqueren Theologie, gleichzeitig verleiht sie ihnen die Kraft, ohne jede Demut gegen den Heiligen Stuhl anzurennen und die Hierarchie der Heiligen Römischen Kirche in Frage zu stellen: All dies, weil ein Richter über das menschliche Tun und eine*

*ihr Werk als einen „theologischen Western“ charakterisiert. Hier kommt durchaus so etwas wie Thriller-Spannung auf, freilich nicht ungebrochen, wie der FAZ-Rezensent Andreas Kilb beim ersten Erscheinen des Buches 2003 schrieb: „Er (der Roman, L.L.) stellt seine Figuren auf, doch dann, wie ein Schachspieler, der sich an einer faszinierenden Variante ergötzt, ohne sie durchzuführen, lässt er sie stehen und redet von etwas anderem. (...) ‘Q‘ will nicht nur unterhalten, sondern auch belehren, und dieser doppelte Auftrag setzt die Erzählung spürbar unter Druck. (...). Es wird jede Station der Predigerreisen Müntzers, jede Quisquillie der Münsteraner Wiedertäufer penibel nachgebetet, als läge in solcher Vollständigkeit der Nachgeschmack der Epoche. (...) Am Ende, wenn unser Held im türkischen Exil weilt und heißen Kaffee schlürft, bedürfen wir der Erholung von den Glaubenskämpfen ebenso dringend wie er; aber es bleibt doch, über die Lektüre hinaus, eine Ahnung vom epochalen Drama dieser Zeit, und das ist mehr, als man von den meisten Romanen dieser Gattung sagen kann.“* Insofern bleibt die Lektüre dieses Buches empfehlenswert.

## **Indien: Religiös motivierte Gewalt**

In Indien hat nach jüngsten Meldungen religiös motivierte Gewalt gegen Minderheiten in erschreckendem Maß

zugenommen. Seit dem Erdbebenstieg des Hindu-Nationalisten Narendra Modi und seiner Indischen Volkspartei (BJP) vor zwei Jahren haben radikale hinduistische Vereinigungen wie die

Nationale Freiwilligenorganisation (RSS) die Verfolgung und Diskriminierung von Christen und Muslimen auf ihre Fahnen geschrieben und haben Andersgläubige

zum Religionswechsel gezwungen oder ermordet. Es ist Ziel des RSS, aus dem multireligiösen Indien einen hinduistischen Gottesstaat zu machen, in dem Andersgläubigen nur die Flucht bleibt. 80 Prozent der rund 1,2 Milliarden Inder sind Hindus, knapp 13 Prozent Muslime, 2,3 Prozent Christen. Etwa 4 Prozent der Bevölkerung sind bekennende Sikhs, Buddhisten, Parsen oder Anhänger des Jainismus.

Das Aktionsbündnis der protestantischen Kirchen und der Katholischen Bischofskonferenz Indiens forderte im vergangenen März in einer vielbeachteten Erklärung eine Gleichstellung der zur Kaste der Dalit gehörenden Christen mit den hinduistischen Kastenmitgliedern, denen die indische Verfassung politische, wirtschaftliche und soziale Förderprogramme garantiert (Kath.ch).

### **AfD-Vorsitzende fordert „Inseln“ für abgelehnte Asylbewerber**

Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry hat in einem Interview mit der BILD-Zeitung gefordert, aus dem Bundesamt für Migration (BAMF) baldmöglichst eine „Rückwanderungsbehörde“ zu machen. Aufgabe dieser Behörde sollte es dann sein, so Petry, abgelehnte Asylbewerber auf zwei Inseln zu verbringen – Frauen und Männer getrennt.

Eine ähnliche Einwanderungspraxis hat seit einiger Zeit in Australien Geltung. Das Land unterhält auf der Pazifikinsel Nauru und auf

der Insel Manus in Papua-Neuguinea Lager für Asylsuchende, die versuchen, per Boot nach Australien zu gelangen und dabei auf offenem Meer abgefangen werden. Menschenrechtler haben wiederholt die prekäre Situation der Flüchtlinge in diesen Lagern kritisiert.

### **Philippinen: Protest gegen illegale Hinrichtungen**

Die katholische Kirche auf den Philippinen hat beim Ende Juni 2016 neugewählten Präsidenten des Inselstaates, Rodrigo Duterte, heftigen Protest gegen die von ihm gebilligten öffentlichen Hinrichtungen von Drogenhändlern und Süchtigen eingelegt. Mehr als 850 Menschen sollen innerhalb von 6 Wochen getötet worden sein. Im Wahlkampf hatte Duterte angekündigt, dass er 100.000 „Kriminelle“ töten lassen werde.

Der Vorsitzende der Katholischen Bischofskonferenz der Philippinen, Erzbischof Socrates Villegas (Dagupan), sprach von einem „Alptraum“. Werde das Blutvergießen nicht gestoppt, folge auf die „Generation der Drogensüchtigen“ eine „Generations von Straßenmördern“. Im Namen der Bischofskonferenz forderte er die Polizisten und Ordnungshüter des Landes auf, während ihres Dienstes immer erst mit den Verdächtigen zu verhandeln: „Schießen, um zu töten, darf man einzig und allein aus Notwehr oder um andere zu schützen.“

Die Philippinen sind aufgrund der spanischen Kolonialzeit das einzige vorwie-

gend christlich geprägte Land Asiens. Von den rund 100 Millionen Einwohnern des Inselstaates sind 83 Prozent Katholiken, sieben Prozent Protestanten und fünf Prozent Muslime.

### **Deutscher Caritasverband besteht 100 Jahre**

Die Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) haben die Arbeit der Caritas als unverzichtbar gewürdigt. "Kirche ist ohne Caritas nicht Kirche", sagte DBK-Vorsitzender Kardinal Reinhard Marx anlässlich des 100. Jahrestags der offiziellen Anerkennung des Deutschen Caritasverbandes durch die Bischöfe am 23. August 1916.

Der Deutsche Caritasverband ist derzeit der größte Wohlfahrtsverband in Deutschland. Aktuell arbeiten 590.401 Menschen in den 24.248 Einrichtungen und Diensten, die der Caritas bundesweit angeschlossen sind. Sie werden von rund 500.000 Ehrenamtlichen und Freiwilligen unterstützt. Zu dem Verband hatten sich 1897 zahlreiche katholische Sozialverbände und lokale Caritasvereinigungen zusammengeschlossen.

Marx betonte mit Blick auf das Katastrophenhilfswerk "Caritas international" und den internationalen Zusammenschluss der Caritasverbände, dass aus der Anfangsidee ein weltumspannendes Netzwerk geworden sei. Das Handeln der Caritas sei Teil der christlichen Botschaft und Zeugnis der Liebe Gottes zu den Menschen. Die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der Caritas

gingen - wie Papst Franziskus es fordere - an die Ränder der Gesellschaft. Caritas-Präsident Peter Neher betonte, durch die Gründung des einheitlichen Verbandes sei die Caritas eine wichtige Stimme in sozialpolitischen und gesellschaftlichen Debatten geworden. Ziel des Caritas-Gründers Lorenz Werthmann sei es auch gewesen, die caritative Arbeit fachlich zu qualifizieren.

### **Neue Kardinäle im November**

Nach einem Bericht des von den Jesuiten der USA herausgegebenen "America Magazine" wird zum Abschluss des Heiligen Jahres ein Konsistorium stattfinden, in dem voraussichtlich 13 neue Kardinäle kreiert werden. Die Namen der neuen Purpurträger, so die Zeitschrift, würden Mitte Oktober bekannt gegeben.

Wie es heißt, sollen die Erzbischöfe von Barcelona, Juan José Omella, und von Madrid, Carlos Osorio, relativ sichere Kandidaten sein. Ansonsten solle aber eine nochmalige absolute Mehrheit der Europäer bei der nächsten Papstwahl durch die Ernennung zahlreicher neuer nichteuropäischer Purpurträger de facto unmöglich gemacht werden.

Derzeit kommen von den 107 wahlberechtigten Kardinäle 51 aus dem alten Kontinent (fast die Hälfte aus Italien); Zentral- und Südamerika hat 15 Kardinäle, Nordamerika 13, Asien 13, Afrika 12 und Ozeanien drei. Heute gibt es Wähler aus 59 verschiedenen Ländern, aber Franziskus will sicherstellen, dass die Idee

der Universalität der katholischen Kirche noch stärker zum Ausdruck kommt. (KAP)

### **Brasilien: Staudammprojekt am Tapajós gestoppt**

In Brasilien hat die staatliche Umweltbehörde IBAMA vor kurzem den Stopp des Genehmigungsverfahrens für das Staudammprojekte am Rio Tapajós im Amazonasbecken verfügt. Die Behörde folgt damit einer Empfehlung der Staatsanwaltschaft des Bundesstaates Pará, in dem der Staudamm gebaut werden soll. Zuvor hatte die für die Interessen der indigener Völker zuständige Bundesbehörde FUNAI gefordert, dass die Landrechte des Volkes der Munduruku geschützt werden müssten. Ihr Lebensraum sei durch den geplanten Staudamm bedroht. Das Bischöfliche Hilfswerk MISEREOR hatte im Rahmen seiner diesjährigen Fastenaktion auf die Situation der Munduruku aufmerksam gemacht und die Wahrung ihrer Rechte eingefordert. In einer Petition gegen das Staudammprojekt waren mehr als 50.000 Unterschriften zusammen gekommen.

"Die Entscheidung der Umweltbehörde ist ein großer Schritt nach vorn. Wir freuen uns, dass das Engagement unserer zivilgesellschaftlichen Partner in Brasilien erste Früchte trägt. Auch die vielen Unterzeichner unserer Petition hierzulande und in Brasilien haben ganz offensichtlich inzwischen zu einem Umdenken geführt", sagte MISEREOR-Hauptgeschäftsführer

Pirmin Spiegel. Allerdings fehlten noch entscheidende Schritte zu einem endgültigen Aus des Staudammprojekts, betonte er. Angesichts der derzeitigen politischen Situation in Brasilien falle es schwer, der Verbindlichkeit von Entscheidungen zu vertrauen.

### **Papst nennt Gender-Mainstreaming „reine Ideologie“**

**Papst Franziskus hat entwicklungspolitisch betriebenes Gender-Mainstreaming als eine Form der «ideologischen Kolonialisierung» bezeichnet.** Am Rande des Weltjugendtages in Polen beklagte er gegenüber Bischöfen, dass bereits Kinder mit der Gender-Ideologie konfrontiert würden: Ihnen werde in den Schulen beigebracht, dass sich jeder sein Geschlecht frei aussuchen könne. Damit werde die kirchliche Lehre in Zweifel gestellt, dass Gott Mann und Frau als seine Ebenbilder erschaffen hat.

Wie aus dem Vatikan verlautet, wird der nächste Weltjugendtag im Sommer 2019 in Panama stattfinden. In dem Zentralamerikanischen Land bekennen sich 85 Prozent der Bevölkerung zur katholischen Kirche.

### **Vatikan will den Piusbrüdern entgegenkommen**

Äußerungen des Kurienerzbischofs Guido Pozzo zufolge will der Vatikan den Piusbrüdern offenbar deutlich entgegenkommen. In diesem Zusammenhang bekräftigt er u.a. seine Auffassung, bei

Dokumenten des Zweiten Vatikanischen Konzils sei von einer «abgestuften Verbindlichkeit» auszugehen. Pozzo ist vatikanischer Sekretär der für die Piusbrüder zuständigen Kommission «Ecclesia Dei».

Nach den Worten des Erzbischofs setzt der Vatikan neben der Klärung lehrmäßiger Fragen verstärkt auf Vertrauensbildung: «Man weiß, dass das Leben mehr ist als Doktrin.» Dabei habe es zuletzt große Fortschritte gegeben, sagte er. Im Auftrag des Vatikan hätten ein Kardinal und vier Bischöfe die Seminare und Häuser der Priesterbruderschaft besucht. «So etwas gab es vorher nicht, aber das hat bei der Annäherung geholfen.»

Pozzo betonte, die Piusbruderschaft bekenne sich zu den zentralen Beschlüssen des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965). Dazu gehörten beispielsweise die Lehre über die Sakramentalität des Bischofsamtes sowie «die Lehre über den Primat des Papstes und des Bischofskollegiums zusammen mit seinem Haupt».

Die Aussagen des Konzils über den interreligiösen Dialog, die Ökumene und die Religionsfreiheit haben nach den Worten des Erzbischofs dagegen einen geringeren Grad an Verbindlichkeit. «Dabei handelt es sich nicht um Glaubenslehren oder definitive Aussagen, sondern um Anweisungen oder Orientierungshilfen für die pastorale Praxis», so Pozzo. Die Piusbruderschaft tue sich mit diesen Aussagen schwer; über sie könne man aber auch nach einer kanonischen Anerkennung der Bruderschaft weiter diskutieren.

Pozzo bestätigte, dass ihr die Einrichtung einer sogenannten Personalprälaturnach dem Vorbild des Opus Dei in Aussicht gestellt worden sei. Der Generalobere Bernard Fellay habe diesen Vorschlag akzeptiert, «auch wenn in den kommenden Monaten noch Details zu klären sind».

Papst Franziskus kündigte an, den Dialog mit der Bruderschaft fortsetzen zu wollen. Ungeachtet dessen nehmen die Piusbrüder weiter kirchenrechtlich unerlaubte Priesterweihen vor. Vor wenigen Wochen warf Fellay Papst Franziskus vor, Verwirrung und Irrtümern in der Lehre Vorschub zu leisten. (KNA)

### **Peru: Streit zwischen Bischöfen und Universität beigelegt**

Das seit Jahren schwierige Verhältnis der Amtskirche zur katholischen Universität von Peru hat sich offenbar entspannt. Wie lateinamerikanische Medien berichteten, werden peruansische Bischöfe künftig wieder an den Sitzungen der Universitätsversammlung teilnehmen. Grund für die Wiederaufnahme der Beziehungen sei eine entsprechende Entscheidung von Papst Franziskus. Dieser hatte 2014 eine Kardinalskommission eingesetzt, um eine "einvernehmliche endgültige Lösung" zu finden. Die Universität spricht auf ihrer Website von einer "exzellenten Nachricht". Dies sei der Beginn einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der Hochschule und der Kirchenhierarchie.

Im Juli 2012 hatte der Vatikan der einzigen katholischen Universität Perus untersagt, sich weiterhin "päpstlich" und "katholisch" zu nennen. Hintergrund war dabei ein Konflikt um Leitungskompetenzen mit Limas Kardinal Juan Luis Cipriani Thorne. Die Aberkennung der Titel war der Höhepunkt eines Rechtsstreits um die Führung der 1917 gegründeten Hochschule. Das vatikanische Staatssekretariat begründete seinen Schritt damals unter anderem damit, dass die Universität bei ihren Tätigkeiten Kriterien folge, die "nicht mit der Disziplin und Moral der Kirche vereinbar" seien.

### **Vor 50 Jahren wurde der Index abgeschafft**

Anlässlich des 50. Jahrestages der Abschaffung des INDEX der verbotenen Bücher erklärte der Münsteraner Kirchenhistoriker Hubert Wolf in einem Interview mit dem schweizerischen Wochenblatt „Tages Woche“, dass er nach der wissenschaftlichen Durchforstung des vatikanischen Inquisitions-Archivs zu dem „erstaunlichen Ergebnis“ gekommen sei, dass die römischen Glaubens- und Sittenwächter im Laufe von 400 Jahren „kaum einen Autor zensuriert haben, den wir heute als Naturwissenschaftler bezeichnen würden. Nicht einmal Charles Darwin“.

Dagegen seien hauptsächlich theologische Werke auf den Index gesetzt worden, so Wolf. Beispielhaft für diese Empfindlichkeit der Zensoren sei ihr Umgang mit

Erasmus von Rotterdam gewesen, der durch seine griechisch-lateinische Bibelausgabe 1516 Weltruhm erlangt hatte.

Erasmus sei in den Augen der Kurie viel gefährlicher als Luther oder Calvin gewesen, welche als Häretiker gegolten hätten, von denen man nichts erwartete. Erasmus aber sei katholisch geblieben. Seine Ausgabe der Bibel, basierend auf dem Urtext, habe das katholische Selbstverständnis herausgefordert, alleine über den authentischen Bibeltext be-

stimmen zu dürfen. Wichtigster Leitsatz sei nämlich gewesen: Nicht die Bibel macht die Kirche, wie die Reformatoren sagen, sondern ohne Kirche gäbe es die Bibel gar nicht. Denn sie habe die Texte und den Kanon festgelegt. „Mit Erasmus“, so betont Hubert Wolf, „wird der originale Bibeltext zuungunsten der katholischen Auslegung aufgewertet, und das gilt in den Augen der Kirche als ein protestantisches Prinzip. Es ist nicht erstaunlich, dass im Index kein Buch öf-

ters aufgelistet ist als die Bibel – nämlich alle nicht von Rom autorisierten Übersetzungen. Die letzte stammt erst aus dem Jahr 1904.“

## Weltkirche in Trier

68 Priester aus 18 Ländern (Benin, Indien, Nigeria, Polen...) kamen in diesem Jahr ins Bistum Trier, um während der Ferienzeit ihre deutschen Mitbrüder in den Pfarreien zu vertreten.

\*\*\*

## Fundsachen

### Ein denkwürdiger Marathon

Abebe Bikila war Soldat in der kaiserlichen Garde Äthiopiens und kam 1960 als „Ersatzmann“ ins Team seines Landes für die Olympischen Sommerspiele in Rom. Weil „Adidas“ keine passenden Schuhe für den ehrgeizigen Langstreckenläufer zur Verfügung hatte, lief Bikila den Marathon barfuß. Bei seinem denkwürdigen Lauf verbesserte er nicht nur den alten Weltrekord um 10 Minuten, sondern stellte mit 2.15.16 Stunden auch gleich noch einen neuen Fabelweltrekord auf. In seiner Heimat hieß es alsbald: „Mussolini benötigte 1 Million Soldaten, um unser Land zu erobern. Wir haben dagegen mit einem einzigen Soldaten Rom eingenommen.“

### Goldfieber

Der Inkafürst Manco Cápac konnte angesichts der Gier der europäischen Eroberer nach Edelmetallen nur den Kopf schütteln. „Selbst wenn sich der Schnee unserer Berge in Gold verwandeln sollte“, meinte er, „wären die Eindringlinge immer noch nicht zufrieden.“

Quelle: Wood – Spuren der Konquistadoren.

### Auf der faulen Haut

Bei Untersuchungen über das Kollektiv der angeblich so fleißigen Ameisen kamen Wissenschaftler der US-Universität von Arizona zu dem verblüffenden Ergebnis: dass eigentlich nur 2,6 % der Tiere Schwerstarbeit verrichten, indem sie sich um den Nachwuchs, um Nahrung und um den Hausputz kümmern. 25 % lagen ständig auf der faulen Haut und knapp über 70 % der Tiere machten sich nur während der Hälfte der Beobachtungszeit nützlich.

Quelle: Fachblatt „Behavioral Ecology and Sociobiology“ Bd. 69 S. 1459.

### Vor 30 Jahren

An der Haltung der Amtskirche gegenüber Schwulen und Lesben hat sich nichts geändert. Noch immer gilt das Schreiben von Kardinal Joseph Ratzinger „Homosexualitatis problema“ vom 1. Oktober 1986 als „unumstößliche Lehrmeinung“. In dem Schreiben betont der damalige Chef der Glaubensbehörde, dass Schwule zwar liebe Menschen seien, ihre homosexuellen Neigungen müssten jedoch als „objektiv fehlergerichtet“ und ihre homosexuellen Aktivi-

täten als „unerlaubt“ betrachtet werden. Dass bereits im Titel des Schreibens gesagt wird, womit die Sittenwächter der Kirche ein „Problem“ haben, spricht für sich.

-----

### **Mit besten Empfehlungen**

Falls der neu ernannte Bischof von Limburg, Georg Bätzing, nach konkreten Anregungen für seine künftige Arbeit suchen sollte, sei ihm das exzellente Papier des Dekanatsforums Frankfurt a. M./Höchst vom November 2010 empfohlen. Die Resolution trägt den Titel „Nahe bei den Menschen“ und ist im Internet abrufbar. Sie fordert u.a. „Dialog auf Augenhöhe“, den Erhalt „überschaubarer Pfarreien“ sowie „Sakramentsvollmacht für Laien“ bei Taufe und Trauung.

-----

### **Müllsammler**

In seinem 2015 veröffentlichten Essay „Jesus auf Lampedusa“ schreibt der Bamberger Neutestamentler Joachim Kügler: „Der Gott, der in Jesus erkennbar wird, erscheint als einer, der das Entsorgte sammelt und sich des Mülls annimmt. Wer ihn finden will, darf nicht Paradiese verteidigen, sondern muss auf die Müllhalden der Welt gehen“.

### **Die Glosse**

Rauschheim an Mariae Himmelfahrt

Lieber Sepp, ich bin bald rumgefallen, wie ich in der Zeitung von dem Franziskus seinem lehramtlichen Schwätzchen mit Journalisten über das Thema „Ehe“ gelesen gehabt hab. Bis zum Juni 2016 war für mich die katholische Ehe das allerunauflösbarste Band, das es auf der Welt gab. Weh dem, der wo bei uns im Dorf nicht danach gelebt hat wie z.B. mein Cousin Volker, den hat seine Mutter nachdem er sich vom Christine hat scheiden lassen, sofort aus dem Haus geworfen. Jetzt, wo er in den Suff geraten ist, rutscht er immer tiefer ins Elend.

Jetzt ist alles auf den Kopf gestellt. Nach dem Urteil von unserem argentinischen Papst sind die meisten Ehen aus Verliebtheit, also in einem Stand der Unzurech-

-----

### **Volkssprache**

Seit dem frühen Mittelalter haben geistliche und weltliche Repräsentanten des sogenannten „christlichen Abendlandes“ gegen die „Volkssprache“ polemisiert und ihre Benutzung in der Liturgie verteufelt. An der Tatsache, dass beispielsweise in Brasilien von ehemals 1300 Sprachen der indigenen Volksgruppen nur 170 übrig geblieben sind, ist das von den „Abendländern“ vertretene Weltbild nicht schuldlos.

-----

### **Helfer in der Not**

In schweren Zeiten sollten wir wissen, dass viele himmlische Nothelfer auf unseren Anruf warten. Zu ihnen gehören:

Der heilige Julian, wenn das Klima frostig ist und Eis gebrochen werden muss.

Der heilige Sebastian, wenn sich Menschen von der weit verbreiteten „Krankheit naitiver Leichtgläubigkeit“ befreien wollen.

Der heilige Leonhard, wenn jemandem „die Pferde durchgegangen sind“ und selbige wieder eingefangen werden müssen.

Der heilige Donatus, wenn´s Wetter mal wieder verrückt spielt.

\*\*\*

nungsfähigkeit geschlossen, und damit ungültig. Also: Eine Ehe, die wo nicht gültig geschlossen worden ist, kann man auch nicht brechen. Dem Volker ist sein trauriges Schicksal also völlig unnötig passiert.

Weil ich meine Auffassung von der katholischen Ehe geklärt haben wollte, hab ich den Pater Gescheitle gefragt. Der hat großen Huddel mit dem Franziskus seiner Ehenichtigkeitserklärung für jedermann. Weil der Heilige Vater die jungen Leute bei der Entscheidung zum Eheschluss generell durch die Verliebtheit für komplett blind hält, hat er ihnen dementsprechend eine Art Generalabsolution von der Unauflöslichkeit in launischer Großherzigkeit gewährt. Der Pater Gescheitle hat mich dann folgendermaßen belehrt: „Joseph, der Papst stellt unsere altehrwürdige Moral auf den Kopf. Bis zur umwerfend lockeren Neuerung von Franziskus war Impotenz das Hauptehhindernis. In allen anderen Fällen stiftete die kirchliche Trauung ein

---

unauflösliches Band, das so unauflöslich war, wie aus Eisen geschmiedet. Sepp, Was hältst Du von meiner Erklärung: Der Papst bleibt in der Tradition und hat mit seinen flotten Zugeständnissen nur das Feld der Impotenz, nämlich vom bloß Biologischen aufs Geistige, sogar auf jede Art Trübung beim Erkennen von Frau und Mann in ihrer Eignung zum Ehepartner erweitern gewollt?“

Lieber Kumpel, halte das nicht für harmlos! Der Hl. Vater erklärt die meisten der jungen Heiratswilligen zur ewigen Bindung in einer Ehe für „unzurechnungsfähig“. Akzeptiert! Aber, auch Du und ich wären das bei der Wahl unserer Frauen gewesen, und Franziskus persönlich hält damit auch unsere Ehen, Deine mit der Jolanda und meine mit der Marie, wegen der allgemein mangelhaften Einsicht in die Bindewirkung des Jaworts bei Verliebten für „ungültig“ und „nichtig“. Wenn Du Dich an dem Papst sein Wort haargenau hältst, könntest Du heut Abend noch mit einem Mäuschen Deiner Laune ins Bett steigen, ohne einen Ehebruch zu begehen. Wenn Du dann von einem Beichtvater zur

Rede gestellt werden tütst, müsstest Du nur noch sagen, ich war damals liebesblind, wo ich mein Ja-Wort gegeben habe!“ und die Geschichte wär erledigt.

Bis Donnerstag am Stammtisch

Dein alter Freund Joseph

P.S.: Übrigens, wie ist das mit der Entscheidung zum Zölibat? Der wird ja ebenso im Alter der Unreife gelobt. Wenn der Franziskus ehrlich ist, muss er die angehenden Priester ebenso wegen ihrem jugendlichen Alter wie ihrem religiösen Idealismus, der sie antreibt, für zölibatsunzurechnungsfähig erklären, denn beide, die Verliebten wie die Frommen, haben bei ihrer Entscheidung keinen Boden unter den Füßen. So sind nach meinem Verständnis sowohl die Eheleute wie auch die zölibatären Priester nicht imstande, sich unwiderlich für ein ganzes Leben zu binden.

\*\*\*